



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


09 | 2010

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Wanderungsverhalten von Studierenden
Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen
Ländervergleich – Ausgewählte Aspekte



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Thomas Hartmann

An rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Wintersemester 2008/09 insgesamt 98 236 Personen eingeschrieben, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben hatten. Rund 4% davon kamen aus den neuen Bundesländern oder aus Berlin.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Faltblätter „Mikrozensus“ und „Interaktiver Regionalatlas“

09 | 2010

STATISTISCHE MONATSHEFTE

63. Jahrgang

kurz + aktuell	689
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Beschäftigung ■ Armut ■ Bildung ■ Energie Umwelt ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	705
Rheinland-Pfalz in Karten: Wohnungsversorgung 2009	706
Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern	707
Wanderungsverhalten von Studierenden zwischen den alten und neuen Bundesländern	715
Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2008	724
Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen Teil 2: Ausgewählte Aspekte	732
Daten zur Konjunktur	745
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	773
Neuerscheinungen	783

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Deutliche Zunahme des Auftragseingangs der Industrie im Juni

Im Juni 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 25,7% mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +28,4%). Die Nachfrage aus dem Inland stieg um 17,8% (Deutschland: +24,4%), aus dem Ausland kamen 32,6% mehr Bestellungen als im Juni 2009 (Deutschland: +31,9%). Im Vorjahresmonat wiesen die Auftragseingänge infolge der Wirtschaftskrise allerdings ein niedrigeres Niveau auf.

Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verbuchten gegenüber Juni 2009 – mit Ausnahme der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+1,9%) und der Metallherzeugung und -bearbeitung (+0,2%) – zweistellige Zuwächse. Von der deutlich belebten Geschäftstätigkeit profitierten bei anhaltend kräftigen Impulsen aus dem Ausland vor allem die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagen teilen (+64,1%). Der Ordereingang aus dem Ausland verzeichnete hier ein überdurchschnittliches Plus von 103,2% (Inland: +27,5%). Damit erzielte diese Branche, wie schon im Vormonat, den höchsten Auftragszuwachs. Deutlich mehr Bestellungen gegenüber Juni 2009 verzeichneten auch der Maschinenbau (+33,8%), die Hersteller von Metallherzeugnissen (+29,8%), die chemische Industrie (+22,2%) und die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+12,6%). Motor der guten Entwicklung war die große Nachfrage aus

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte	Veränderung Juni 2010	
	Juni 2010 2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingänge (real)			
Industrie	99,6	25,7% ↑	7,7% ↑
Inland	98,7	17,8% ↑	3,4% ↑
Ausland	100,4	32,6% ↑	11,4% ↑
Chemie	86,5	22,2% ↑	11,4% ↑
Fahrzeugbau	85,3	64,1% ↑	-1,2% ↓
Maschinenbau	114,6	33,8% ↑	13,5% ↑
Metallerzeugnisse	115,1	29,8% ↑	19,3% ↑
Bauhauptgewerbe	136,3	-9,5% ↓	16,3% ↑
Umsätze (real)			
Großhandel	109,5	3,8% ↑	4,0% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	105,2	2,9% ↑	-1,3% ↓
Kfz-Handel	94,8	-2,4% ↓	3,3% ↑
Gastgewerbe	169,9	0,7% ↑	-6,9% ↓

dem Ausland, begünstigt durch den schwachen Euro. Einzig die Metallherzeugung und -bearbeitung registrierte einen starken Rückgang bei den Auslandsordern (-15,6%), konnte dies aber durch einen deutlichen Zuwachs der Inlandsbestellungen (+23,9%) ausgleichen.

Veränderungen gegenüber Mai 2010

Das Bestellvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Juni 2010 preisbereinigt um 7,7% über dem Niveau des Vormonats Mai (Deutschland: +12,9%). Das Plus wurde sowohl durch den deutlichen Anstieg der Auslandsaufträge um 11,4% (Deutschland: +5,7%) als auch durch die Zugewinne bei den Inlandsbestellungen um 3,4% (Deutschland:

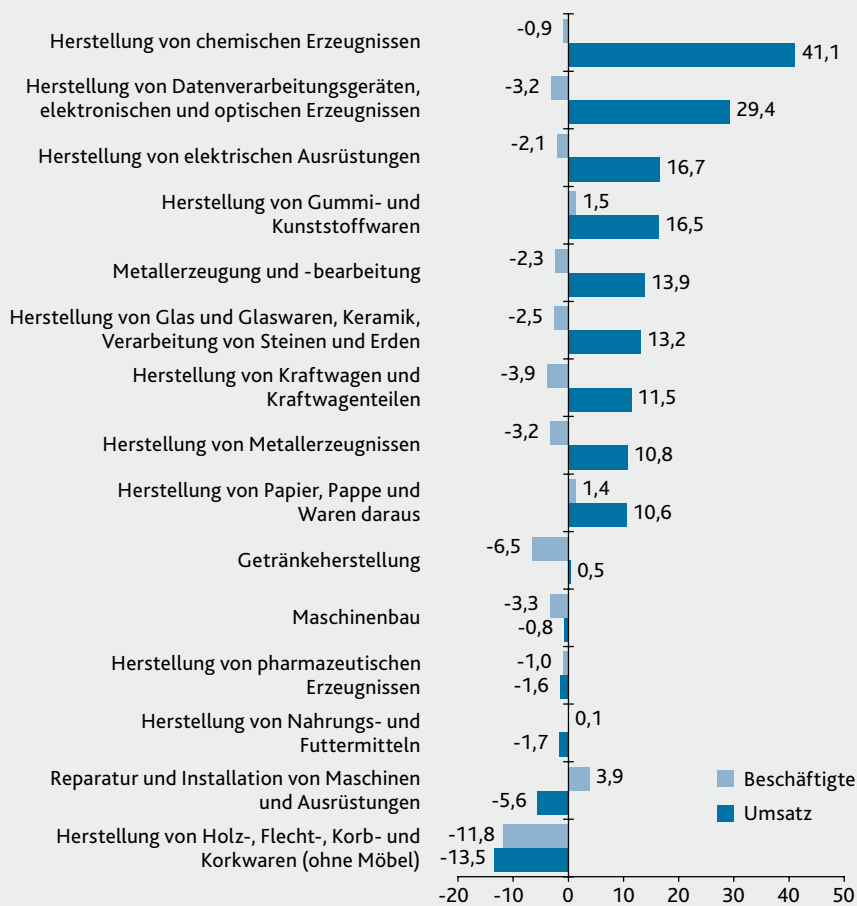
+0,3%) verursacht. Die anhaltende Nachfrage nach Industrieprodukten aus Rheinland-Pfalz insgesamt schlug sich vor allem bei den Herstellern von Metallherzeugnissen (+19,3%) und dem Maschinenbau (+13,5%), aber auch in der umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branche, der chemischen Industrie (+11,4%) nieder. Auftragszuwächse verzeichnete auch der Wirtschaftszweig „Metallherzeugung und -bearbeitung“ (+5,9%),

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 745 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Umsätze von Januar bis Juni 2010 und Beschäftigte im Juni im verarbeitenden Gewerbe 2010 nach Wirtschaftszweigen

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum bzw. Vorjahresmonat in %



die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (+5,8%) sowie von pharmazeutischen Erzeugnissen (+2,8%).

Die Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen profitierten nicht von dem Aufwind bei den Auftragseingängen; sie erhielten 1,2% weniger Bestellungen als im Vormonat Mai. Der Grund ist die rückläufige Nachfrage aus dem Inland (-15,5%); die Order aus dem Ausland sind hier demgegenüber erneut gestiegen (+11,4%).

Industrie mit zweistelligem Umsatzwachstum im 1. Halbjahr 2010

Enorme Zuwächse beim Auslandsgeschäft

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten in den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 Umsätze in Höhe von 35,7 Mrd. Euro. Dies waren 17,1% mehr als in dem von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +13,3%). Die Auslandsumsätze stiegen in Rheinland-Pfalz kräftig um 26,6% und in Deutschland um 19,8%.

Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – erhöhte sich damit leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 52,1% (Deutschland: 46%). Auch die Inlandserlöse zogen mit +8,2% spürbar an (Deutschland: ebenfalls +8,2%).

Im Juni 2010 zählten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 236 898 Beschäftigte. Das waren rund 5 100 bzw. 2,1% weniger als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: -2,7%). Im Mai betrug der Rückgang noch 2,4%. Die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden war im 1. Halbjahr um 2,2% höher als in den ersten sechs Monaten 2009 (Deutschland: +1,7%).

Die chemische Industrie meldete gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 einen signifikanten Umsatzzuwachs (+41,1%). Ebenfalls deutliche Zuwächse verbuchten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+16,5%), die Metallerzeugung und -bearbeitung (+13,9%) sowie die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (+13,2%). Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwirtschaftete ebenfalls einen Umsatzzuwachs (+11,5%), wobei hier vor allem die Auslandsgeschäfte stark ausgeweitet wurden (+21,7%). Auch die Umsätze der Hersteller von Metallerzeugnissen sowie von Papier, Pappe und Waren daraus lagen im zweistelligen Bereich (+10,8 bzw. +10,6%). Die übrigen größeren Branchen mussten demgegenüber – mit Ausnahme der Getränkeherstellung

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber Vormonat gestiegen

Nachdem die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im Mai rückläufig waren, sind sie im Juni 2010 wieder gestiegen (+16,3%). Besonders kräftige Nachfragesteigerungen gab es im öffentlichen Hochbau (+36,8%) und im öffentlichen Tiefbau (+46,7%). Einen starken Rückgang des Ordervolumens musste – wie schon im Vormonat – der gewerbliche Tiefbau hinnehmen (–32,1%).

Im Vorjahresvergleich war die Nachfrage nach Bauleistung rückläufig. Gegenüber Juni 2009 verringerten sich die Auftragseingänge um 9,5%. Den stärksten Nachfragerückgang verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (–44,2%). Zuwächse gab es gegenüber dem Vorjahr nur im gewerblichen Hochbau (+6,9%) und im öffentlichen Tiefbau (+2%).

Auch der baugewerbliche Umsatz entwickelte sich im Juni 2010 positiv. Gegenüber dem Vormonat ist eine Steigerung um 18,9% zu verzeichnen. Damit erhöhten sich die Umsätze des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes zum fünften Mal in Folge. Verglichen mit Mai 2010 musste nur der gewerbliche Tiefbau eine leichte Umsatzeinbuße hinnehmen (–2,1%). Den kräftigsten Zuwachs verzeichnete der öffentliche Hochbau mit einem Plus von 47,5%.

Gegenüber dem Vorjahresmonat ergibt sich ebenfalls ein Umsatzplus

Indikator	Monatswerte	Veränderung Juni 2010	
	Juni 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	136,3	-9,5 % ↓	16,3 % ↑
Hochbau insgesamt	125,8	-1,4 % ↓	20,2 % ↑
Wohnungsbau	88,4	-16,5 % ↓	-2,2 % ↓
gewerblicher Hochbau	159,3	6,9 % ↑	23,1 % ↑
öffentlicher Hochbau	107,4	-5,5 % ↓	36,8 % ↑
Tiefbau insgesamt	145,9	-15,0 % ↓	13,3 % ↑
gewerblicher Tiefbau	130,9	-44,2 % ↓	-32,1 % ↓
öffentlicher Tiefbau	139,0	2,0 % ↑	46,7 % ↑
Straßenbau	154,4	-11,2 % ↓	18,9 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	143,9	5,6 % ↑	18,9 % ↑
Hochbau insgesamt	140,5	10,9 % ↑	25,4 % ↑
Wohnungsbau	117,3	3,7 % ↑	6,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	146,4	-1,9 % ↓	23,2 % ↑
öffentlicher Hochbau	152,4	44,3 % ↑	47,5 % ↑
Tiefbau insgesamt	147,2	1,2 % ↑	13,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	154,0	3,2 % ↑	-2,1 % ↓
öffentlicher Tiefbau	131,2	-6,6 % ↓	23,9 % ↑
Straßenbau	155,0	5,1 % ↑	14,3 % ↑

(+0,5%) – Umsatzrückgänge hinnehmen, die beim Maschinenbau (–0,8%), bei der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (–1,6%) sowie der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (–1,7%) jedoch moderat ausfielen.

In den meisten Wirtschaftszweigen lag die Zahl der Beschäftigten im Juni 2010 niedriger als ein Jahr zuvor. Unter den großen Branchen verzeichneten die Getränkeproduzenten (–6,5%), die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–3,9%), der Maschinenbau (–3,3%) sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen (–3,2%) ein deutlich niedrigeres Beschäftigtenniveau als ein Jahr zuvor. Auch in der Herstel-

lung von Glas und Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (–2,5%) sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung (–2,3%) ging die Beschäftigtenzahl zurück. Etwas geringer fiel die Personalreduzierung bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen (–1%) und der chemischen Industrie (–0,9%) aus. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von Papier, Pappe und Waren daraus konnten ihren Personalstand leicht ausweiten (+1,5 bzw. +1,4%). Die Beschäftigtenzahl der Nahrungs- und Futtermittelhersteller hingegen verharrte in etwa auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,1%).

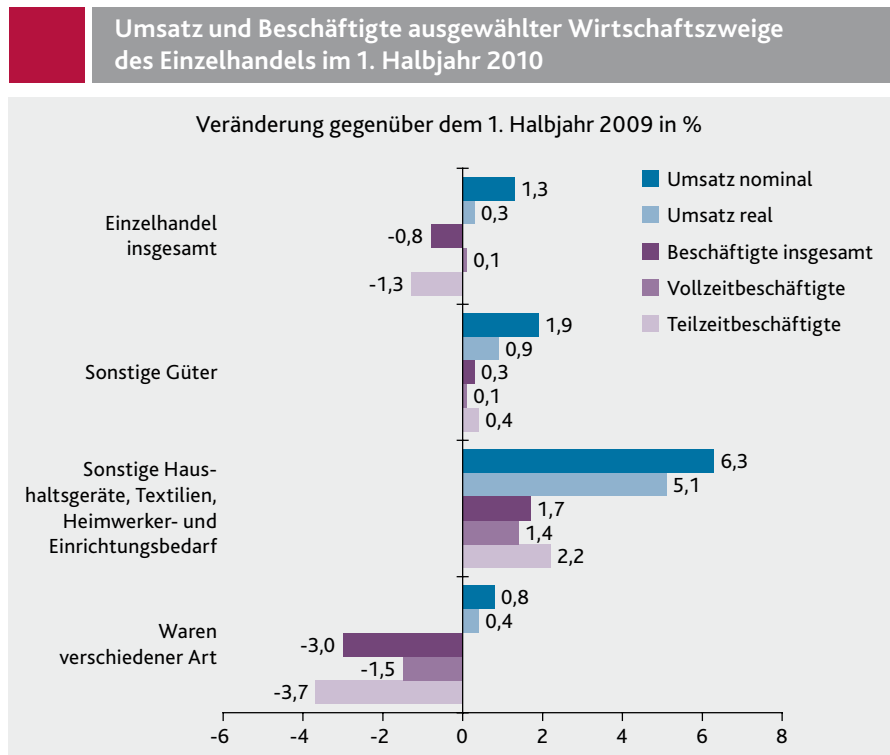
(+5,6%). Den größten Zuwachs im Vergleich zum Juni 2009 verzeichnete der öffentliche Hochbau (+44,3%). Lediglich zwei Bereiche des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes haben weniger umgesetzt: der gewerbliche Hochbau (-1,9%) und der öffentliche Tiefbau (-6,6%).

Einzelhandel mit Umsatzplus

Leichter Rückgang bei den Beschäftigtenzahlen

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel verzeichnete im 1. Halbjahr 2010 ein Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Umsätze gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 1,3%. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, waren die Umsätze 0,3% höher als im 1. Halbjahr 2009. Deutschlandweit fiel das Ergebnis mit einem nominalen und realen Umsatzplus von 1,8 bzw. 0,9% etwas besser aus.

Der Umsatz im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, hierzu gehören Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, nahm im 1. Halbjahr sowohl nominal als auch real leicht zu. Dagegen musste der Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren in diesem Zeitraum Umsatzeinbußen hinnehmen. Im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik gab es einen nominalen Umsatzrückgang, der auf den anhaltenden Preisverfall in diesem Segment zurückzuführen ist. Real stiegen hier die Umsätze im Vergleich



zur ersten Jahreshälfte 2009 an. Die höchsten nominalen und realen Steigerungen wies der Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf auf, gefolgt vom Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren. Im Handel mit sonstigen Gütern, zu denen unter anderem Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, fiel die Halbjahresbilanz ebenfalls positiv aus.

Trotz der positiven Umsatzentwicklung nahm die Gesamtzahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Einzelhandel im 1. Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht um 0,8% ab (Deutschland: -1,5%). Allerdings war die Entwicklung bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten uneinheitlich. Während die Zahl der Teilzeitkräfte um 1,3% zurückging, blieb

die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (+0,1%) fast unverändert.

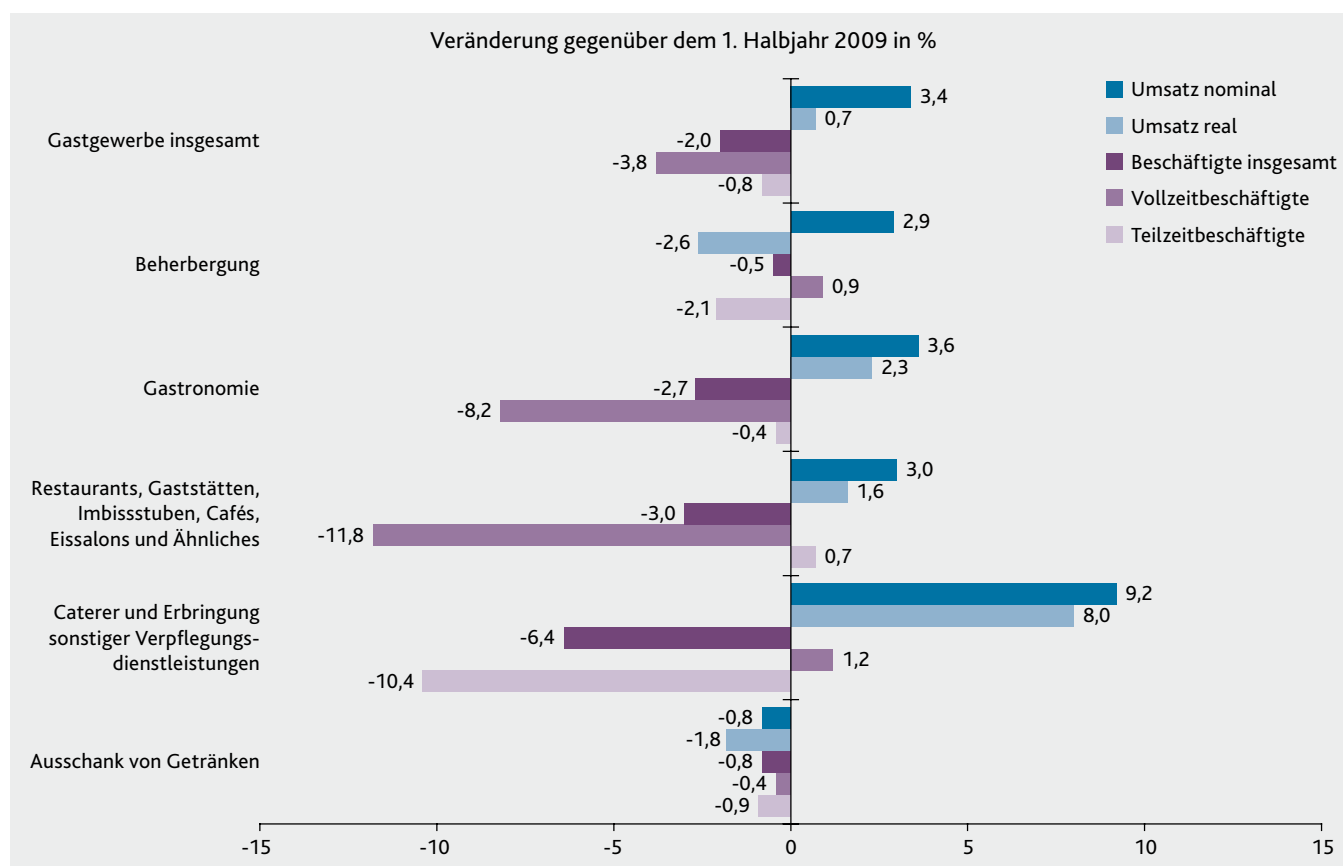
Gastgewerbe verzeichnete im 1. Halbjahr Umsatzplus

Zahl der Beschäftigten sank

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im 1. Halbjahr 2010 mehr um als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Die Umsätze stiegen nominal um 3,4%. Real lag das Umsatzplus gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 bei 0,7% (Deutschland: nominal +1,8%, real -0,9%).

In der Gastronomie, in der etwa 60% der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, stiegen die Umsatzzahlen nominal um 3,6% und real um 2,3%. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen,

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe im 1. Halbjahr 2010



verbuchte ein nominales Umsatzplus von 3%. Real lagen die Umsätze um 1,6% über denen des 1. Halbjahres 2009. Im Teilbereich der getränkegeprägten Gastronomie, zu der Schankwirtschaften, Diskotheken und Bars gehören, gingen die Umsätze sowohl nominal (-0,8%) als auch real (-1,8%) zurück. Eine positive Halbjahresbilanz zogen hingegen Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen (nominal: +9,2%; real: +8%). Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze im 1. Halbjahr 2010 nominal um 2,9% über und real um 2,6% unter dem Wert für das 1. Halbjahr 2009.

Trotz der positiven Umsatzentwicklung sank die Zahl der Beschäftigten im 1. Halbjahr um 2%. (Deutschland: -0,9%). Dabei ging die Zahl der Teilzeitbeschäftigten leicht um 0,8% zurück, die Zahl der Vollzeitkräfte nahm um 3,8% ab.

Tourismus im 1. Halbjahr bei Gästen und Übernachtungen im Plus

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche verbuchte im 1. Halbjahr 2010 trotz des kalten Winters und der niedrigen Frühjahrstemperaturen ein positives Ergebnis. In den ersten sechs Monaten des Jahres kamen 3,38 Mill.

Übernachtungsgäste nach Rheinland-Pfalz, 1,7% mehr als im Vorjahreszeitraum. Auch die Zahl der Übernachtungen lag mit 9,05 Mill. über dem Vorjahreswert (+1,2%). Damit wurde sowohl bei den Gästeankünften als auch bei den Übernachtungen das zweitbeste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre erreicht.

Für positive Impulse sorgten insbesondere die Gäste aus dem Ausland. Von Januar bis Juni besuchten 741 469 Gäste aus anderen Ländern Rheinland-Pfalz, 2,8% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste lag mit 1,96 Mill. um 0,6% über dem Vor-

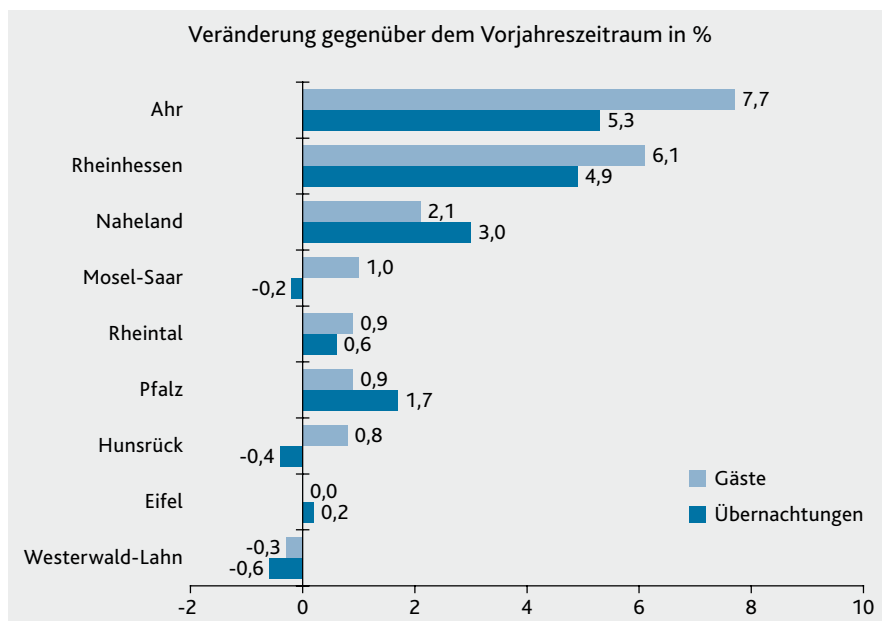
jahreswert. Die Nachfrage aus dem Inland stieg bei Gästen auf 2,64 Mill. (+1,3%) und Übernachtungen auf 7,09 Mill. (+1,3%).

Die mit Abstand größte Gruppe unter den ausländischen Reisenden bildeten die Niederländer. Sie buchten in den Monaten Januar bis Juni 2010 rund 795 000 Übernachtungen, 0,5% weniger als im Vorjahreszeitraum. An zweiter Stelle folgten die Belgier mit 336 000 Übernachtungen (-0,2%). Bei den US-Amerikanern, die mit fast 192 000 Übernachtungen die drittgrößte Gruppe stellten, war ein Anstieg um 4,8% zu verzeichnen.

Den größten Gäste- und Übernachtungszuwachs verbuchte die Tourismusregion Ahr (+7,7 bzw. +5,3%). Auch die Anbieter in Rheinhessen, im Naheland und in der Pfalz verzeichneten gestiegene Gästezahlen und eine Zunahme der Übernachtungen. Uneinheitlich verhielt es sich in den Tourismusregionen Mosel-Saar und Hunsrück, wo zwar mehr Gäste kamen, die Zahl der Übernachtungen jedoch unter den Vorjahreswerten lag. In der Region Westerwald-Lahn waren sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen geringfügig niedriger als im 1. Halbjahr 2009.

Unter den touristischen Betriebsarten verbuchten die Ferienhäuser und Ferienwohnungen den größten Zuwachs. Einen Übernachtungsrückgang mussten Gasthöfe und Ferienzentren hinnehmen. In den übrigen Segmenten des Beherbergungsgewerbes nahmen die Übernachtungszahlen zu.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Juni 2010



Reisemobiltourismus gewinnt zunehmend an Bedeutung

Fast 24% aller Gästeankünfte und 16% aller Übernachtungen des Urlaubscampings entfallen in Rheinland-Pfalz auf reine Reisemobilstellplätze. Das hat eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes in Zusammenarbeit mit den Statistischen Erhebungsstellen der Kommunalverwaltungen in den Tourismusregionen ergeben.

Grundlage der Analyse waren die im Rahmen der Beherbergungsstatistik für das 1. Halbjahr 2010 erhobenen Daten. Die Auswertung konzentrierte sich dabei auf die 88 reinen Reisemobilplätze. Von diesen Plätzen wurden 57 zu Beginn des Jahres – unterstützt durch die kommunalen Erhebungsstellen – neu ermittelt. Dieser Kreis wird sich in der Hauptsaison nochmals erhöhen. Die rund 220 „klas-

sischen Campingplätze“, die auch von Reisemobilisten angesteuert werden, konnten nicht berücksichtigt werden, da sich die Reisemobiltouristen statistisch nicht von den Gästen trennen lassen, die in Wohnwagen und Zelten übernachten.

Kriterien für die Aufnahme der Plätze waren mehr als zwei Stellmöglichkeiten und das Angebot entsprechender Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Die in die Untersuchung einbezogenen Plätze bieten zusammen 2 885 Stellmöglichkeiten.

Die „reinen“ Reisemobilplätze wurden im 1. Halbjahr 2010 von rund 55 100 Gästen aufgesucht, wobei rund 109 000 Übernachtungen registriert wurden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer belief sich also auf zwei Tage. Aus Deutschland reisten 73% der Reisemobilisten an. Die Hälfte der 15 078 ausländischen Reisemo-

bilisten kamen aus den Niederlanden. Im klassischen Urlaubscamping wurden im gleichen Zeitraum rund 178 100 Gästeankünfte und rund 574 829 Übernachtungen gezählt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag also bei 3,2 Tagen. Von den „klassischen“ Campern kamen 65% aus Deutschland.

Jede bzw. jeder Vierte abhängig Erwerbstätige ist „atypisch“ beschäftigt

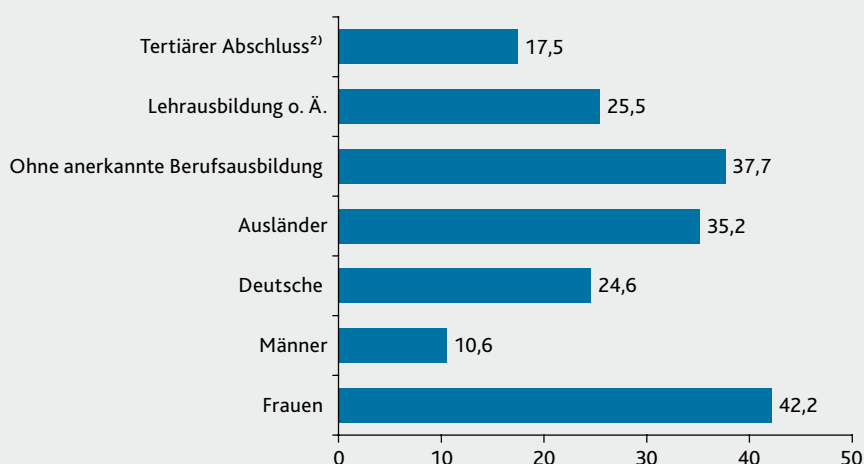
Rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitet in neuen, häufig auch als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen. Hierzu gehören die befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden. Der Anteil der abhängig Beschäftigten stieg in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz zwischen 1999 und 2009 von 21,2 auf 25,5% (Deutschland: von 19,7 auf 24,8%). Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 42,2% der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2009 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf 10,6% der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen).

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind

Atypische Beschäftigte¹⁾ 2009

Anteile an allen abhängig Beschäftigten der jeweiligen Beschäftigungsgruppe in %



1) Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung und Ausbildung.
2) Z. B. Hochschulabschluss, Meister-/Technikerausbildung oder Fachschulabschluss.

besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden. So lag der Anteil atypisch Beschäftigter an der Zahl aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne anerkannte Berufsausbildung im Jahr 2009 bei 37,7%. Der entsprechende Wert bei Beschäftigten mit einer Lehrausbildung o. Ä. betrug demgegenüber 25,5%, während von den höher qualifizierten nur 17,5% einer atypischen Beschäftigung nachgingen. Mit 35,2% waren die neuen Beschäftigungsformen auch bei ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 24,6%).

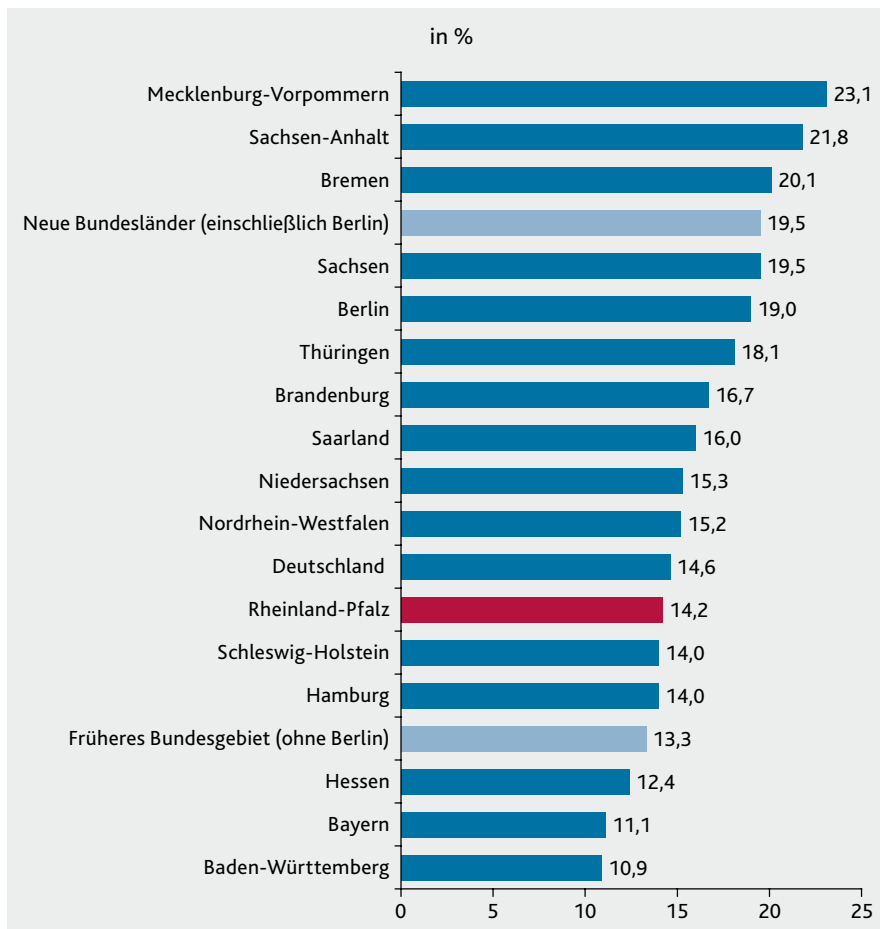
Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworten atypisch Beschäftigte wesentlich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäf-

tigte in einem Normalarbeitsverhältnis. Fast 73% der atypisch Beschäftigten, aber 98,8% der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend über eigene Erwerbstätigkeit. 19,5% der atypisch Erwerbstätigen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Leistungen nach Hartz IV waren für 3,9% der atypisch Beschäftigten Haupteinkommensquelle.

Jede bzw. jeder Siebte ist armutsgefährdet

14,2% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, d. h. mehr als 500 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, gelten als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote liegt für Rheinland-Pfalz

Armutsgefährdungsquoten gemessen am Bundesmedian 2009 nach Ländern



damit unter dem Bundesdurchschnitt (14,6%). Im Vergleich der Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz an sechster Stelle.

Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt. Der 60%-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt er für einen Einperso-

nenhaushalt bei 801 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich – unter Berücksichtigung der Kostenersparnis in einem Mehrpersonenhaushalt – eine Armutsgefährdungsschwelle in Höhe von 1683 Euro.

Differenziert nach soziodemografischen Merkmalen ergeben sich folgende Werte:

Lebensalter

In erhöhtem Maß von Armut bedroht sind unter 18-Jährige (18,2%) sowie die 18- bis unter 25-Jährigen (19,9%),

die sich noch überwiegend in der Ausbildung befinden dürften. Auch für die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren liegt die Armutsgefährdungsquote mit 15,8% über dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Geschlecht

Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Männer liegt gut zwei Prozentpunkte (13,1%) unter der Quote der Frauen (15,3%). Eine niedrigere Armutsgefährdungsquote für Männer ist über alle Altersgruppen festzustellen, wobei die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Jüngeren (18 bis unter 25 Jahre) und insbesondere den Älteren (65 Jahre und älter) besonders deutlich ausgeprägt sind.

Haushaltstyp

In besonderem Maß armutsgefährdet sind Alleinerziehende (zumeist Frauen) und deren Kinder unter 18 Jahren, die eine Armutsgefährdungsquote von 41,8% aufweisen.

Erwerbsstatus

Unter allen betrachteten Bevölkerungsgruppen sind Erwerbslose am stärksten von Armut bedroht. Die Quote lag im Jahr 2009 bei 49,8%.

Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Auch Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Armutsgefährdungsquote von 31,7%) und die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund (Armutsgefährdungsquote von 27%) waren in erhöhtem Maß von Armut bedroht.

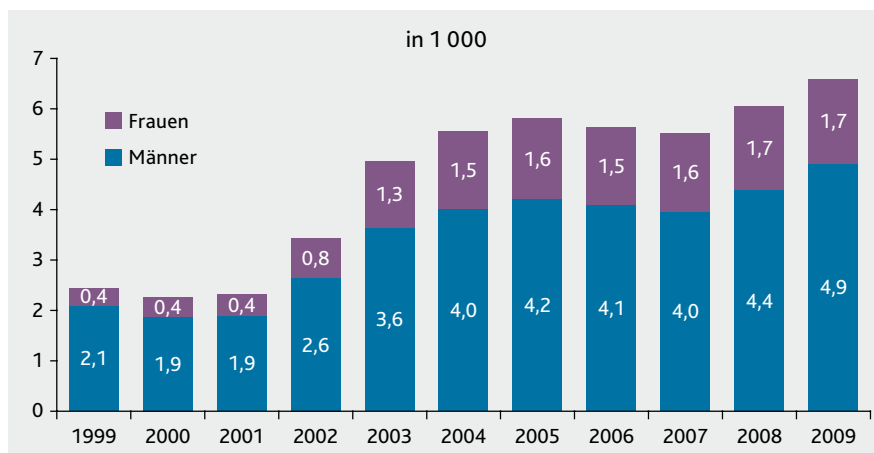
Meister-BAföG:**Zahl der Empfängerinnen und Empfänger erneut gestiegen**

Im Jahr 2009 erhielten in Rheinland-Pfalz 6 585 Personen das sogenannte „Meister-BAföG“, also finanzielle Unterstützung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Ihre Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,8% (+532 Personen). Bundesweit war im gleichen Zeitraum ein Anstieg von 12,9% auf rund 158 000 zu verzeichnen. Am stärksten wuchs in Rheinland-Pfalz die Zahl der Geförderten in Vollzeitfortbildungen (+14,5%). Geringer fiel der Anstieg bei den Leistungsempfängern in Teilzeitmaßnahmen aus (+5,9%). Insgesamt absolvierten im vergangenen Jahr 4 282 Geförderte eine Teilzeitfortbildung, 2 303 befanden sich in einer Vollzeitmaßnahme.

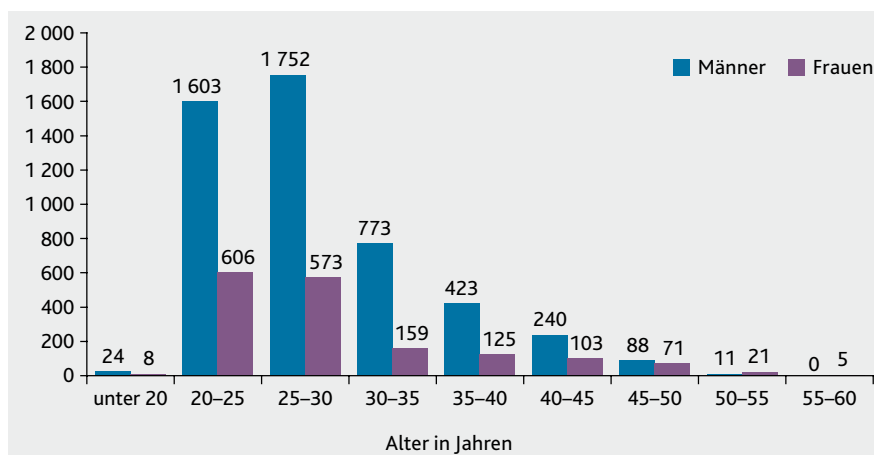
Die deutliche Zunahme der Gefördertenzenzahlen geht insbesondere auf die im Jahr 2008 – infolge des 22. BAföG-Änderungsgesetzes – vollzogene Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge zurück. Für das Jahr 2009 wurden durch die letzte Novelle des AFBG die Fördermöglichkeiten zudem nochmals ausgeweitet. Hiervon profitierten vor allem Personen mit Kindern, Fortbildungswillige in der Kinder- und Altenpflege sowie Personen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit.

Nach wie vor überwiegen unter den Geförderten die Männer (74,6%). Ihre Zahl stieg gegenüber dem Vorjahr um 11,8% auf 4 914 an. Der Zuwachs bei den weiblichen Leistungsempfängern

Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 1999–2009 nach Geschlecht



Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009 nach Alter und Geschlecht

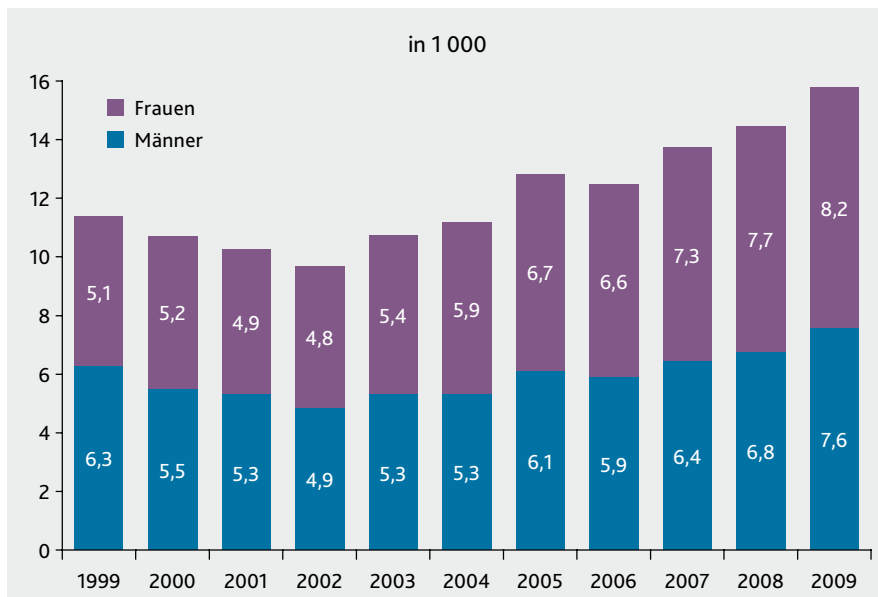


fiel mit 0,8% auf nun 1 671 deutlich geringer aus. Die Mehrzahl der Geförderten im Jahr 2009 war jünger als 35 Jahre (83,5%). Am stärksten vertreten war die Altersgruppe der 25 bis unter 30-Jährigen (35,3%), gefolgt von den 20 bis unter 25-Jährigen (33,5%) und den 30 bis unter 35-Jährigen (14,2%).

Mit der Zahl der Geförderten stieg im vergangenen Jahr auch die Gesamthöhe der bewilligten Leistungen. Der Umfang der Förderzusagen wuchs im

Jahr 2009 um 18,1% auf nun 19,6 Mill. Euro an. Von dieser Summe entfielen gut 6 Mill. Euro auf Zuschüsse und knapp 13,6 Mill. Euro auf Darlehen. Die Zuschüsse wurden für die Finanzierung der Bildungsmaßnahmen (3,5 Mill. Euro) und des Lebensunterhalts (2,5 Mill. Euro), für den Kindererhöhungsbetrag (53 000 Euro) sowie für die Kinderbetreuung (4 000 Euro) gewährt. Von den bewilligten Darlehen entfielen knapp 8 Mill. Euro auf Leistungen zur Finanzierung der

Bestandene Abschlussprüfungen an Hochschulen 1999–2009
nach Geschlecht



Maßnahmen, gut 5,5 Mill. Euro auf Unterhaltsleistungen und 53 000 Euro auf den Kindererhöhungsbeitrag. Weitere 51 000 Euro wurden für die Finanzierung von Meisterstücken oder vergleichbarer Prüfungsarbeiten und 3 000 Euro für die Prüfungsvorbereitungsphase gewährt. Ob und in welchem Umfang die bewilligten Darlehen ausgezahlt werden, liegt im Ermessen der Förderberechtigten. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 8,3 Mill. Euro als Darlehen abgerufen.

Das AFBG existiert seit 1996. Es garantiert Personen, die sich nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung weiterbilden möchten – beispielsweise im Rahmen einer Meisterfortbildung – einen gesetzlich verankerten Anspruch auf staatliche Unterstützung. Leistungen nach dem AFBG werden zu 78% vom Bund und zu 22% vom Land getragen.

15 797 Absolventinnen und Absolventen an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Im Prüfungsjahr 2009 gab es an den rheinland-pfälzischen Hochschulen deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen als je zuvor. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems mitteilt, führten im vergangenen Prüfungsjahr 15 797 Prüfungen zu einem erfolgreichen Abschluss von Studium oder Promotion (+9,2%). Die Zunahme der Abschlussprüfungen resultiert vor allem aus der seit dem Ende der 90er-Jahre steigenden Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger.

Ein weiterer Grund für den Anstieg ist der wachsende Anteil der – 1999 mit der Bologna-Reform eingeführten – Bachelor- und Masterabschlüsse. Diese haben kürzere Regelstudienzeiten als die „klassischen“ Diplom-

und Magisterabschlüsse. Insgesamt erreichten im vergangenen Prüfungsjahr 2 038 Studierende einen Bachelorabschluss. Das waren mehr als doppelt so viele wie im Prüfungsjahr 2008 (+127,7%). Die Zahl der bestandenen Masterprüfungen stieg um 26,5% auf nun 1 415. Ein Universitätsdiplom bzw. einen entsprechenden akademischen Abschluss (z. B. Magister) erreichten 4 724 Personen (–3,9%), ein Fachhochschuldiplom 4 285 Absolventinnen und Absolventen (–8,2%). Die Zahl der Promotionen stieg im Vergleich zum vorherigen Prüfungsjahr auf 1 025 (+20%).

Die meisten Abschlussprüfungen wurden in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ abgelegt (5 952), gefolgt von den „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (3 333), „Mathematik und Naturwissenschaften“ (2 512) sowie den „Ingenieurwissenschaften“ (2 096).

Mit einem Anteil von 51,9% war die Mehrzahl der Personen mit erfolgreichem Prüfungsabschluss weiblich (8 201). Besonders groß war der Frauenanteil in den „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (77,5%), relativ gering in den „Ingenieurwissenschaften“ (27,5%).

11 175 Personen lehren und forschen an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz verzeichneten im vergangenen Jahr erneut einen Zuwachs ihres wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. Zum Jahresende 2009

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 1999–2009 nach Geschlecht



arbeiteten insgesamt 11 175 wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte an den 19 Hochschulen des Landes und in der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Das waren 260 Personen und damit 2,4% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen lag – wie im Jahr 2008 – insgesamt bei 35% (3 906).

Die größte Personalgruppe stellten mit einem Anteil von 44,9% die 5 016 wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Zahl stieg gegenüber dem Jahr 2008 um 8,6%. Die Zahl der Professorinnen und Professoren wuchs im selben Zeitraum um 2,6% auf 1 789 (+46).

Insgesamt 4 869 wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte arbeiteten zum Ende des Jahres 2009 in Vollzeit (43,6%), 6 306 waren in Teilzeit beschäftigt (56,4%). Damit war

der Anteil der Teilzeitkräfte erstmals seit sechs Jahren rückläufig. Zusammen entsprach die Personalkapazität der wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten zum Ende des vergangenen Jahres umgerechnet 6 978 Vollzeitstellen. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von 5,8%. Das Verhältnis von Studierenden je (Vollzeit-) Lehrperson (ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen), die sogenannte Betreuungsrelation, verbesserte sich von 19,4 im Jahr 2008 auf 18,6 im Jahr 2009.

Neben dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen und in der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 10 649 Personen in der Verwaltung oder als technisches und sonstiges Personal tätig. Ihre Zahl lag damit um 3,3% über dem Vorjahres-

wert (+340 Beschäftigte). Der Frauenanteil betrug nahezu unverändert 70,9%.

Heimische Ökostromerzeugung nimmt zu

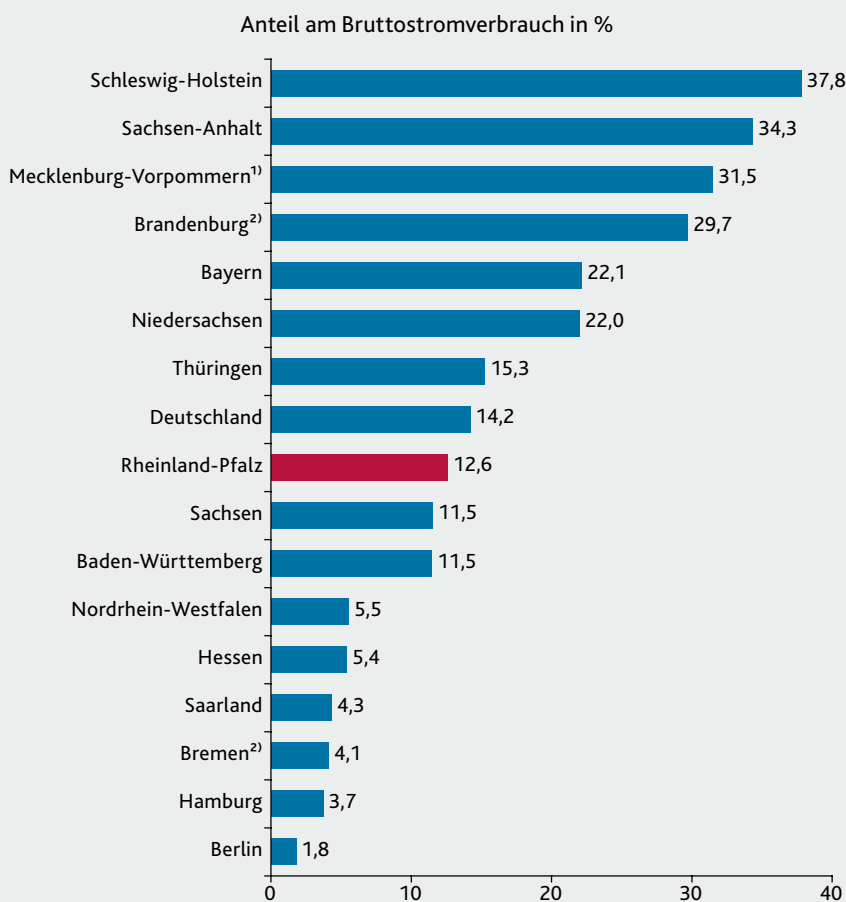
Schwerpunkte der Netzeinspeisungen im Nordwesten

Im Jahr 2008 wurden in Rheinland-Pfalz über 3,7 Mrd. KWh elektrischer Strom aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen und in das allgemeine Versorgungsnetz eingespeist. Das waren 4,1% mehr als ein Jahr zuvor. Mit 2,9 Mrd. KWh bildeten die Energieträger Wind und Wasser das Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung im Land. Fast jede zweite Kilowattstunde stammte aus Windkraft, 30% wurden in den Turbinen der Wasserkraftwerke erzeugt. Auf Stromeinspeisungen aus Biomasse (feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas) entfielen 0,6 Mrd. KWh, was einem Anteil von 16% entspricht. Die in 2008 stark gestiegene Anzahl der Photovoltaikanlagen trug mit über 0,2 Mrd. KWh bzw. 6,1% noch vergleichsweise wenig zur Ökostromerzeugung bei.

Bezogen auf den Bruttostromverbrauch erreicht der Anteil der Stromeinspeisungen aus erneuerbaren Energieträgern mittlerweile 13%. Im Vergleich der Bundesländer belegt Rheinland-Pfalz damit einen Mittelplatz (Deutschland: 14%).

Der meiste Ökostrom wird im Nordwesten des Landes produziert. Die Staustufen an der Mosel und die

Erneuerbare Energieträger 2007 nach Ländern



1) Werte für 2005. – 2) Werte für 2006.

Windräder auf den Höhen von Eifel und Hunsrück lieferten im Jahr 2008 über die Hälfte des Ökostroms. Bei den Landkreisen liegen der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 470 Mill. KWh sowie die benachbarten Kreise Trier-Saarburg (440 KWh) und Berncastel-Wittlich (390 Mill. KWh) vorn. Aufgrund der an der Mosel betriebenen Wasserkraftwerke dominieren Trier und Koblenz (92 bzw. 77 Mill. KWh) im Ranking der kreisfreien Städte mit deutlichem Abstand.

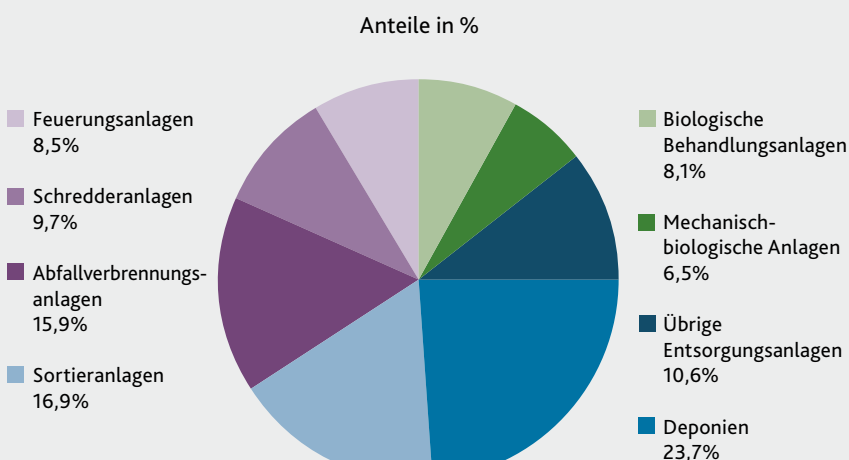
Gering bevölkerte und große Ökostrommengen einspeisende Landkreise – wie Cochem-Zell (76%) und Bitburg-Prüm (68%) – können rein rechnerisch auf hohe „Eigenversorgungsgrade“ verweisen. Hochverdichtete Räume mit einer geringen Erzeugung an Naturstrom – wie der Rhein-Pfalz-Kreis oder der Landkreis Ahrweiler – sind davon weit entfernt.

Mehr als 7 Mill. t an rheinland-pfälzische Abfallentsorgungsanlagen angeliefert

Die 349 rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen nahmen im Jahr 2008 die größte bisher registrierte Abfallmenge von 7,1 Mill. t entgegen. Das waren nach Mitteilung 445 000 t bzw. 6,6% mehr als im Vorjahr. Knapp 70% der Abfälle kamen aus Rheinland-Pfalz, 28% stammten aus anderen Bundesländern, die restliche Menge wurde aus dem Ausland angeliefert.

Deponien nahmen die größten Abfallmengen entgegen. Von den 1,7 Mill. t

Angelieferte Abfallmengen an Abfallentsorgungsanlagen 2008



der hier abgelagerten Abfälle, knapp 30% mehr als ein Jahr zuvor, waren 418 000 t Bodenaushub und 377 000 t Bitumengemische, überwiegend aus Straßenbaumaßnahmen. Auf diese beiden Positionen entfiel damit fast die Hälfte aller deponierten Abfälle.

Das an Sortieranlagen angelieferte Abfallaufkommen ist seit 2005 kontinuierlich zurückgegangen und lag im Jahre 2008 bei 1,2 Mill. t, das waren 3,4% weniger als ein Jahr zuvor. Die größte Menge entfiel auf Verpackungen sowie getrennt gesammelte Haushaltsabfälle, z. B. Glas und Papier.

Die fünf rheinland-pfälzischen Abfallverbrennungsanlagen nahmen insgesamt 1,1 Mill. t Abfälle an. Den höchsten Anteil hieran hatten die gemischten Siedlungsabfälle (38,9%), gefolgt von den Abfällen aus Abwasserbehandlungsanlagen (28,4%).

In den 22 Feuerungsanlagen, die in erster Linie der Energiegewinnung und nicht der Abfallbeseitigung dienen, wurden insgesamt 608 t Abfälle verbrannt, ein Plus von 2,3% gegenüber dem Vorjahr. Bei den eingesetzten Abfällen handelte es sich überwiegend um Altholz aus Abfallbehandlungsanlagen und Faserabfälle aus der Zellstoff- und Papierindustrie.

Im 1. Halbjahr deutlich weniger Todesopfer bei Verkehrsunfällen

Im 1. Halbjahr wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Menschen bei Verkehrsunfällen getötet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von Januar bis Juni 2009 verloren 90 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben, das waren 24 weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 11,3% auf 1563 zurück. Fast 7 200 Personen wurden leicht verletzt (-6,8%). Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 62 363 Verkehrsunfälle (+3,5%).

Internetauftritt**Neues Design, mehr Regionaldaten, feinere Gliederung**

Der Internetauftritt des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz präsentiert sich in einem neuen Erscheinungsbild. Unter www.statistik.rlp.de finden die Nutzerinnen und Nutzer jetzt das gleiche einheitliche und moderne Design vor, welches in weiten Teilen der Landesverwaltung bereits verwendet wird. Der Neuaufbau wurde natürlich auch für Angebotsverbesserungen genutzt. So wurden beispielsweise die Regionaldaten übersichtlich an einer Stelle gebündelt und das Spektrum erweitert. Hier ist vor allem der Datenkompass zu nennen, der zu verschiedenen Themen detaillierte und übersichtliche Informationen für die kreisfreien Städte und Landkreise liefert. Anhand von Rangziffern können Interessierte ganz einfach ablesen, wo ihr Landkreis oder ihre kreisfreie Stadt steht. Vergleiche mit den Planungsregionen sowie dem Land insgesamt runden das Angebot ab. Ausgewählte Merkmale werden auch in Form von Karten dargestellt.

Das stark genutzte Angebot „Meine Heimat“ wurde nochmals verbessert. Nutzerinnen und Nutzer haben jetzt die Möglichkeit, zwischen einer umfassenden Darstellung aller Merkmale und einem kompakten Überblick zu wählen. Das Angebot mit umfangreichen Daten für alle Gemeinden, Verbandsgemeinden, Städte und Landkreise erfreut sich großer Beliebtheit und ist nicht nur für viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eine wichtige Informationsquelle.

Da die Kommunalpolitik häufig Finanzdaten nachfragt, wurde auch das Angebot in diesem Bereich erweitert. Hier stehen übersichtliche Tabellen mit Informationen beispielsweise zu Einnahmen, Ausgaben und Schulden für alle Gemeinden, Verbandsgemeinden, Städte und Landkreise zur Verfügung. Pro-Kopf-Werte und Rangziffern erlauben eine rasche Einordnung der Lage der eigenen Kommune, Karten runden das Angebot ab.

Wegen des sehr breiten Datenspektrums und der schnelleren Orientierung werden auf der Startseite die drei Bereiche „Konjunktur und Wachstum“, „Weitere Wirtschaftsthemen“ sowie „Staat und Gesellschaft“ gebündelt präsentiert. Unter diesen Punkten ist jedoch die Darstellung der Inhalte feingliedriger geworden. So werden häufig gesuchte Themen wie Tourismus und Außenhandel jetzt als separate Menüpunkte dargestellt. Auch die Veröffentlichungen mit ihrer breiten Palette, die von Statistischen Analysen bis zu Faltblättern reicht, sind jetzt sehr differenziert dargestellt. Die Veröffentlichungen werden kostenfrei als PDF-Dateien angeboten.

Mit dem neuen Internetauftritt ist das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz dem Anspruch, Daten für jedermann verständlich aufzubereiten, wieder ein großes Stück nähergekommen. Anregungen für weitere Verbesserungen werden gerne entgegengenommen. Unter „Service“ gibt es dafür die Rubrik „Ihre Meinung“.

Dem neuen Erscheinungsbild angepasst wurde auch der Internetauftritt des Landeswahlleiters www.wahlen.rlp.de

09 2010 Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 703

Zensus 2011**Bruch und Berres: Rheinland-Pfalz für Volkszählung gut gerüstet**

„Mit dem Zensus werden wir zum Stichtag am 9. Mai 2011 aktuelle amtliche Einwohnerzahlen und wichtige regionale Strukturdaten für alle politischen und wirtschaftlichen Planungen und Entscheidungen erhalten. Das Land ist bestens gerüstet und vorbereitet“, sagte Innenminister Karl Peter Bruch bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Jörg Berres. Der Zensus – eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung – geht auf eine Verpflichtung durch die Europäische Union zurück, die der Bund mit dem Zensusgesetz 2011 für Deutschland umgesetzt hat. Alle Länder, so auch Rheinland-Pfalz, müssen nunmehr Durchführungsbestimmungen erlassen. Der entsprechende Gesetzentwurf wird bereits im Landtag beraten.



„Der Zensus 2011 wird die Bürgerinnen und Bürger deutlich weniger belasten als bisherige Volkszählungen“, so der Minister. Nur rund ein Drittel der Bevölkerung würde befragt. „Die in Deutschland erstmals angewandte Methode eines registergestützten Zensus ist deutlich kostengünstiger als eine herkömmliche Volkszählung“, sagte Jörg Berres. Die meisten Daten könnten aus bestehenden Registern gewonnen werden, beispielsweise aus den Einwohnermelderegistern sowie aus erwerbsstatistischen Registern. Zusätzlich seien Stichprobenbefragungen vorgesehen, die in Rheinland-Pfalz rund 13% der Bevölkerung umfassen. Hierbei geht es um die Gewinnung von belastbaren statistischen Daten beispielsweise zu Bildungsabschlüssen, Erwerbstätigkeiten und Migrationshintergründen. Außerdem werden alle Gebäude- und

Wohnungseigentümer um Auskunft gebeten, da es hierzu keine Register gibt.

Bereits im kommenden Oktober wird eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern erstmals Post vom Statistischen Landesamt erhalten. „Wir werden etwa 550 000 Gebäude- und Wohnungseigentümer anschreiben“, so Berres. Damit soll sichergestellt werden, dass im nächsten Frühjahr die richtigen Eigentümer befragt werden.

Den Kommunen kommt bei der Durchführung der Erhebungen eine besondere Rolle zu. Sie müssen Erhebungsbeauftragte für die Stichprobenbefragungen gewinnen. Neben Personal der Verwaltungen wird auch ein Bedarf an Freiwilligen aus der Bevölkerung bestehen. Dem Aufwand für die Kommunen steht ein erheblicher Nutzen in Form verlässlicher Planungsdaten gegenüber. Der Gesetzentwurf sieht vor, in Rheinland-Pfalz Erhebungsstellen bei den 24 Landkreisen und den zwölf kreisfreien Städten einzurichten. Dafür und für den Betrieb sollen den Kommunen Landesmittel in Höhe von rund 12 Mill. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Die amtlichen Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden werden Ende 2012 vorliegen, die weiteren wichtigen Daten zur Alters-, Bildungs- und Erwerbsstruktur bis auf Gemeindeebene folgen im Jahr 2013. „Ich bin froh, dass Rheinland-Pfalz sich gegenüber dem Bund mit Erfolg dafür eingesetzt hat, dass wir auch bis zur Ebene der Verbandsgemeinden aktuelle und zuverlässige Grund- und Strukturdaten erhalten. Für eine gute Politik des Landes und der Kommunen brauchen wir diese Daten, die nur durch den Zensus gewonnen werden können“, sagte Karl Peter Bruch.

Verbraucherpreise im August 2010

Die Verbraucherpreise sind im August gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,1% gestiegen. Damit setzt sich der Trend moderater Inflationsraten weiter fort.

Vor allem Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke kosteten deutlich mehr als noch vor einem Jahr; das Preisniveau stieg hier durchschnittlich um 2,9%. Binnen Jahresfrist verteuerten sich vor allem Speisefette und -öle (+16,1%), Gemüse (+11,6%) sowie Obst (+11,1%).

Überdurchschnittlich stiegen auch die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr, die 2% über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen. Insbesondere die Kraftstoffpreise kletterten gegenüber August 2009 (+5,4%). Bei den Preisen für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen:

Während die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahresmonat fielen (-5,8%), legten die Preise für Heizöl (+15,5%) und Strom (+4,4%) deutlich zu.

Sinkende Preise waren hingegen bei der Nachrichtenübermittlung (-1,8%), Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-0,1%) und vor allem im Bildungswesen (-17,1%) festzustellen.

Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz um 0,2%. Mit dem Eintreffen der neuen Kollektionen und dem Ende des Schlussverkaufs der Sommerware gab es in der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ einen Preisanstieg um 2,2%. Leichte Preiserhöhungen gegenüber dem Vormonat ergaben sich auch in den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+0,3%) sowie „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+0,2%).

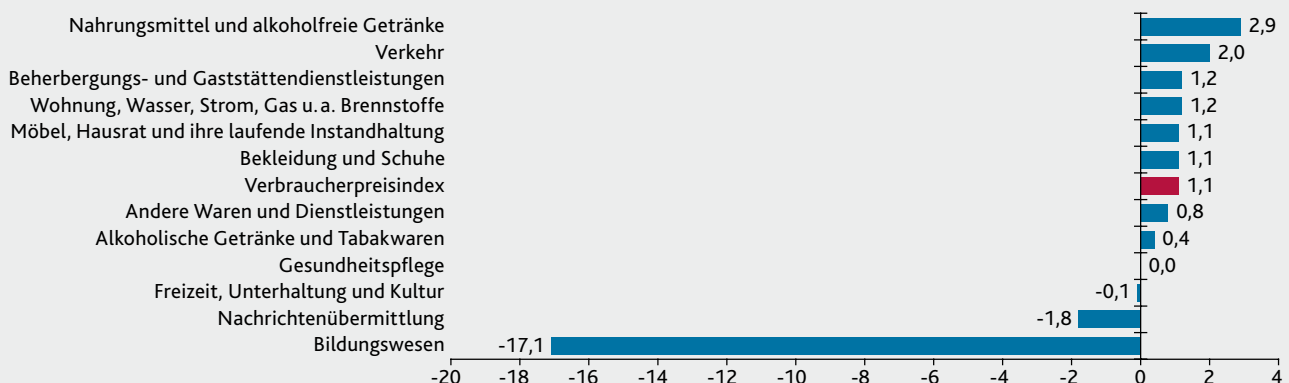
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

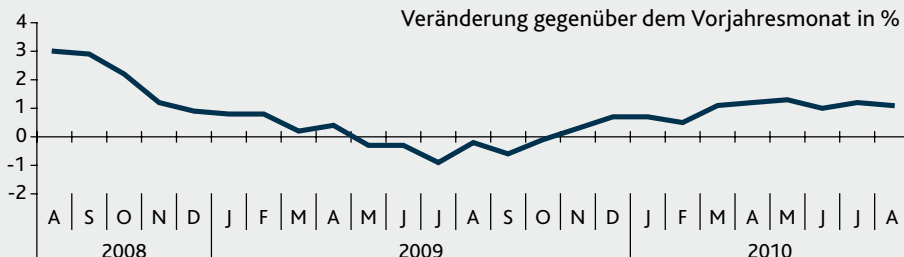
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2010

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber August 2009 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

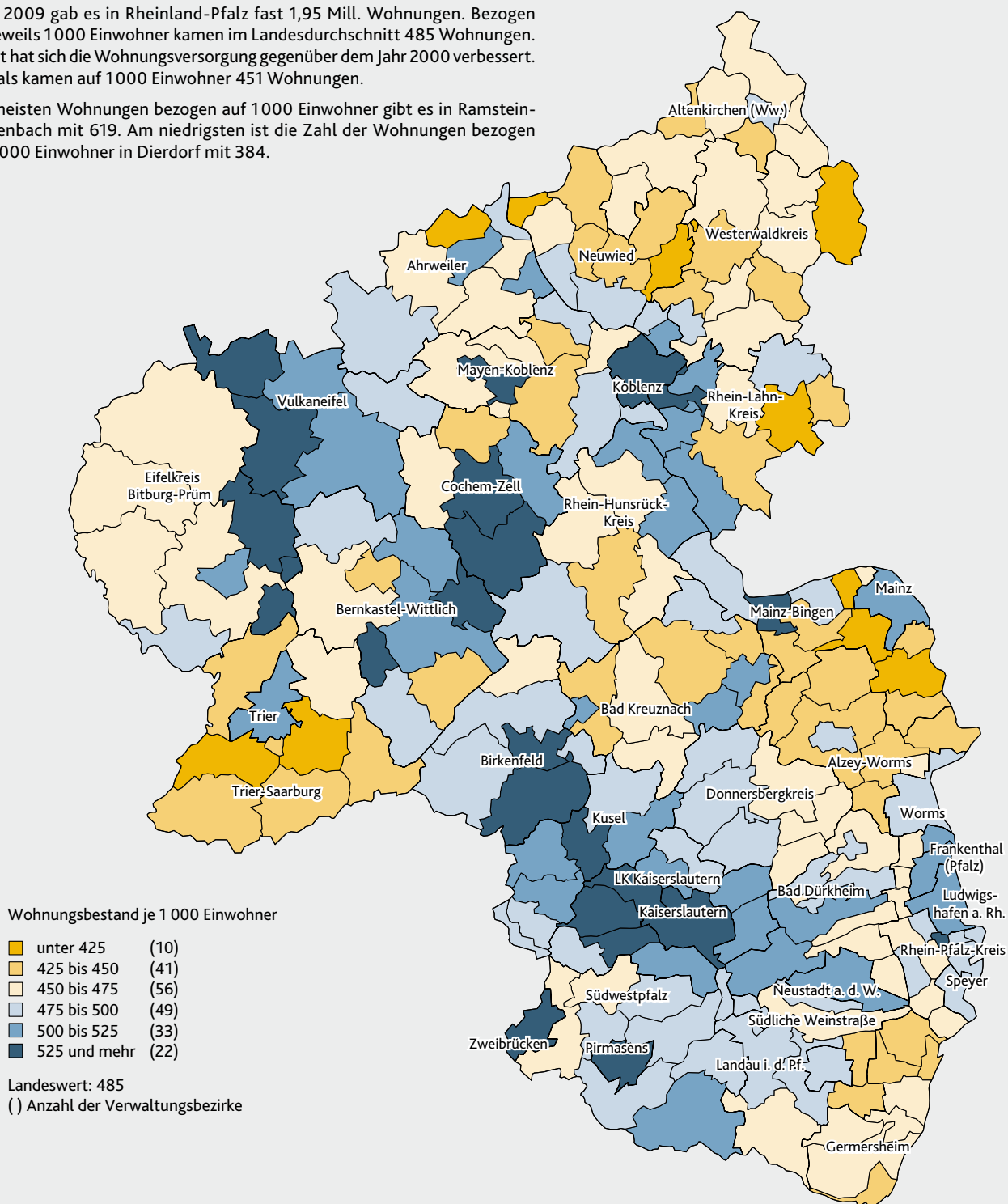


Wohnungsversorgung 2009 nach Verwaltungsbezirken

Gut 1,95 Mill. Wohnungen

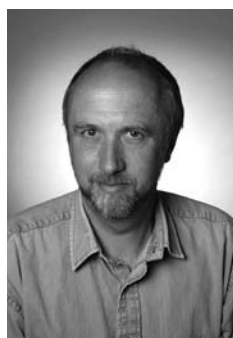
Ende 2009 gab es in Rheinland-Pfalz fast 1,95 Mill. Wohnungen. Bezogen auf jeweils 1000 Einwohner kamen im Landesdurchschnitt 485 Wohnungen. Damit hat sich die Wohnungsverorgung gegenüber dem Jahr 2000 verbessert. Damals kamen auf 1000 Einwohner 451 Wohnungen.

Die meisten Wohnungen bezogen auf 1000 Einwohner gibt es in Ramstein-Miesenbach mit 619. Am niedrigsten ist die Zahl der Wohnungen bezogen auf 1000 Einwohner in Dierdorf mit 384.



Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern

20 Jahre Deutsche Einheit



Von Günter Ickler

Die Deutsche Wiedervereinigung setzte Wanderungsströme erheblichen Ausmaßes aus der früheren DDR in den Westen in Gang. Rheinland-Pfalz zählte dabei als geografisch nicht unmittelbar angrenzendes Land naturgemäß nicht zu den Hauptzielländern.

Von 1989 bis 2009 kamen insgesamt 166 000 Menschen aus den neuen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz. Im gleichen Zeitraum verließen aber auch 70 000 Menschen das Land in die östlichen Bundesländer. Seit 2001 ziehen immer weniger Menschen aus den neuen in die alten Länder.

Rheinland-Pfalz ist Zuwanderungsland

Meist mehr
Zuzüge als
Fortzüge

In der Geschichte des Landes sind in nahezu jedem Jahr mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz gezogen als über die Landesgrenze weggezogen. Besonders hoch waren die Wanderungsgewinne in den ersten Nachkriegsjahren sowie Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre infolge der Grenzöffnung zum Osten.

1989-2009
Nachbarländer:
1 049 000
Zuzüge und
919 000
Fortzüge

Die stärksten Wanderungsverflechtungen hatte Rheinland-Pfalz stets mit seinen drei großen benachbarten Bundesländern. Im Jahr 2009 gab es knapp 17 000 Zuzüge aus Nordrhein-Westfalen; etwas mehr als 17 000 Menschen zogen von Rheinland-Pfalz dorthin. Die Werte für Hessen (14 100 Zuzüge und 15 000 Fortzüge) und Baden-Württemberg (13 500 Zuzüge und 14 400

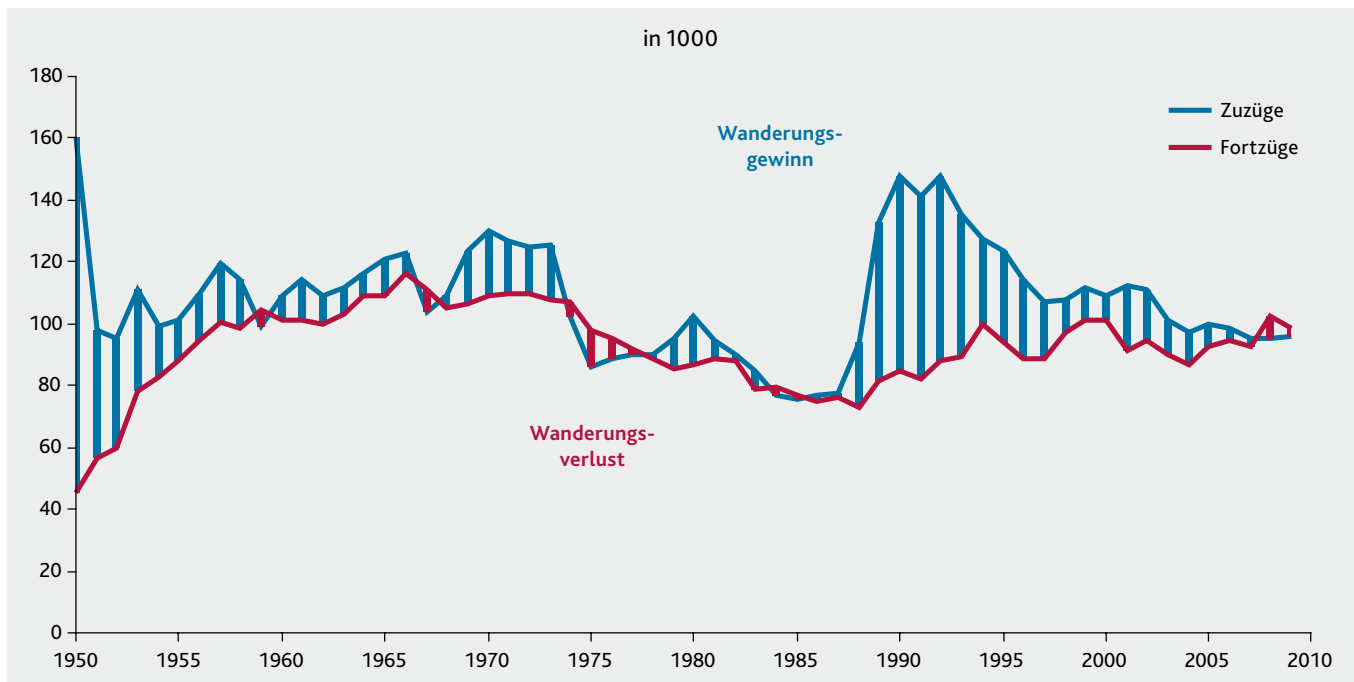
Fortzüge) lagen etwas darunter. Das Wandervolumen mit dem Saarland fiel dagegen stets weniger ins Gewicht (2009: 4 500 Zuzüge und 4 200 Fortzüge). Im Zeitraum von 1989 bis 2009 gab es insgesamt rund 1 049 000 Zuzüge aus den vier benachbarten Bundesländern; im gleichen Zeitraum zogen 919 000 Menschen in diese Länder.

Das Wanderungsgeschehen mit den fünf Bundesländern im Osten Deutschlands fällt dagegen wesentlich geringer aus. In der Summe der fünf Länder bewegte es sich im Jahr 2009 in einer Größenordnung, die den Wanderungsverflechtungen mit dem Saarland entsprechen. Für die Jahre 1989 bis 2009 waren insgesamt 166 000 Zuzüge und 70 000 Fortzüge zu verzeichnen.

Neue Länder:
166 000
Zuzüge und
70 000
Fortzüge

G 1

Wanderungen über die rheinland-pfälzische Landesgrenze 1950–2009



22% der
Zuzüge aus den
neuen Ländern
gehen nach
Bayern

Die Hauptzielländer für Zuwanderungen aus den neuen Bundesländern sind Bayern (2009 entfielen hierauf 21% der Zuzüge aus Ostdeutschland), Niedersachsen (18%), Nordrhein-Westfalen (16%) und Baden-Württemberg (14%). Der auf Rheinland-Pfalz entfallene Anteil lag im Jahr 2009 hingegen bei nur 3,6%.

Nach dem Mauerbau kaum Ost-West-Wanderungen

Historische
Ereignisse
prägen Wande-
rungsströme

Die Entwicklung der Wanderungsverflechtungen mit der damaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) bzw. den neuen Bundesländern ist im Zeitablauf stark durch die großen Ereignisse der deutschen Geschichte geprägt. So zeigt die Zeitreihe der Zu- und Fortzüge markante Einschnitte, die durch den Bau der Mauer und den Mauerfall hervorgerufen wurden.

Von 1945 bis zum Bau der Berliner Mauer flohen 3,5 Mill. Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR bzw. Ost-Berlin. Die rheinland-pfälzische Wanderungsstatistik weist sehr hohe Zuzugszahlen für Mitte der 50er-Jahre aus. Von 1953 bis 1958 kamen zwischen 10 000 und gut 18 000 Menschen jährlich aus dem Osten nach Rheinland-Pfalz.

Nach dem
Krieg: 3,5 Mill.
Menschen
fliehen in den
Westen

Um den Flüchtlingsstrom aufzuhalten wurde von der Regierung der damaligen DDR Anfang der 50er-Jahre eine „Befestigung“ der innerdeutschen Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 wurde dann praktisch die letzte Möglichkeit für eine Flucht aus dem Osten genommen. Während im Jahr 1961 noch mehr als 8 000 Menschen den Weg aus der DDR nach Rheinland-Pfalz fanden, kann die Statistik für 1962 nur noch 700 Zuzüge ausweisen. In der Zeit bis zur

Öffnung der Grenzen blieben die Zahlen auf sehr niedrigem Niveau. In dem gesamten betrachteten Zeitraum war die Zahl der Fortzüge in die DDR praktisch gleich Null.

Große Zuwanderungsströme durch Öffnung der Grenzen

In den drei Jahren nach dem Mauerfall ...

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bzw. der Deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden Wanderungsbewegungen von Ost nach West in einem bisher nicht da gewesenen Ausmaß ausgelöst.

Bereits zuvor konnten zahlreiche Menschen die DDR über das Ausland verlassen. Der Weg führte über die Botschaften in verschiedenen osteuropäischen Hauptstädten (unter anderem Prag und Warschau) sowie über die in Ungarn seit dem 11. September 1989 offene Grenze zu Österreich und seit Anfang November direkt über die damalige Tschechoslowakei.

... kommen 1 Mill. Menschen in die alten Bundesländer ...

In den Jahren von 1989 bis 1991 kamen per saldo fast 1 Mill. Menschen von Ost- nach Westdeutschland.

... 45 000 per saldo nach Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische Wanderungsstatistik weist für das Jahr 1989 mit mehr als 19 000 Zuzügen aus der DDR den höchsten Wert in der Geschichte des Landes aus. Die Zahl im Folgejahr lag nur wenig darunter. In der Summe der drei „Spitzenjahre“ gab es über 50 000 Zuwanderungen. Diesen standen allerdings auch knapp 6 000 Fortzüge in den Osten gegenüber, woraus sich eine Netto-Zuwanderung von rund 45 000 Menschen errechnet.

In den Folgejahren ebte die Zuwanderungswelle deutlich ab. Mit umfangreichen Investitionen zum „Aufbau Ost“ wurde das Ziel einer grundlegenden Verbesserung der

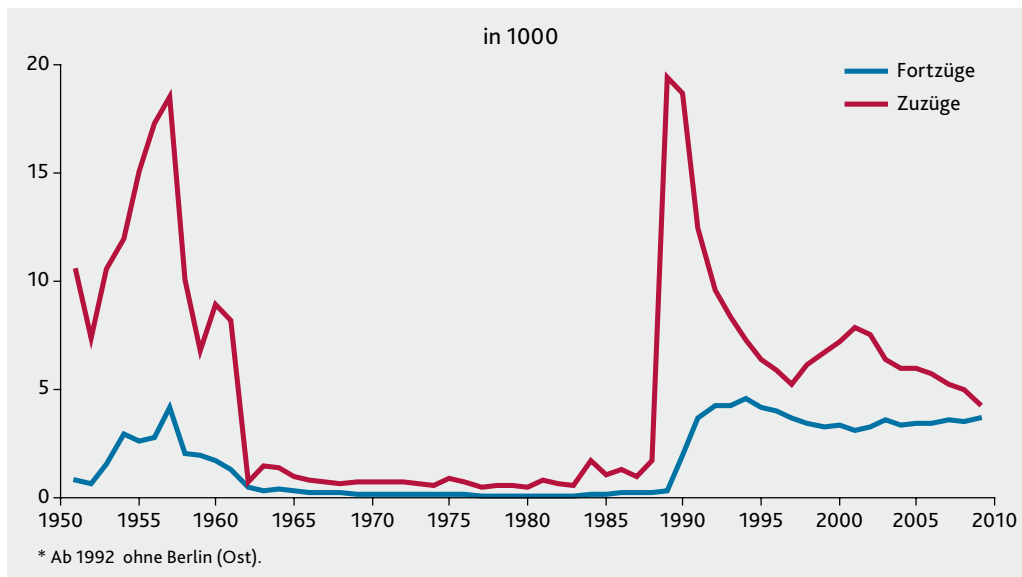
Wanderungen

Der Begriff „Wanderung“ beinhaltet in der Statistik die auf Dauer angelegte Verlagerung eines Wohnsitzes. Die Wanderungsstatistik erfasst die räumliche Bewegung von Personen über die Gemeindegrenzen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) sowie die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes hinweg (Außenwanderung). Darüber hinaus wird auch der Wechsel des Wohnungsstatus von einer Nebenwohnung in eine Hauptwohnung erhoben. Unter dem Begriff „Wanderung“ ist somit jedes Beziehen bzw. jeder Auszug aus einer alleinigen Wohnung oder einer Hauptwohnung sowie die Änderung des Status einer Wohnung zu verstehen. Umzüge innerhalb einer Gemeinde bleiben unberücksichtigt, da sie nicht zu einer Veränderung des Bevölkerungsstandes einer Gemeinde führen.

Wanderungen über die Landesgrenzen werden nach Herkunfts- und Zielländern unterschieden. Dabei werden Wanderungsbewegungen über die Bundesgrenzen nach einzelnen Staaten differenziert, Wanderungen innerhalb Deutschlands nach den 15 anderen Bundesländern. Für die Zeit vor der Wiedervereinigung sind Wanderungsverflechtungen mit dem Osten Deutschlands nur für das gesamte Gebiet der DDR – einschließlich Ost-Berlin – darstellbar. Für die Zeit ab 1991 weist die Statistik Zahlen in einer Differenzierung nach den fünf neuen Bundesländern nach. Ab 1992 ist ein getrennter Nachweis der Verflechtungen mit Ost-Berlin nicht mehr möglich; sie sind seither in den Ergebnissen für Berlin enthalten.

G 2

Wanderungsverflechtungen mit der DDR bzw. den neuen Bundesländern 1951–2009*



wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern verfolgt. Insbesondere junge Menschen, die bisher mit der Hoffnung auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz in den Westen kamen, konnten dadurch offenbar – zunächst – zum Verbleiben bewegt werden.

1997:
1 600 Netto-
Zuwanderungen

Die Zahl der Menschen, die aus Ostdeutschland nach Rheinland-Pfalz kamen, erreichte mit 5 200 Zuzügen im Jahr 1997 ihren vorläufigen Tiefststand nach der Wende. Gleichzeitig gab es aber auch zahlreiche Menschen, die von hier in die östlichen Bundesländer (zurück) zogen. Von 1992 bis 1996 waren dies immerhin mehr als 4 000 jährlich. Im Jahr 1997 gab es 3 600 Fortzüge in die neuen Länder, woraus sich eine Netto-Zuwanderung von nur noch 1 600 Personen ergibt.

2001:
4 700 Netto-
Zuwanderungen

In den folgenden Jahren nahmen die Abwanderungen aus dem Osten wieder zu. Im Jahr 2001 kamen 7 800 Menschen (netto 4 700) aus den neuen Ländern nach Rheinland-Pfalz. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse hatte sich für Viele offenbar nicht erfüllt.

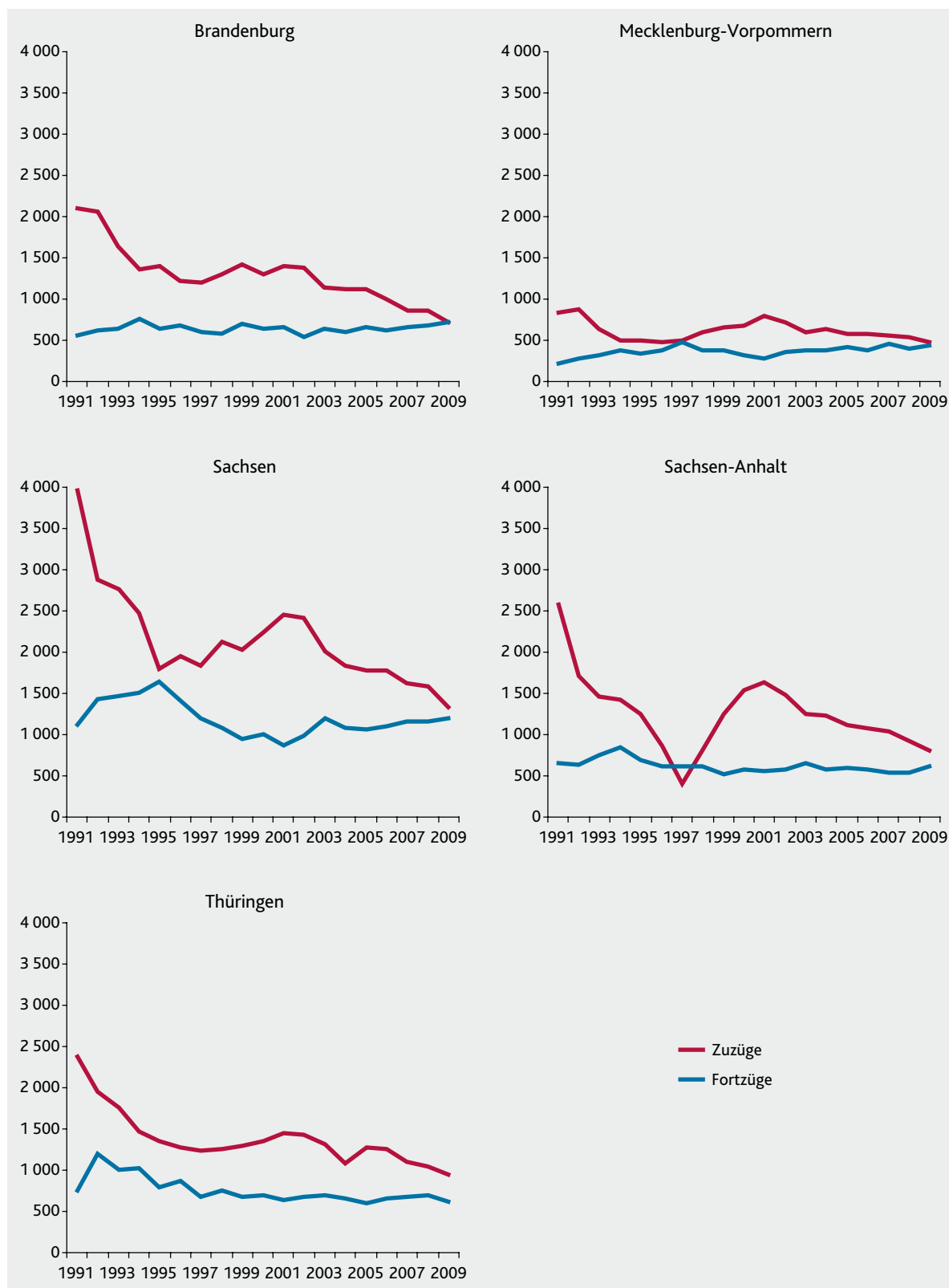
Danach haben Jahr für Jahr weniger Menschen die neuen Bundesländer verlassen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung dürfte sein, dass das Potenzial an jungen Erwachsenen, die in den alten Bundesländern Ausbildung oder Arbeit suchen, nach und nach geringer wurde. Insbesondere die qualifizierten und mobilen jungen Menschen mit einer Chance auf dem westlichen Arbeitsmarkt, haben den Osten offenbar bereits größtenteils verlassen.¹⁾ Hinzu kam die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in ganz Deutschland, wodurch die Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz getrübt wurden.

Unterschiedliches Wanderungsvolumen mit den fünf neuen Ländern

Eine differenzierte Betrachtung der Verflechtungen mit den einzelnen Bundesländern zeigt für alle fünf neuen Länder im Wesentlichen die gleiche Entwicklung. Statistische Angaben hierzu liegen ab dem Jahr 1991 vor.

G 3

Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern 1991–2009



1991 – 2009:
18 000 Netto-
Zuwanderer
aus Sachsen,
5 000 aus
Mecklenburg-
Vorpommern

In den Jahren von 1991 bis 2009 kamen per saldo aus Sachsen rund 18 000 Menschen, aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen jeweils 12 000 und aus Mecklenburg-Vorpommern weniger als 5 000. Die Unterschiede dürften weniger auf unterschiedliche Wanderungsmotive als vielmehr auf Unterschiede in der Bevölkerungsgröße und der geografischen Lage zu Rheinland-Pfalz zurückzuführen sein. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung gab es aus dem räumlich gesehen nächsten Bundesland Thüringen 5,3 Netto-Zuwanderungen je 1 000 Einwohner. Aus den weiter (nord-) östlich liegenden Ländern Sachsen-Anhalt und Sachsen waren es 5,1 bzw. 4,4 und dem entfernteren Mecklenburg-Vorpommern nur 2,9 je 1 000 Einwohner. Etwas anders stellt sich die Entwicklung im Verhältnis zum Land Brandenburg dar. Trotz der größeren räumlichen Entfernung kamen hier im Betrachtungszeitraum per saldo 4,9 von 1 000 Einwohnern nach Rheinland-Pfalz.

Für alle fünf Länder gilt, dass die Zuzüge am Anfang des Betrachtungszeitraums am größten und am Ende am geringsten waren. Auch gehen überall die Ost-West-Wanderungen nach einem Hoch im Jahr 2001 tendenziell zurück. Einen – nicht erklärbaren – Einbruch zeigen die Zuzüge aus Sachsen-Anhalt im Jahr 1997.

Die Fortzüge aus Rheinland-Pfalz in die östlichen Länder liegen auf niedrigem, relativ konstantem Niveau. Bei tendenziell kleineren Zuzugszahlen ergibt sich hieraus ein immer kleinerer Wanderungsüberschuss.

Fortzüge in die neuen Länder
konstant niedrig

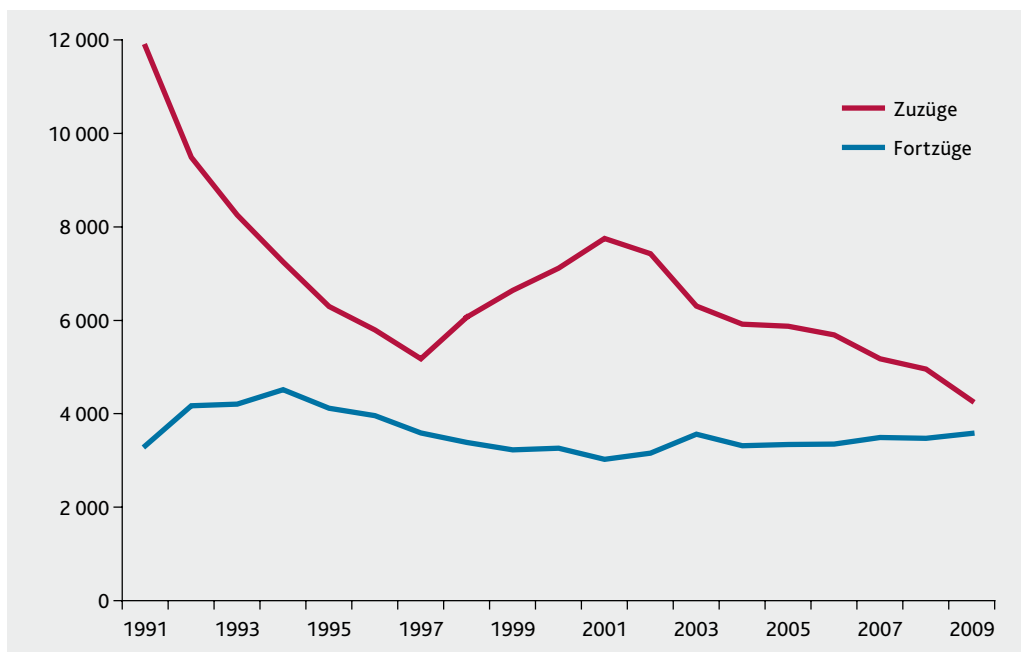
Überwiegend jüngere Menschen wandern von Ost nach West

Eine Differenzierung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass überwiegend junge Menschen Ostdeutschland verlassen. Im Zeitraum von 1991 bis 2009 waren 45,6% der nach Rheinland-Pfalz Zugewanderten jünger als 25 Jahre. Besonders hoch war in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen der

46% der
Zuwanderer
sind jünger
als 25 Jahre ...

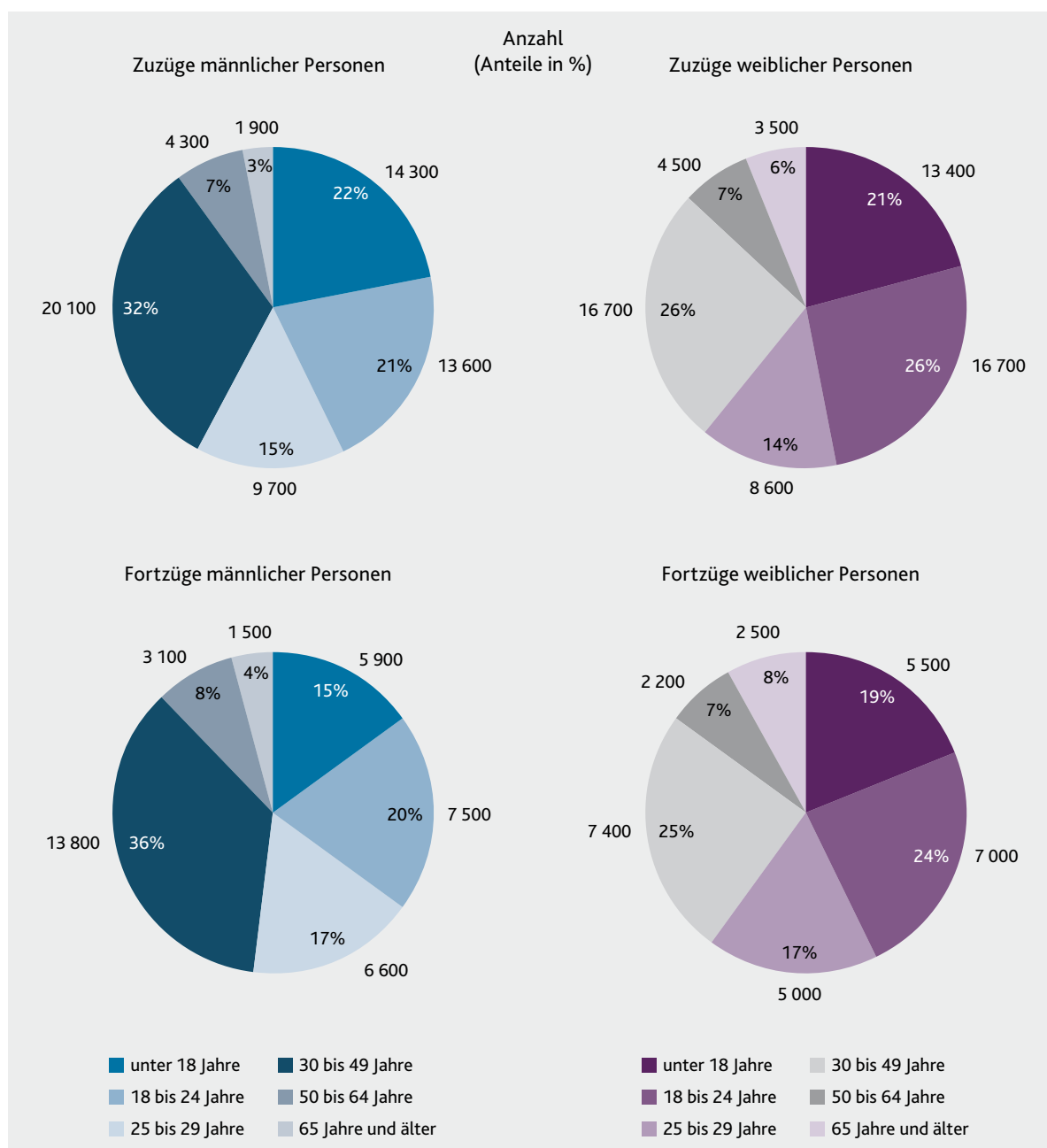
G 4

Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern insgesamt 1991–2009



G 5

Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern 1991–2009 nach Geschlecht und Alter



Anteil der Frauen. Die Zahl der Frauen in diesem Alter übertraf die der Männer um mehr als 3 000. Dies ist sicherlich vor dem Hintergrund der traditionell höheren Erwerbsquoten der Frauen in der DDR zu sehen. Das Hauptmotiv für junge Menschen, den Osten zu verlassen, dürfte in den im Westen erwar-

teten höheren Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt liegen.

Nahezu genauso groß (43,3%) war die Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen vertreten. Hier gab es aber deutlich mehr Männer (29 800) als Frauen (25 300), die den Weg nach Rheinland-Pfalz fanden.

... 43% zwischen 25 und 50 Jahre ...

... 11% sind
50 Jahre oder
älter

Dagegen ist unter den Menschen, die den Osten verlassen, der Anteil derer, die 50 Jahre oder älter sind, mit nur 11,1% relativ gering. Hier überwiegt insbesondere bei den über 65-Jährigen wieder die Zahl der Frauen (3 500) die der Männer (1 900). Dies ist zwar in erster Linie demografisch bedingt, da der Frauenanteil unter den Älteren auch in der Bevölkerung deutlich größer ist. Gleichwohl kommt hier auch ein hoher Grad an Mobilität unter der älteren weiblichen Bevölkerung zum Ausdruck.

Mehr Männer
als Frauen
ziehen in die
neuen Länder

Während bei den Zuzügen insgesamt gesehen die Zahl der Männer (63 900) mit der Zahl der Frauen (63 400) nahezu übereinstimmt, gibt es bei den Fortzügen große Unterschiede. Weitaus mehr Männer (38 500) als Frauen (29 600) ziehen aus Rheinland-Pfalz in die neuen Bundesländer (zurück).

Die Zahl der Männer überwiegt zum einen bei den 25- bis 29-Jährigen. Hier zeigt die Betrachtung im Zeitablauf aber, dass die Zahl der fortziehenden Männer in diesem Alter in der Zeit nach der Wende besonders hoch war und seit Mitte der 90er-Jahre abgenommen hat. Besonders deutlich ist der geschlechtsspezifische Unterschied aber bei den 30- bis 49-Jährigen. So sind seit 1991 nur 7 400 Frauen, aber 13 800 Männer in eines der neuen Bundesländer gezogen. Die Differenz bestand im gesamten Betrachtungszeitraum gleichermaßen.

Inwieweit es sich bei den Menschen, die in die neuen Länder ziehen, um die gleichen

Personen handelt, die in den Jahren zuvor zugezogen waren, kann mit den vorliegenden statistischen Zahlen nicht beantwortet werden.

Grundsätzlich gilt, dass eine Verlagerung des Wohnsitzes eher für mobile und/oder qualifiziertere Personen in Betracht kommt. Mit anderen Worten verbleiben die weniger mobilen und weniger qualifizierten Menschen an ihrem Wohnort. Diese selektive Wirkung der Abwanderungen hat bei dem insgesamt sehr großen Volumen der Ost-West-Wanderungen seit dem Mauerfall erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur und die wirtschaftliche Situation. So liegt in den neuen Bundesländern trotz vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit vielfach ein Fachkräftemangel vor, da qualifizierte Arbeitskräfte in die alten Länder abgewandert sind. Der Fortzug junger Menschen verstärkt den ohnehin stattfindenden demografischen Wandel. Die Folge ist eine fortschreitende Überalterung der Bevölkerung im Osten. Die überdurchschnittliche Fortzugsrate von jüngeren Frauen hat in vielen Regionen Ostdeutschlands bereits zu einem deutlichen Männerüberschuss geführt und wird auch Auswirkungen auf die zukünftige Geburtenentwicklung haben und damit die Effekte des demografischen Wandels noch weiter verstärken.¹⁾

Selektive
Wanderungen
verursachen
Fachkräftemangel,
Überalterung
und Männer-
überschuss

Günter Ickler, Diplom-Ökonom,
leitet das Referat „Bevölkerung,
Gebiet, Soziale Leistungen, Gesund-
heit, Rechtspflege“

1) Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Bevölkerungsumverteilungen und Auswirkungen innerdeutscher Wanderungen, Newsletter demos, Ausgabe 27 vom 10. November 2006

Wanderungsverhalten von Studierenden zwischen den alten und den neuen Bundesländern

20 Jahre Deutsche Einheit



Von Bettina Link

In den nächsten zehn Jahren ist in Deutschland mit einem erheblichen Zuwachs der Studienberechtigtenzahlen zu rechnen. Diese Entwicklung verläuft allerdings regional sehr unterschiedlich. Während die alten Bundesländer bedingt durch die demografische Entwicklung und durch doppelte Abiturjahrgänge einen erheblichen Zuwachs an Studienberechtigten verzeichnen werden, wird die Zahl der jungen Menschen mit Hochschulreife in den neuen Bundesländern weiter zurückgehen. Um die zu erwartenden Belastungen für die Hochschulen besser zu verteilen, gibt es Bestrebungen, mehr Jugendliche aus den alten Bundesländern für ein Studium in den neuen Bundesländern zu motivieren. Momentan scheint der Trend allerdings noch eher in die andere Richtung zu laufen.

Deutschlandweiter Anstieg der Studienplatznachfrage

10% mehr Studienanfängerinnen und -anfänger bis zum Jahr 2013

In den kommenden Jahren wird sich die Nachfrage nach Studienplätzen deutlich erhöhen. Bis zum Jahr 2013 könnten etwa 10% mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen als noch im Jahr 2008. Zu diesem Ergebnis kommt ein im Mai 2009 von der Kultusministerkonferenz (KMK) herausgegebener Zwischenbericht zur Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen.¹⁾

Ein wichtiger Grund hierfür ist die demografische Entwicklung. So verlassen in den

alten Ländern momentan noch die Kinder der sogenannten Babyboomer die Oberstufen der allgemeinbildenden Schulen. Zudem bewirken die in einigen Ländern vorgenommenen oder noch geplanten Schulzeitverkürzungen kurzfristig einen zusätzlichen Anstieg der Studienplatznachfrage. Diese betrifft Universitäten in stärkerem Maße als Fachhochschulen.

Entsprechend der Vorausberechnung der KMK entwickelt sich die Studienplatznachfrage regional²⁾ unterschiedlich. Während die westdeutschen Flächenländer bis zum Jahr 2013 gegenüber dem Vergleichsjahr 2008 etwa 21% mehr Studienanfänger erwarten können, sehen sich die ostdeutschen Flächenländer im selben Zeitraum einem

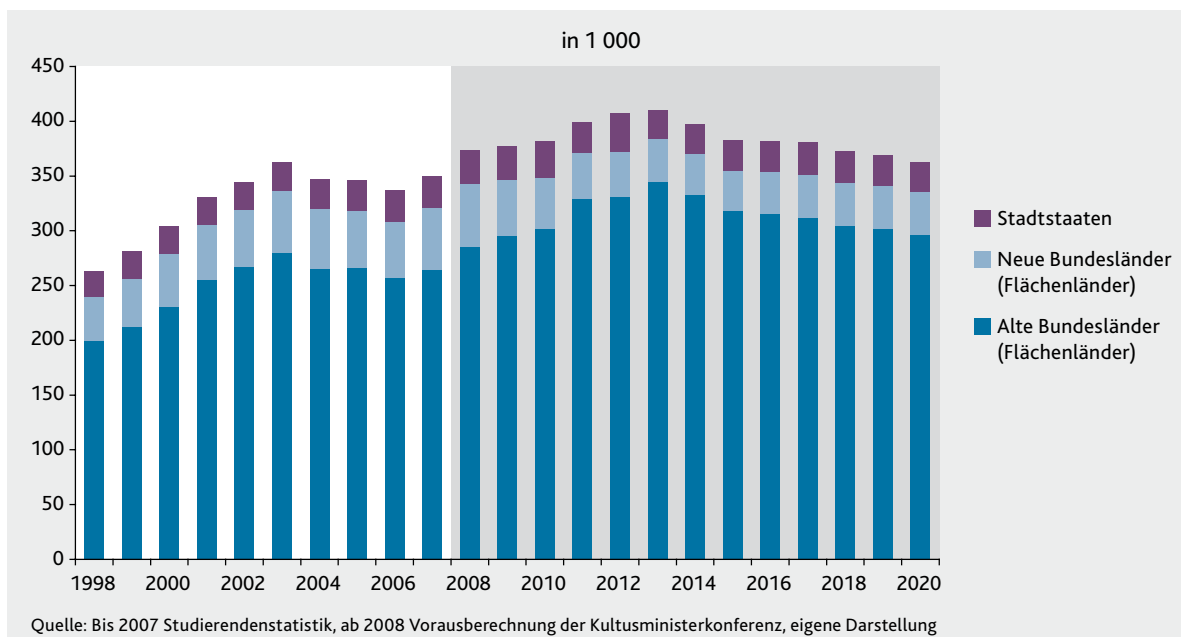
Größter Anstieg der Studienplatznachfrage in den westdeutschen Flächenländern

1) Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Hrsg.), Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009 bis 2020 – Zwischenstand, Bonn 2009.

2) Der Begriff „Region“ wird in diesem Artikel als Differenzierung zwischen alten und neuen Bundesländern verwendet

G 1

Studienanfängerinnen und -anfänger in Deutschland 1998–2020 nach Region des Studienortes



massiven Rückgang des Nachfragepotenzials gegenüber (–34%). Für die Stadtstaaten wird in diesem Zeitraum ein Nachfragerückgang um 6% berechnet. Für Rheinland-Pfalz wird ein Anstieg der Studienanfängerzahlen um 12% vorausgesagt.

Vor dem Hintergrund dieser Berechnungen und dem breiten grundsätzlichen Konsens zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Studierneigung junger Menschen streben der Bund und die Kultusminister der Länder einen Ausbau der Studienkapazitäten an.

Hochschulpakt:
Länder verpflichteten sich zur Schaffung von 90 000 zusätzlichen Studienplätzen

Im Jahr 2007 vereinbarten sie – mit der ersten Phase des Hochschulpaktes – die Schaffung von etwa 90 000 zusätzlichen Studienplätzen (Basisjahr 2005) bis zum Jahr 2010. Der Bund stellte hierfür pro Studienanfängerin und -anfänger 11 000 Euro zur Verfügung, die Länder steuerten den gleichen Betrag bei.

3) Dieses Ziel wird mit der 2009 verabschiedeten zweiten Phase des Hochschulpaktes weiterverfolgt.

4) Im Folgenden wird keine Differenzierung zwischen Ost- und Westberlin vorgenommen. Berlin wird zusammen mit der Region Ostdeutschland ausgewiesen.

Die neuen Länder verpflichteten sich – trotz des erwarteten Rückgangs ihrer Studienanfängerzahlen – zur Beibehaltung der eigenen Studienkapazitäten auf dem Niveau von 2005. Dahinter steht das Bestreben, mithilfe der erwarteten Überkapazitäten an ostdeutschen Hochschulen einen Teil des für die alten Bundesländer prognostizierten Studierendenzuwachses aufzufangen.³⁾

Neue Länder wollten Studienkapazitäten auf dem Niveau von 2005 halten

Ob das derzeitige Wanderungsverhalten der Studienberechtigten den politischen Erwartungen folgt und welche Faktoren die Studierendenmobilität beeinflussen, soll im Folgenden untersucht werden.

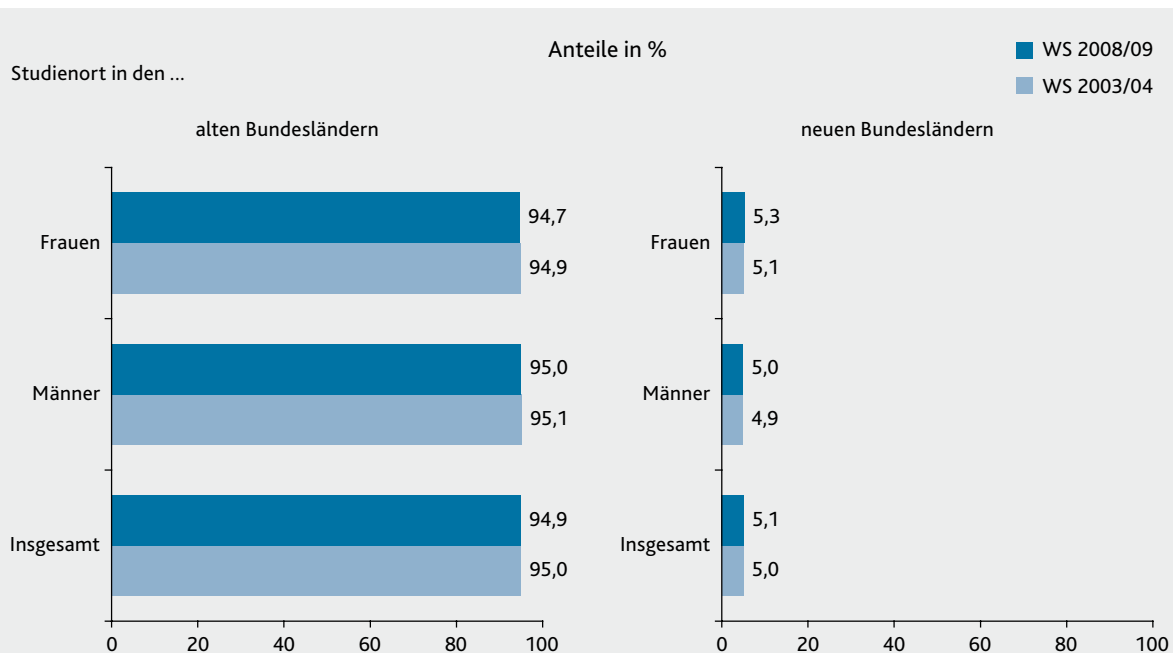
Geringe West-Ost-Mobilität

Im Wintersemester 2008/09 studierten 1 839 246 Personen mit deutscher Studienberechtigung an einer deutschen Hochschule. Insgesamt 78,4% dieser Studierenden hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung in den alten Bundesländern erworben, 21,6% in den neuen oder in Berlin⁴⁾. Die Mehrheit

Vier von fünf Studierenden mit deutscher Studienberechtigung aus den alten Ländern

G 2

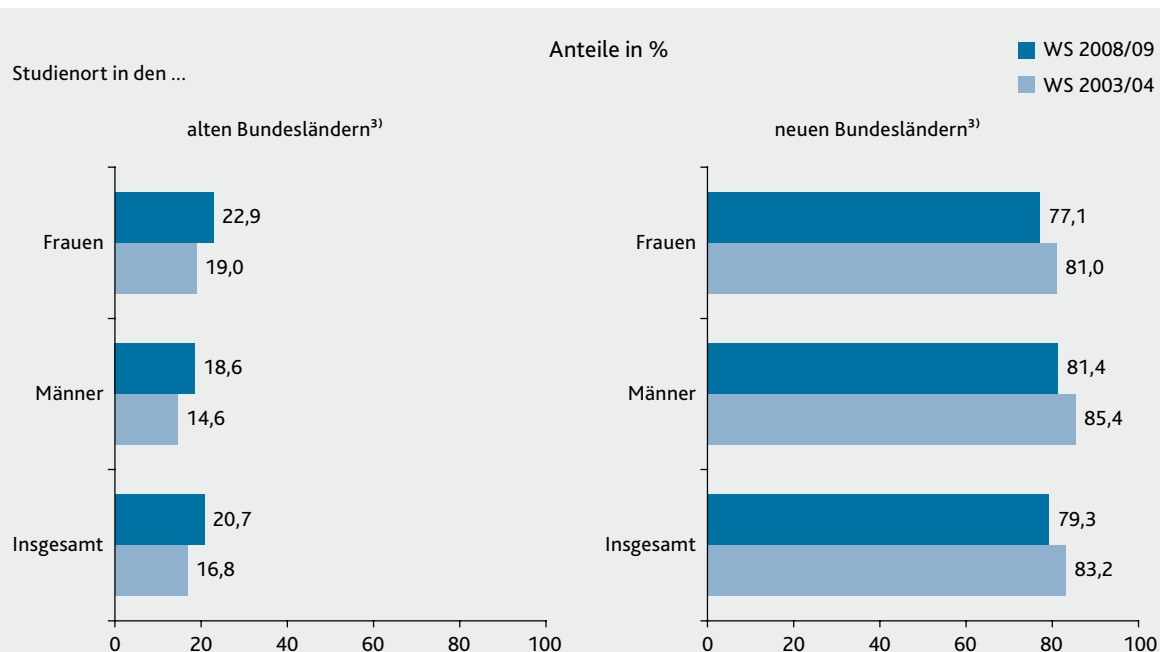
Studierende,¹⁾ die ihre Hochschulzugangsberechtigung²⁾ in den alten Bundesländern erworben haben, in den Wintersemestern 2003/04 und 2008/09 nach Region des Studienortes³⁾



1) Ohne Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung und ohne Studierende im Ausland. – 2) Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 3) Einschließlich Berlin.

G 3

Studierende,¹⁾ die ihre Hochschulzugangsberechtigung²⁾ in den neuen Bundesländern erworben haben, in den Wintersemestern 2003/04 und 2008/09 nach Region des Studienortes³⁾



1) Ohne Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung und ohne Studierende im Ausland. – 2) Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 3) Einschließlich Berlin.

der Studierenden wies bei der Hochschulwahl nur eine geringe regionale Mobilität auf. Dies trifft in besonderem Maße auf die westdeutschen Studienberechtigten zu.

Lediglich 5,1% der Studierenden aus Westdeutschland an ostdeutscher Hochschule

Während im Wintersemester 2008/09 insgesamt 20,7% der Studierenden mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus den neuen Ländern für ein Studium an einer westdeutschen Hochschule eingeschrieben waren, hatten lediglich 5,1% der Studierenden mit westdeutscher Studienberechtigung eine Hochschule in den neuen Ländern oder in Berlin gewählt. Bleibt das Wanderungsverhalten nach Berlin unberücksichtigt, verstärkt sich dieser Gegensatz noch.

Gegenüber dem Wintersemester 2003/04 erhöhte sich der Anteil der Studierenden aus den neuen Ländern, die ihr Studium an

einer westdeutschen Hochschule absolvierten, um 3,9 Prozentpunkte. Der Anteil der Studienberechtigten aus den alten Bundesländern, die sich für eine Hochschule in den neuen Ländern entschieden hatten, veränderte sich im selben Zeitraum hingegen kaum (+0,1%).

Auch in absoluten Zahlen studierten im Wintersemester 2008/09 weitaus mehr Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus Ostdeutschland an einer westdeutschen Hochschule als umgekehrt (82 295 bzw. 73 869). Der Studierendenwanderungssaldo der alten Bundesländer mit den neuen Ländern lag im Wintersemester 2008/09 bei 8 426. Fünf Jahre zuvor im Wintersemester 2003/04 war dieser Wert noch negativ (–11 151).

Studierendenwanderungssaldo der alten Länder auf 8 426 gestiegen

T 1

Studierende¹⁾ in Deutschland im Wintersemester 2008/09 nach Studienland und Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung²⁾

Studienland	Insgesamt ¹⁾²⁾	Davon Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in den	
		alten Bundesländern	neuen Bundesländern ³⁾
	Anzahl		
Alte Bundesländer	1 450 568	1 368 273	82 295
Baden-Württemberg	233 066	221 909	11 157
Bayern	237 330	224 008	13 322
Bremen	27 198	25 214	1 984
Hamburg	64 189	59 042	5 147
Hessen	156 649	145 872	10 777
Niedersachsen	127 609	116 089	11 520
Nordrhein-Westfalen	442 095	423 970	18 125
Rheinland-Pfalz	98 236	94 143	4 093
Saarland	18 684	17 806	878
Schleswig-Holstein	45 512	40 220	5 292
Neue Bundesländer und Berlin	388 678	73 869	314 809
Berlin	117 269	32 041	85 228
Brandenburg	42 208	6 157	36 051
Mecklenburg-Vorpommern	34 841	7 212	27 629
Sachsen	98 013	13 080	84 933
Sachsen-Anhalt	48 684	7 231	41 453
Thüringen	47 663	8 148	39 515
Deutschland	1 839 246	1 442 142	397 104

1) Ohne Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung und ohne Studierende im Ausland.

2) Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 3) Einschließlich Berlin.

Der attraktivste Hochschulstandort in den neuen Bundesländern schien für die Studienberechtigten aus den alten Ländern neben Berlin (dort studierten 2,2% dieser Personengruppe) der Hochschulstandort Sachsen. Hier waren im Wintersemester 2008/09 immerhin 0,9% der Studierenden mit westdeutscher Hochschulzugangsberechtigung eingeschrieben. Ostdeutsche Studienberechtigte zog es dagegen relativ häufig nach Nordrhein-Westfalen (4,6%).

Frauen regional mobiler

Grundsätzlich fällt auf, dass sowohl bei den Studienberechtigten der neuen und im geringerem Maß auch bei jenen der alten Bundesländer die Frauen in der Regel eine höhere Mobilitätsbereitschaft aufwiesen. Während sich 22,9% der weiblichen Studierenden mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus den neuen Bundesländern für eine Hochschule in den alten Bundesländern entschieden hatten, traf dies lediglich auf 18,6% der männlichen Studierenden dieser Personengruppe zu. Von den Studierenden mit westdeutscher Studienberechtigung hatten 5,3% der Frauen und 5% der Männer den Sprung über die regionale Grenze gewagt.

Kaum Studierende aus den neuen Ländern an rheinland-pfälzischen Hochschulen

95,8% der Studierenden in Rheinland-Pfalz aus den alten Ländern

An rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Wintersemester 2008/09 insgesamt 98 236 Personen eingeschrieben, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben hatten. Von diesen hatten 94 143 und damit 95,8% ihre Hochschulzugangsberechtigung in den alten Bundesländern erlangt, darunter 49,3% in Rheinland-Pfalz. Auch Studienberechtigte aus den Nachbarländern Hessen (14,7%), Nordrhein-Westfalen (9%) und Baden-Württemberg (8,9%) stellten einen erheblichen Teil der rheinland-pfälzischen Studierendenschaft.

Aus den neuen Bundesländern oder aus Berlin kam im Wintersemester 2008/09 nur ein relativ kleiner Teil der rheinland-pfälzischen Studierenden (4,2%). Dieser im Ländervergleich relativ geringe Wert kann auch durch die geografische Lage des Landes beeinflusst sein, die für Studierende aus den neuen Bundesländern lange Anfahrtswege verursacht und daher vermutlich weniger attraktiv ist.

4,2% der Studierenden in Rheinland-Pfalz aus den neuen Ländern

Die zahlenmäßig meisten ostdeutschen Studienberechtigten an rheinland-pfälzischen Hochschulen stellten im Wintersemester 2008/09 der Freistaat Sachsen (890) und das Land Berlin (826). Die wenigsten Studierenden kamen aus Brandenburg (534) und Mecklenburg-Vorpommern (452).

Wenige rheinland-pfälzische Studienberechtigte an Hochschulen in den neuen Ländern

Auch rheinland-pfälzische Studienberechtigte zog es nur selten an eine Hochschule in den neuen Bundesländern. Während im Wintersemester 2008/09 insgesamt 46% von ihnen in einem anderen Bundesland studierten, waren lediglich 3,5% an einer ostdeutschen Hochschule eingeschrieben. Unter den ostdeutschen Hochschulstandorten nahmen neben Berlin (1 354) Sachsen und Thüringen (607 bzw. 390) die meisten rheinland-pfälzischen Studienberechtigten auf.

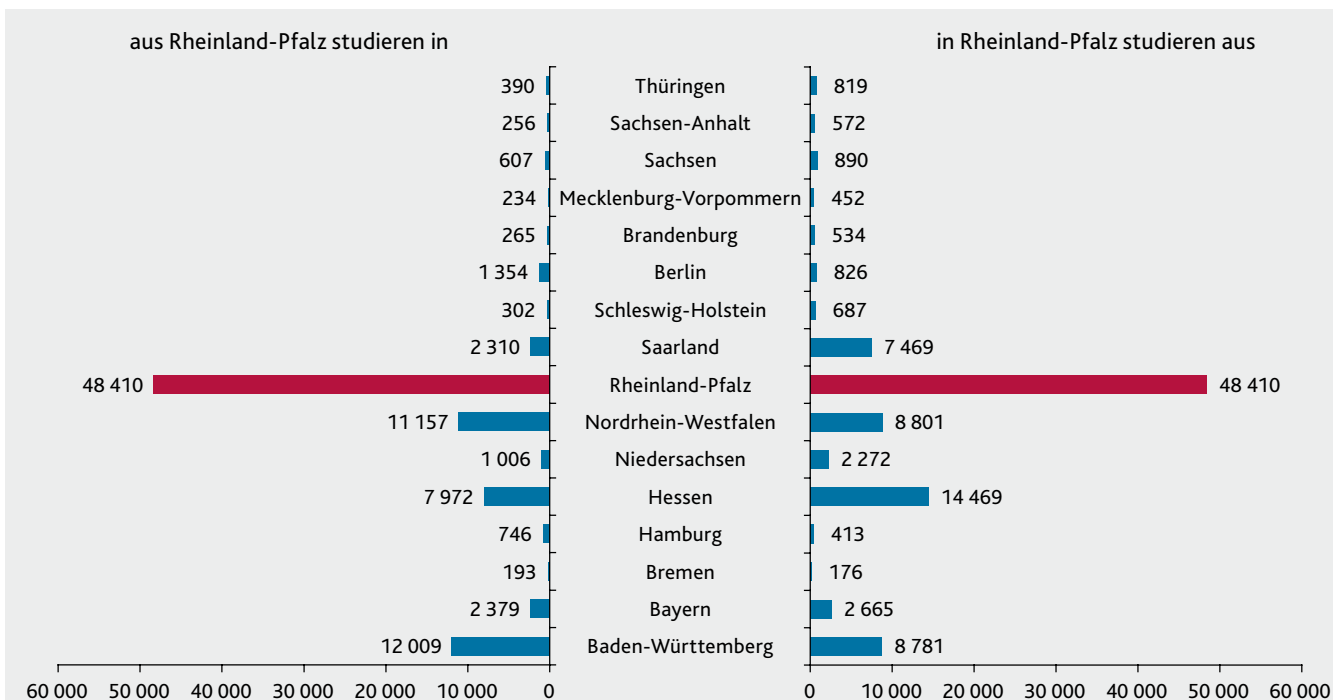
3,5% der Studierenden aus Rheinland-Pfalz an ostdeutschen Hochschulen

Räumliche Nähe und Studienangebot entscheidend für die Hochschulwahl

Wie die Zahlen zum Wanderungsverhalten bereits vermuten lassen, spielt für die Studienberechtigten bei der Wahl der zukünftigen Hochschule die räumliche Nähe des Hochschulstandortes eine erhebliche Rolle. Dies belegt auch eine aktuelle Studie der Hochschulinformationssystem GmbH HIS,

G 4

Studierende¹⁾ in und aus Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2008/09 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung²⁾ und nach Studienland



1) Ohne Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung und ohne Studierende im Ausland. – 2) Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg.

an der im Wintersemester 2007/08 deutschlandweit 8 342 Studienanfängerinnen und -anfänger teilnahmen.⁵⁾

Knapp ein Fünftel der Befragten gaben als ausschlaggebenden Grund für die Hochschulwahl die Heimatnähe des Hochschulstandortes an (19%).

Ein weiteres wichtiges Kriterium bei der Hochschulwahl war die Übereinstimmung von Studienangebot und fachlichen Interessen. Für ebenfalls etwa ein Fünftel war dieser Faktor ausschlaggebend (19%).

Während es bezüglich der ersten beiden dargestellten Kriterien kaum Unterschiede zwischen den Studienanfängerinnen und

-anfänger in Ost- und Westdeutschland gab, wurde die Erhebung von Studiengebühren – wohl auch aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit – regional sehr unterschiedlich bewertet. So benannten nur wenige Studienanfängerinnen und -anfänger in den alten Ländern die Freiheit von Studiengebühren als wichtigsten Entscheidungsgrund. In den neuen Ländern war es nahezu jede bzw. jeder Fünfte.

Für Studienberechtigte, die zum Studium aus den alten in die neuen Bundesländer wechselten, hatten ökonomisch-finanzielle Aspekte, aber auch formale Restriktionen häufig eine entscheidende Bedeutung. Letztere werden sicherlich auch maßgeblich durch das Verteilungsverfahren der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) beeinflusst.

Studiengebührenfreiheit vor allem für Anfängerinnen und Anfänger aus den neuen Ländern entscheidend

5) Vgl. Heine, Christoph, J. Willich, H. Schneider, Informationsverhalten und Hochschulwahl von Studienanfängern in West- und Ostdeutschland, HIS Projektbericht, Hannover 2009.

T 2

Ausschlaggebende Hochschulwahlmotive deutscher Studienanfängerinnen und -anfänger im Wintersemester 2007/08 nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung und nach Region des Studienortes

„Welcher der folgenden Gründe ist für Ihre Hochschulwahl der wichtigste?“	Ins- gesamt	Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung			
		in den alten Bundesländern, Studium in den		in den neuen Bundesländern ¹⁾ , Studium in den	
		alten Bundesländern	neuen Bundesländern ¹⁾	alten Bundesländern	neuen Bundesländern ¹⁾
		Angaben in %			
Hochschulinterne Bedingungen	41	41	37	50	38
Studienangebot entspricht fachlichen Interessen	19	19	16	27	18
gute Ausstattung	3	2	3	3	4
guter Ruf der Hochschule	9	9	8	7	9
vielfältiges Lehrangebot	3	3	3	3	1
überschaubare Verhältnisse	2	2	1	3	2
gutes Ranking-Ergebnis der Hochschule	4	4	3	5	2
guter Ruf der Lehrenden in meinem Hauptfach	2	2	2	3	2
Gegebenheiten des Hochschulstandorts	42	41	34	28	51
Nähe zum Heimatort	19	20	3	8	19
günstige Lebensbedingungen	2	2	5	2	3
keine Studiengebühren	7	4	21	7	17
Hochschulort ist mir vertraut	1	1	1	1	1
Eltern/Verwandte/Freunde leben am Hochschulort	4	4	2	1	3
finanzielle Gründe: ich kann nicht fern vom Elternhaus studieren	5	6	-	1	4
Partner/-in lebt oder studiert am Hochschulort	4	4	2	8	4
Kulturelle Hochschulwahlmotive	5	5	10	8	3
Atmosphäre am Hochschulort	4	4	10	6	2
Freizeitangebot	1	1	<0,5	1	<0,5
Informationen der Studienberatung	<0,5	<0,5	-	1	<0,5
Formale Beschränkungen der Hochschulwahl	13	14	19	14	8
Studiengang nur an dieser Hochschule	8	9	12	9	5
aufgrund von Zulassungsbeschränkungen nicht an gewünschter Hochschule	4	5	7	5	2

1) Einschließlich Berlin.

Datenquelle: HIS-Studienanfängerbefragung 2007/08.

Die Ost-West-Mobilität wurde häufig ausschlaggebend durch hochschulinterne Bedingungen, beispielsweise das vorhandene Studienangebot oder ein gutes Ranking-Ergebnis der Hochschule, gefördert. Weniger entscheidend war für die regional mobilen Studierenden – wie zu erwarten – die Heimatnähe der Hochschule.

60% legten Wert auf guten Ruf der Hochschule

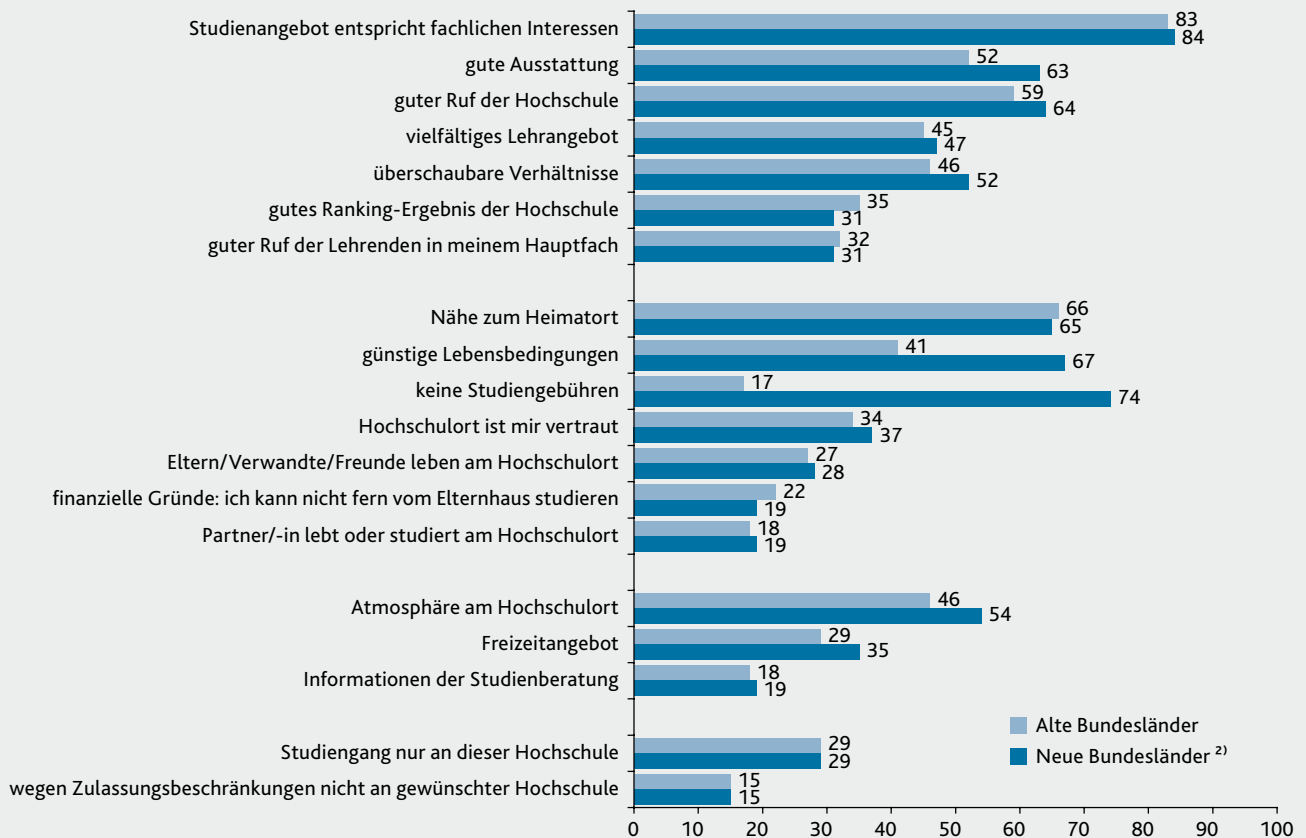
Neben den bereits dargestellten ausschlaggebenden Entscheidungsgründen, spielen bei der Hochschulwahl auch weitere Faktoren eine wichtige Rolle. Hierzu

zählen unter anderem ein guter Ruf der Hochschule. Immerhin 60% der Befragten erachteten dieses Kriterium als wichtig oder sogar sehr wichtig. Ebenfalls wichtig waren den Studienteilnehmerinnen und -teilnehmern überschaubare Verhältnisse, günstige Lebensbedingungen sowie die Atmosphäre und das Freizeitangebot am Hochschulstandort.

Für Studienanfängerinnen und -anfänger in den neuen Ländern schien bei der Hochschulwahl – so die Ergebnisse der Studie –

Hochschulwahlmotive deutscher Studienanfängerinnen und -anfänger im Wintersemester 2007/08 nach Region des Studienortes

Anteil der Befragten, die die genannten Aspekte als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ einstufen in %¹⁾



1) Angaben auf einer Skala von 1 = „sehr wichtig“ bis 5 = „unwichtig“. – 2) Einschließlich Berlin.
Quelle: HIS-Studienanfängerbefragung Wintersemester 2007/08

eine größere Zahl von Kriterien wichtig zu sein.

Geringe Kenntnisse und Vorurteile über die neuen Länder

Ein weiterer Grund für die geringe Bereitschaft westdeutscher Studienberechtigter zur Wahl einer Hochschule in Ostdeutschland sind sicherlich auch fehlende Kenntnisse und daraus resultierende Vorurteile über diese Region.

Wie wenig junge Menschen aus dem Westen mitunter über die neuen Bundesländer wissen, lassen die Ergebnisse einer Umfrage der vom BMBF unterstützten „Hochschulinitiative Neue Bundesländer“ aus dem Jahr 2009 erahnen, an der deutschlandweit 500 Schülerinnen und Schüler teilnahmen.⁶⁾ Auch wenn die Ergebnisse dieser Befragung sicherlich nur eingeschränkt repräsentativ sind, geben sie aufschlussreiche Hinweise zur Wahrnehmung der neuen Länder durch Studieninteressierte aus den alten Ländern.

So war etwa ein Drittel der Befragten aus den westdeutschen Ländern noch nie in Ostdeutschland. Etwa vier von zehn Stu-

6) Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Studieren in Fernost: Hochschulinitiative Neue Bundesländer prämiiert innovative Marketingkonzepte für Studieninteressierte, Pressemitteilung 121 von 29. Mai 2009, <http://www.bmbf.de/press/2564.php>

dierwilligen aus Westdeutschland lehnten ein Studium in den neuen Ländern grundsätzlich ab.

Studierende in den neuen Ländern zufriedener als Studierende in den alten Ländern

Dies lag wohl auch daran, dass viele der Befragten die neuen Länder mit negativen Begriffen wie Arbeitslosigkeit, Armut oder Tristesse verbanden. Selbst eine gute Ausstattung und Betreuung wurde eher den Hochschulen in den alten Bundesländern zugetraut. Diese Einschätzungen stehen im Kontrast zur Bewertung der Studienbedingungen durch die Studierenden in Ostdeutschland selbst. Diese sind mit Ihrer Hochschule in der Regel zufriedener als ihre Kommilitonen an westdeutschen Hochschulen.⁷⁾

Fazit

Zwischen der regionalen Mobilität der Studienberechtigten aus den alten und den neuen Bundesländern bestehen deutliche Unterschiede. So zieht es die überwiegende Mehrheit der Studienberechtigten aus den alten Ländern selten an eine Hochschule nach Ostdeutschland. Dagegen schreibt sich

gut ein Fünftel der Studienanfänger mit einer Studienberechtigung aus den neuen Bundesländern an einer westdeutschen Hochschule ein. Dies führte dazu, dass der Studierendenwanderungssaldo der alten Länder gegenüber den neuen Ländern im Wintersemester 2008/09 deutlich im Plus war.

Das Gelingen des Hochschulpaktes setzt eine Umkehr dieser Entwicklung voraus. Möglicherweise wird diese in den kommenden Jahren durch umfassendere Beschränkungen von Studiengängen oder auch durch die unterschiedliche Praxis der Erhebung von Studiengebühren erreicht. Auch die zu erwartende weitere Verbesserung der Betreuungsrelationen an ostdeutschen Hochschulen sowie attraktive Studienangebote könnten zu einem stärkeren Zulauf von westdeutschen Studienberechtigten führen. Hierfür müssten die Vorteile der ostdeutschen Hochschulen allerdings noch in stärkerem Maße kommuniziert werden.

Bettina Link, Diplom Soziologin, Mag. rer. publ. leitet das Referat Bildung.

7) Heine, Christoph et al., Studienqualität in Ost- und Westdeutschland. Eine Sekundäranalyse des Studienqualitätsmonitors 2008, HIS Projektbericht, Hannover 2009.

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2008



Von Werner Kertels

Die Zahl der Erwerbstätigen ist von 2000 bis 2008 in Rheinland-Pfalz um gut 93 000 auf 1,86 Mill. gestiegen, und zwar in den Landkreisen um 65 000 und in den kreisfreien Städten um 28 000. In den Landkreisen ist sowohl der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen als auch der Anteil der marginal Beschäftigten höher als in den kreisfreien Städten. Zusammen machten diese beiden Personengruppen zwischen 16% aller Erwerbstätigen in Ludwigshafen am Rhein und gut 38% im benachbarten Rhein-Pfalz-Kreis aus. Die Arbeitsplatzdichte ist in den kreisfreien Städten mit 1022 Arbeitsplätze je 1000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter deutlich höher als in den Landkreisen mit 592 Arbeitsplätzen je 1000 Einwohner.

Über 60% der Erwerbstätigen arbeiten in den Landkreisen

Ein Drittel arbeitet in Mainz, Ludwigshafen und Koblenz

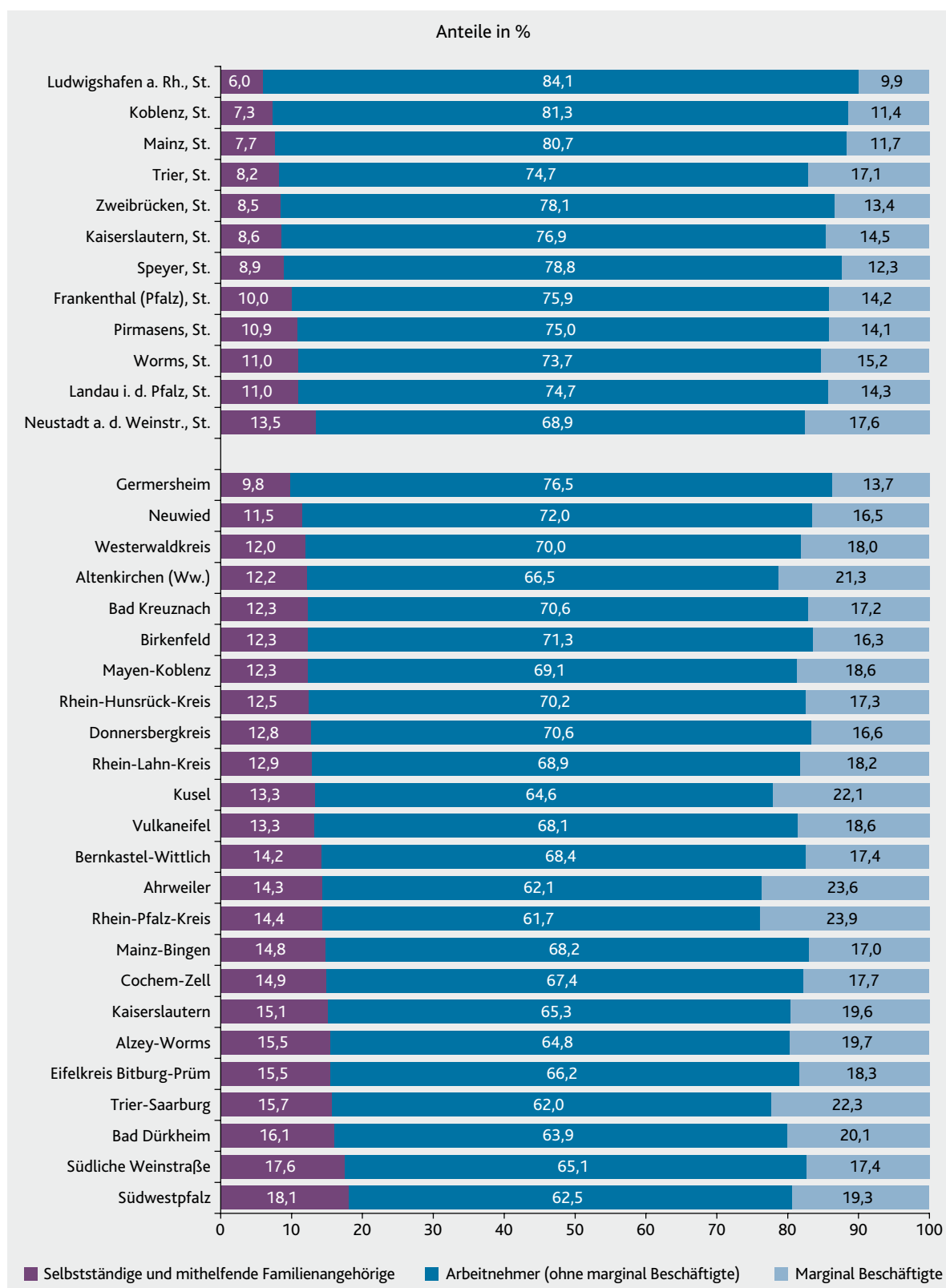
Im Jahr 2008 gab es insgesamt 1,86 Mill. Erwerbstätige, die in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsplatz hatten. Davon arbeiteten gut 62% in den Landkreisen und knapp 38% in den kreisfreien Städten. Unter den Städten stellten Mainz, Ludwigshafen und Koblenz die meisten Arbeitsplätze, unter den Landkreisen waren dies der Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied. In diesen sechs Verwaltungsbezirken zusammengekommen arbeitete knapp ein Drittel der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen. Die wenigsten Beschäftigten wurden in Frankenthal und im Landkreis Kusel registriert.

Im Landesdurchschnitt waren gut 88% der Erwerbstätigen als Arbeitnehmer beschäftigt, und knapp 12% waren Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. In den kreisfreien Städten lag der Arbeitnehmeranteil mit durchschnittlich 91,7% deutlich höher als in den Landkreisen mit 86,5%. Die höchsten Anteilswerte waren für die industriegeprägte Stadt Ludwigshafen sowie die Verwaltungszentren Koblenz und Mainz zu registrieren. Unter den Landkreisen verzeichnete Germersheim, ebenfalls eine Region mit einem hohen Gewicht des verarbeitenden Gewerbes, den höchsten Anteil an Arbeitnehmern. Umgekehrt hatten die Selbstständigen ein überdurchschnittliches

Knapp 12% der Erwerbstätigen sind selbstständig

G 1

Struktur der Erwerbstätigen 2008 nach der Stellung im Beruf



Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Während eine Reihe von Statistiken Zahlen über Teilaspekte der Beschäftigung liefert, werden vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ nach einheitlichem Konzept ermittelte Ergebnisse über die durchschnittliche Gesamtzahl der Erwerbstätigen in einer bestimmten Periode auf Länder- und auf Kreisebene bereitgestellt. Die Daten sind für die regionale Arbeitsmarktbeobachtung sowie für viele wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen eine wichtige Größe. Außerdem dienen sie als Bezugszahl für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende sowie Heimarbeiter und marginal Beschäftigte) oder als Selbstständige (einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen) eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbstätige, die mehrere Tätigkeiten ausüben, werden nur einmal nach ihrer Haupttätigkeit erfasst.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt als jahresdurchschnittliche Größe nach dem Inlandskonzept (Erwerbstätige am Arbeitsort). Es werden also diejenigen Erwerbstätigen berücksichtigt, die in Rheinland-Pfalz bzw. der jeweiligen Region ihren Arbeitsplatz haben, unabhängig von ihrem Wohnort.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2009. Die Berechnung für das Jahr 2008 erfolgte erstmalig, die Werte der Vorjahre 2005 bis 2007 wurden nochmals überarbeitet. Da die Berechnungen zur Erwerbstätigkeit für die Verwaltungsbezirke auf der Basis originär berechneter Länderergebnisse erfolgen und die Regionalisierung außerdem eine Vielzahl an statistischen Basisinformationen erfordert, liegen die Kreisergebnisse erst etwa 16 Monate nach dem jeweiligen Berichtsjahr vor.

Gewicht unter den Städten in Neustadt an der Weinstraße (13,5%), bedingt durch die vergleichsweise bedeutende Land- und Forstwirtschaft. Unter den Landkreisen lag das Gewicht der Selbstständigen in den Kreisen Südwestpfalz und Südliche Weinstraße am höchsten. Hier machten die Selbstständigen jeweils rund 18% der Erwerbstätigen aus.

Zu den Arbeitnehmern zählen auch die sogenannten marginal Beschäftigten, also die ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (400-Euro-Minijobs) sowie die kurzfristig Beschäftigten (Personen, die innerhalb eines Kalenderjahres nicht mehr als zwei Monate oder höchstens 50 Tage erwerbstätig waren), aber auch die Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). Im Jahr 2008 waren in Rheinland-Pfalz knapp 306 000 Personen marginal beschäftigt, dies entspricht einem Anteil von 16,5% der Erwerbstätigen bzw. 18,6% der Arbeitnehmer. Die Bedeutung dieser Beschäftigtengruppe ist in den Landkreisen mit 18,5% aller Erwerbstätigen deutlich höher als in den kreisfreien Städten mit 13%. Aber auch innerhalb dieser Gebietstypen streuen die Werte erheblich, und zwar in den kreisfreien Städten von 9,9% in Ludwigshafen bis 17,6% in Neustadt an der Weinstraße bzw. in den Landkreisen von 13,7% in Germersheim bis 23,9% im Rhein-Pfalz-Kreis. Der Umfang der marginalen Beschäftigung ist stark von der jeweiligen Wirtschaftsstruktur abhängig: Im produzierenden Gewerbe ist der Anteil Vollzeitbeschäftigter nach wie vor höher als in den meisten Dienstleistungsbereichen, in denen Teilzeit- und insbesondere geringfügige Beschäftigung eine größere Rolle spielen.

Marginal Beschäftigte machen gut 16% der Erwerbstätigen aus

T 1

Erwerbstätige, Arbeitnehmer und marginal Beschäftigte am Arbeitsort 2008
nach Verwaltungsbezirken

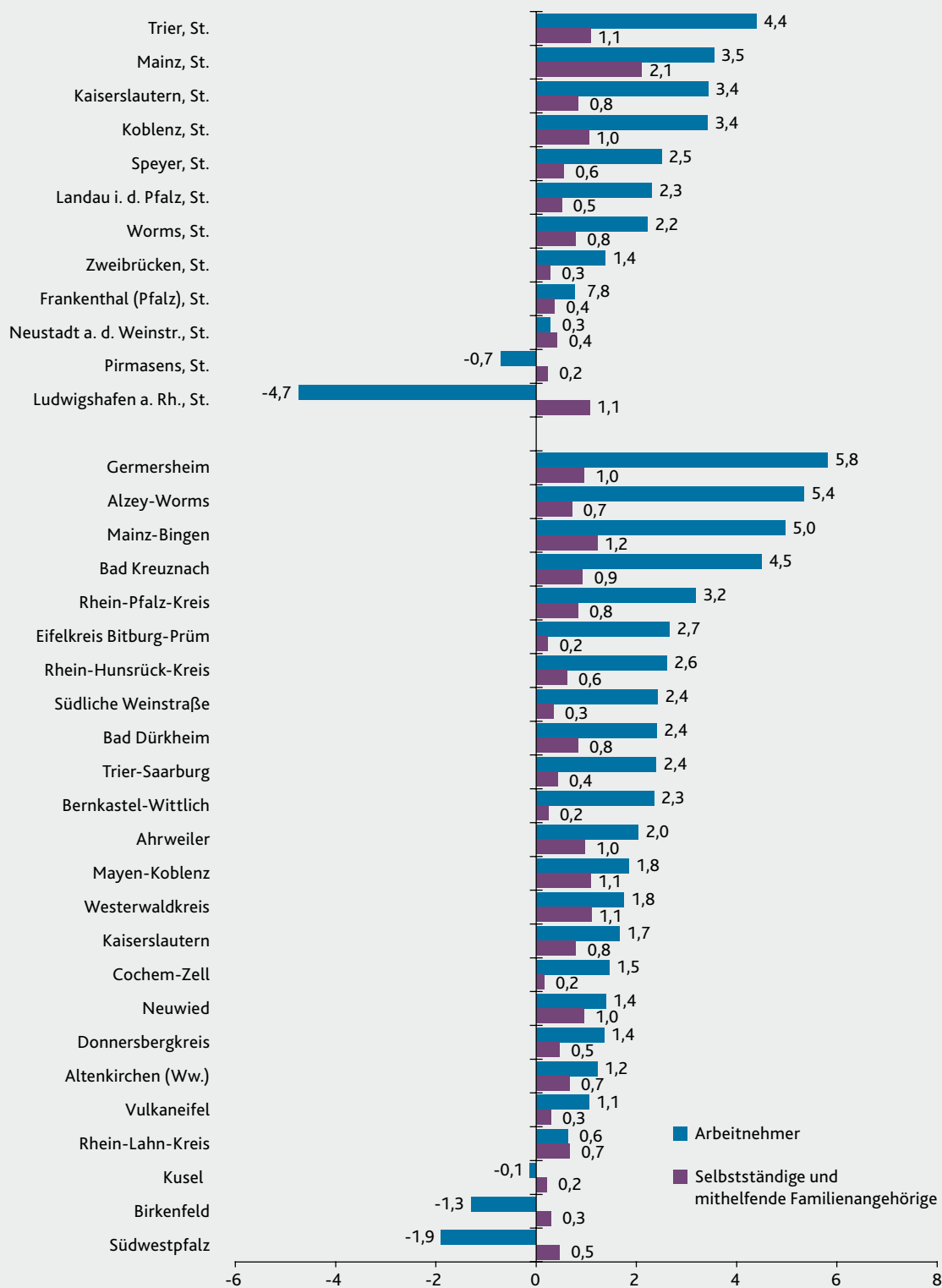
Verwaltungsbezirk	Insgesamt				Darunter					
	Erwerbs- tätige	Veränderung gegenüber		Anteil am Landes- wert	Arbeit- nehmer	Anteil am Landes- wert	Anteil an den Erwerbs- tätigen insgesamt	darunter		
		2007	2000					marginal Be- schäftigte	Anteil am Landes- wert	Anteil an den Erwerbs- tätigen insgesamt
1 000	%			1 000	%		1 000	%		
Frankenthal (Pfalz), St.	22,5	0,5	5,3	1,2	20,3	1,2	90,0	3,2	1,0	14,2
Kaiserslautern, St.	68,1	1,9	6,7	3,7	62,2	3,8	91,4	9,9	3,2	14,5
Koblenz, St.	98,7	0,6	4,7	5,3	91,5	5,6	92,7	11,3	3,7	11,4
Landau i. d. Pfalz, St.	28,9	1,4	10,8	1,6	25,8	1,6	89,0	4,1	1,4	14,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	111,3	1,5	-3,2	6,0	104,6	6,4	94,0	11,1	3,6	9,9
Mainz, St.	142,6	2,1	4,1	7,7	131,7	8,0	92,3	16,6	5,4	11,7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	26,0	0,2	2,8	1,4	22,5	1,4	86,5	4,6	1,5	17,6
Pirmasens, St.	26,0	1,7	-1,8	1,4	23,1	1,4	89,1	3,7	1,2	14,1
Speyer, St.	34,6	2,6	9,7	1,9	31,5	1,9	91,1	4,3	1,4	12,3
Trier, St.	76,6	1,4	7,7	4,1	70,3	4,3	91,8	13,1	4,3	17,1
Worms, St.	39,9	2,7	8,2	2,1	35,5	2,2	89,0	6,1	2,0	15,2
Zweibrücken, St.	23,1	4,7	7,8	1,2	21,2	1,3	91,5	3,1	1,0	13,4
Ahrweiler	50,0	1,2	6,4	2,7	42,8	2,6	85,7	11,8	3,9	23,6
Altenkirchen (Ww.)	53,4	0,8	3,7	2,9	46,9	2,9	87,8	11,4	3,7	21,3
Alzey-Worms	42,2	1,1	16,8	2,3	35,7	2,2	84,5	8,3	2,7	19,7
Bad Dürkheim	45,8	0,4	7,6	2,5	38,5	2,3	83,9	9,2	3,0	20,1
Bad Kreuznach	69,9	1,5	8,4	3,8	61,3	3,7	87,7	12,0	3,9	17,2
Bernkastel-Wittlich	53,4	0,9	5,1	2,9	45,8	2,8	85,8	9,3	3,0	17,4
Birkenfeld	38,8	2,2	-2,5	2,1	34,0	2,1	87,7	6,3	2,1	16,3
Cochem-Zell	30,4	1,6	5,6	1,6	25,9	1,6	85,1	5,4	1,8	17,7
Donnersbergkreis	28,0	2,9	6,9	1,5	24,4	1,5	87,2	4,7	1,5	16,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	39,7	1,3	7,9	2,1	33,5	2,0	84,5	7,3	2,4	18,3
Germersheim	56,4	5,1	13,7	3,0	50,8	3,1	90,2	7,7	2,5	13,7
Kaiserslautern	32,2	1,1	8,3	1,7	27,3	1,7	84,9	6,3	2,1	19,6
Kusel	22,5	2,6	0,4	1,2	19,5	1,2	86,7	5,0	1,6	22,1
Mainz-Bingen	69,3	1,5	9,8	3,7	59,0	3,6	85,2	11,8	3,9	17,0
Mayen-Koblenz	84,1	0,5	3,6	4,5	73,7	4,5	87,7	15,7	5,1	18,6
Neuwied	80,9	1,0	3,0	4,4	71,6	4,4	88,5	13,3	4,4	16,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	49,2	1,6	7,0	2,6	43,0	2,6	87,5	8,5	2,8	17,3
Rhein-Lahn-Kreis	47,4	1,3	2,8	2,6	41,3	2,5	87,1	8,6	2,8	18,2
Rhein-Pfalz-Kreis	40,6	2,0	11,0	2,2	34,7	2,1	85,6	9,7	3,2	23,9
Südliche Weinstraße	39,8	1,8	7,5	2,1	32,8	2,0	82,4	6,9	2,3	17,4
Südwestpfalz	24,7	-0,2	-5,5	1,3	20,2	1,2	81,9	4,8	1,6	19,3
Trier-Saarburg	42,5	1,1	7,1	2,3	35,8	2,2	84,3	9,5	3,1	22,3
Vulkaneifel	28,5	1,5	5,0	1,5	24,7	1,5	86,7	5,3	1,7	18,6
Westerwaldkreis	89,7	1,3	3,3	4,8	78,9	4,8	88,0	16,1	5,3	18,0
Rheinland-Pfalz	1 857,5	1,5	5,3	100	1 642,4	100	88,4	305,8	100	16,5
kreisfreie Städte	698,3	1,7	4,2	37,6	640,1	39,0	91,7	91,0	29,7	13,0
Landkreise	1 159,2	1,5	6,0	62,4	1 002,3	61,0	86,5	214,8	70,3	18,5

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2009

G 2

Arbeitnehmer sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige 2008

Veränderung gegenüber 2000 in 1 000 Personen



93 000 Erwerbstätige mehr als im Jahr 2000

Deutliches Plus 2008 in Germersheim und Zweibrücken

Im Land ist die Zahl der Arbeitsplätze 2008 gegenüber dem Vorjahr um 1,5% gestiegen. Sie hat sich in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich entwickelt. In den kreisfreien Städten insgesamt ist die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2008 gegenüber 2007 geringfügig stärker gestiegen (+1,7%) als in den Landkreisen (+1,5%). Insbesondere in Zweibrücken (+4,7%) sowie im Landkreis Germersheim (+5,1%) war ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, während in Südwestpfalz ein leichter Rückgang stattfand (–0,2%).

Landkreise Alzey-Worms und Germersheim seit 2000 am stärksten gewachsen

Ein längerfristiger Vergleich zum Jahr 2000 zeigt für Rheinland-Pfalz einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um gut 93 000 bzw. 5,3%. Während sich in diesem Zeitraum die Zahl der Arbeitnehmer um 68 600 bzw. 4,4% erhöht hat, ist die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 24 800 bzw. 13% gestiegen.

In den Landkreisen (+6%) war seit 2000 ein stärkerer Anstieg der Erwerbstätigkeit festzustellen als in den kreisfreien Städten (+4,2%). Den stärksten Anstieg wiesen die Kreise Alzey-Worms (+16,8%), Germersheim (+13,7%) und Rhein-Pfalz-Kreis (+11%) auf. Unter den Städten konnten Landau in der Pfalz (+10,8%) und Speyer (+9,7%) die prozentual stärksten Zuwächse verzeichnen. Zurückgegangen ist die Zahl der Arbeitsplätze in Ludwigshafen (–3,2%) und Pirmasens (–1,8%) sowie in den Landkreisen Südwestpfalz (–5,5%) und Birkenfeld (–2,5%). Da die Zahl der Selbstständigen in allen Gebieten zugenommen hat, beruht der Erwerbstätigenrückgang in den vier genannten Regionen auf gesunkenen Arbeitnehmerzahlen.

Arbeitsplatzdichte in kreisfreien Städten deutlich höher als in Landkreisen

Um die Regionen miteinander vergleichen zu können, wird häufig die sogenannte Arbeitsplatzdichte ermittelt. Dabei wird die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Einwohner im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren bezogen.

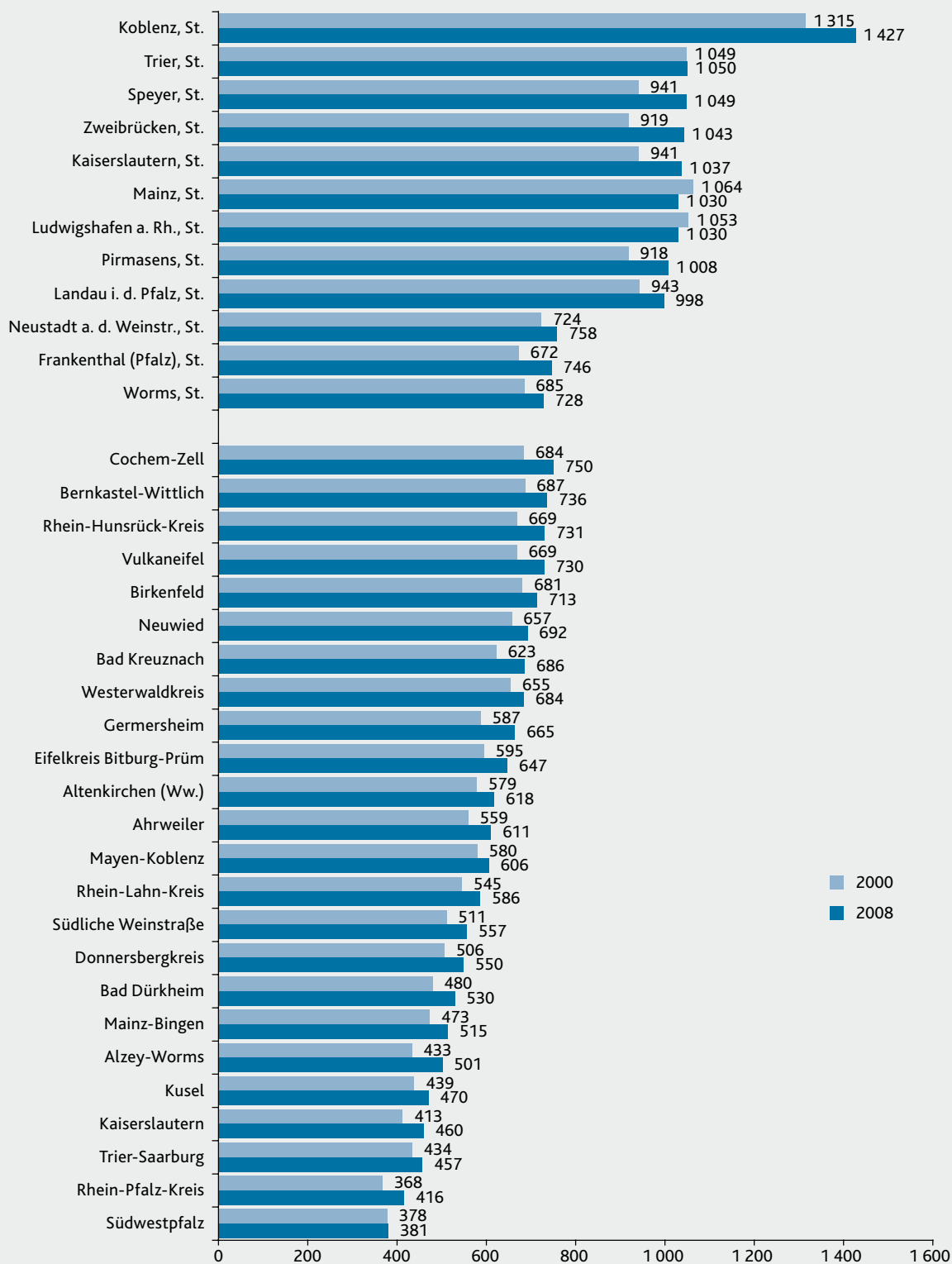
Für das Land Rheinland-Pfalz ergab sich im Jahr 2008 ein Wert von durchschnittlich 703 Arbeitsplätzen je 1 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter. Die Arbeitsplatzdichte war in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 1022 deutlich höher als in den Landkreisen mit 592. In den meisten kreisfreien Städten gab es rechnerisch mehr Arbeitsplätze als Einwohner im erwerbsfähigen Alter, d. h., dass hier relativ viele Beschäftigte als Pendler zu ihren Arbeitsplätzen gelangen. Mit Werten über 700 wiesen die Landkreise Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich, Rhein-Hunsrück-Kreis, Vulkaneifel und Birkenfeld die höchsten Arbeitsplatzdichten unter den Landkreisen auf. Diese Regionen liegen überwiegend nicht in unmittelbarer Nähe großer Städte. Dagegen liegen die Kreise mit einer niedrigen Arbeitsplatzdichte wie Südwestpfalz, Rhein-Pfalz-Kreis, Trier-Saarburg, Kaiserslautern in der Nähe von größeren Städten oder umschließen diese, sodass vergleichsweise viele Erwerbspersonen aus den Landkreisen auspendeln.

Stadt Koblenz nimmt Spitzenposition ein

Im Vergleich zum Jahr 2000 hat sich die Arbeitsplatzdichte mit Ausnahme von Mainz und Ludwigshafen in allen Verwaltungsbezirken erhöht. Allerdings hatten Trier und der Kreis Südwestpfalz nur einen sehr geringen Zuwachs zu verzeichnen. Die Ursachen für diese Entwicklungen sind unterschiedlich: In Ludwigshafen sank sowohl die erwerbsfähige

Arbeitsplatzdichte in den meisten Städten und Landkreisen gestiegen

Erwerbstätige am Arbeitsort je 1 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter



Bevölkerung als auch die Zahl der Erwerbstätigen, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter jedoch prozentual nicht so stark wie die Erwerbstätigenzahl. Für Mainz war dagegen ein Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit festzustellen. Durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer ist jedoch die Einwohnerzahl deutlich stärker gestiegen als die Zahl der Arbeitsplätze. In Trier sind beide Komponenten etwa gleich stark gestiegen, in der Südwestpfalz dagegen etwa gleich stark gesunken, sodass die Quoten dort nahezu unverändert blieben. In der Mehrzahl der übrigen Regionen hat die Arbeitsplatzdichte zugenommen, weil die Erwerbstätigkeit stieg und die Bevölkerung sank. In wenigen Gebieten ist die Quote jedoch auch gestiegen, weil entweder beide Komponenten sanken, die Bevölkerung aber in stärkerem Ausmaß als die Erwerbstätigkeit (Pirmasens, Landkreis Birkenfeld) oder beide Komponenten zunahmen, die Erwerbstätigkeit jedoch deutlich stärker als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

(Landau in der Pfalz, Worms, Landkreise Alzey-Worms, Germersheim, Mainz-Bingen, Trier-Saarburg).

Weitere Informationen

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung Reihe 2 Band 1 des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Die Veröffentlichung steht zum kostenfreien Download zur Verfügung unter http://www.statistik.rlp.de/erw/veroeff/ETR-GV/ETR_R2B1_2008_j.xls.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Teil 2: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Wohlstand und Soziales“, „Wohnen“, „Gesundheit und Pflege“, sowie „Bildung“

Von Simone Emmerichs, Romy Feldmann, Thomas Kirsche, Dr. Julia Stoffel, Dr. Stefan Weil

Infolge der Globalisierung stehen heute nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsräume in einem verstärkten internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Regionen und Ländern in der Konkurrenz der Standorte und können so als Grundlage für politische und unternehmerische Entscheidungen dienen.

In der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt. In der letzten Ausgabe der Statistischen Monatshefte wurden Ergebnisse aus dem Bereich „Bevölkerung“ veröffentlicht. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse aus den Themenbereichen „Wohlstand und Soziales“, „Wohnen“, „Gesundheit und Pflege“, sowie „Bildung“ vorgestellt.

Bereits dritte
Ausgabe des
Ländervergleichs

Das Statistische Landesamt hat in diesem Jahr bereits zum dritten Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. Gegenüber der Ausgabe aus dem Jahr 2008 wurden in diesem Ländervergleich alle Themengebiete überarbeitet und zusätzliche Merkmale aufgenommen. Der Ländervergleich soll in unserem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist, eine gewisse Orientierung bieten. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch solche Vergleiche natürlich nicht abgebildet werden.

Jeder neunte Euro wird gespart

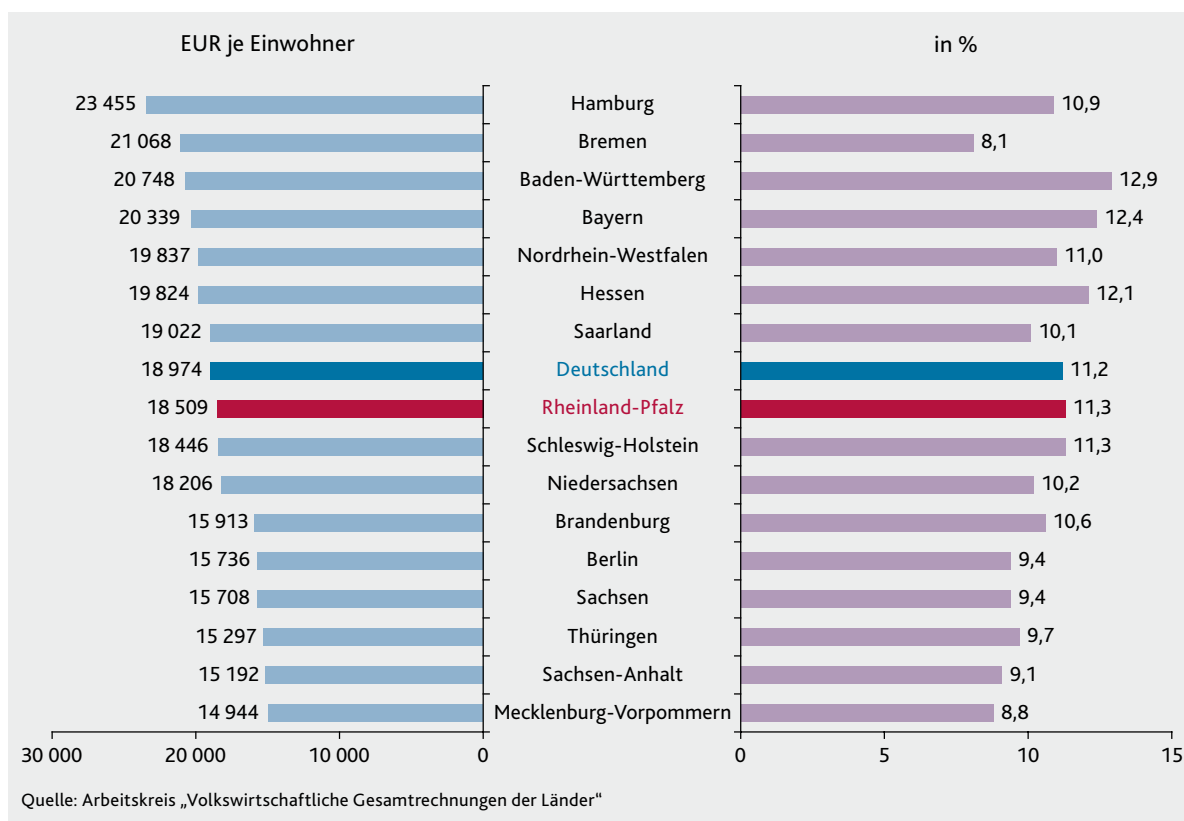
Im Jahr 2008 betrug das verfügbare Einkommen je Rheinland-Pfälzerin bzw. Rheinland-Pfälzer durchschnittlich 18 509 Euro. Dieser Betrag stand den Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz damit auf Platz acht. Das mit Abstand höchste Pro-Kopf-Einkommen wurde in Hamburg erreicht (23 455 Euro), die niedrigsten Einkommen erzielten die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit 14 944 Euro je Einwohner.

Pro-Kopf-
Einkommen von
18 500 Euro

G 1

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2008

Sparquote der privaten Haushalte 2008



Seit dem Jahr 2000 ist das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um knapp 2 900 Euro bzw. 18% gestiegen. Dabei handelt es sich um nominale – also nicht preisbereinigte – Veränderungen. Die reale Kaufkraft ist nicht so stark gestiegen, da der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum ebenfalls um rund 15% zulegte.

Sparquote:
11,3%

Die Sparquote – der Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte – lag im Jahr 2008 bei 11,3%. Damit belegt Rheinland-Pfalz zusammen mit Schleswig-Holstein den vierten Rang im Ländervergleich. Die fleißigsten Sparerinnen und Sparer leben in Baden-Württemberg (13%), gefolgt von den Bayern und Hessen mit jeweils gut 12%. Mit 8% sparen die Menschen in Bremen am wenigsten.

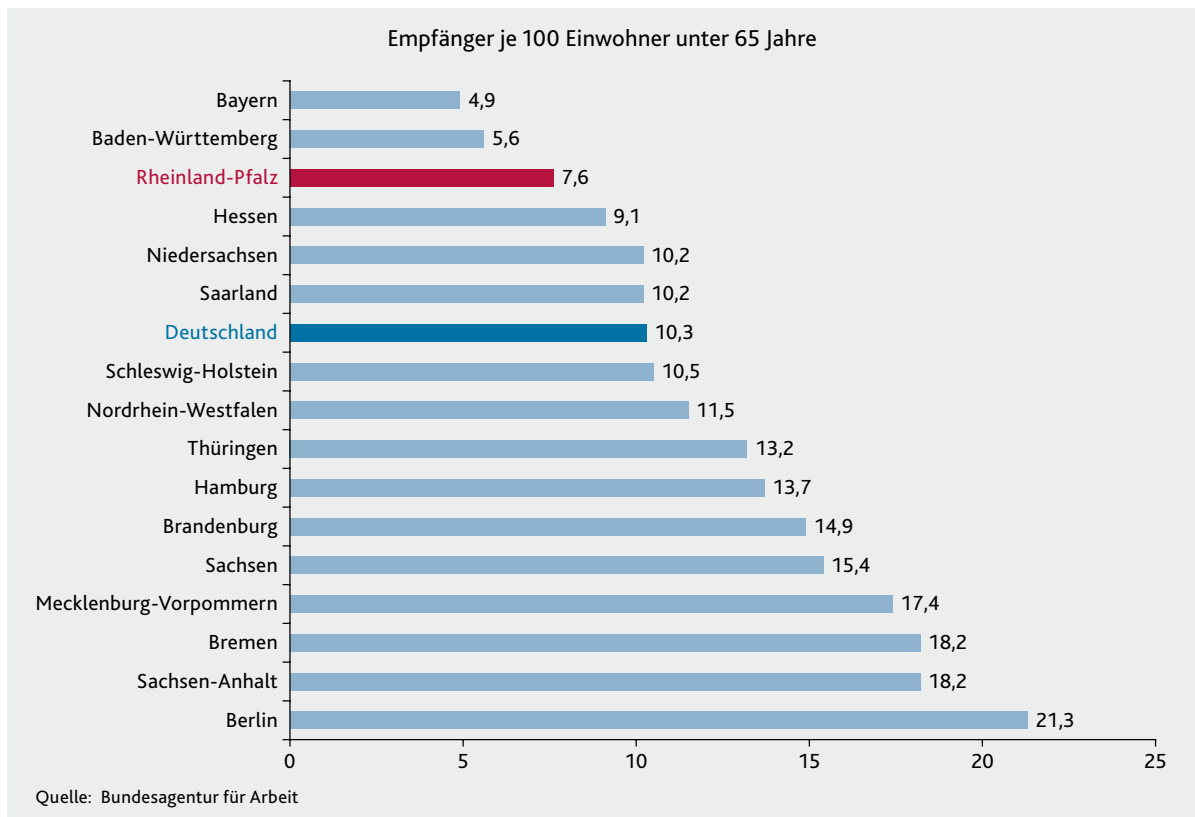
Drittniedrigste SGB II-Quote

In Rheinland-Pfalz erhalten 7,6 von 100 Menschen unter 65 Jahren Grundsicherung für Arbeitsuchende. Nur in Bayern und Baden-Württemberg ist die Quote mit 4,9 bzw. 5,6% günstiger. Die höchste SGB II-Quote weist Berlin auf; dort ist jeder Fünfte im Alter unter 65 Jahren auf diese Hilfeleistung angewiesen.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist im Sozialgesetzbuch II (SGB II) geregelt und setzt sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld. Sie wird erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren sowie deren Angehörigen gewährt, die über kein ausreichendes Einkommen zur Absicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse verfügen.

G 2

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2009



Familien
mit Kindern
besonders
häufig
betroffen

Relativ häufig müssen Familien mit Kindern durch Leistungen nach dem SGB II unterstützt werden. In Rheinland-Pfalz ist eines von zehn Kindern betroffen. Den höchsten Wert gibt es in Bremen; dort betrifft es eines von drei Kindern.

Spitzenposition bei der Versorgung der 3- bis unter 6-jährigen Kinder

Kinder im klassischen Kindergartenalter werden in Rheinland-Pfalz besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Zum Stichtag 1. März 2009 befanden sich 96 von 100 Kindern dieser Altersgruppe in Kindertagesbetreuung. Damit steht das Land an der Spitze der Rangliste. Mit Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen stehen die Länder im Nordwesten am Ende der Skala.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss auch berücksichtigt werden, dass die finanzielle Belastung, die auf die Eltern bei der Inanspruchnahme von Kinderbetreuung zukommt, in den Ländern unterschiedlich ist. Rheinland-Pfalz nimmt mit der vollständigen Gebührenbefreiung für die 3- bis 6-Jährigen eine Vorreiterrolle ein. Ab August 2010 werden auch die Kindergartenbeiträge für alle 2-Jährigen vom Land übernommen. Damit verbunden besteht bereits ab dem zweiten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung.

Dementsprechend wurde das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in Rheinland-Pfalz – wie auch in den anderen Bundesländern – in den vergangenen Jahren ausgebaut. Im März 2009 befanden sich 17,5 von 100 unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung.

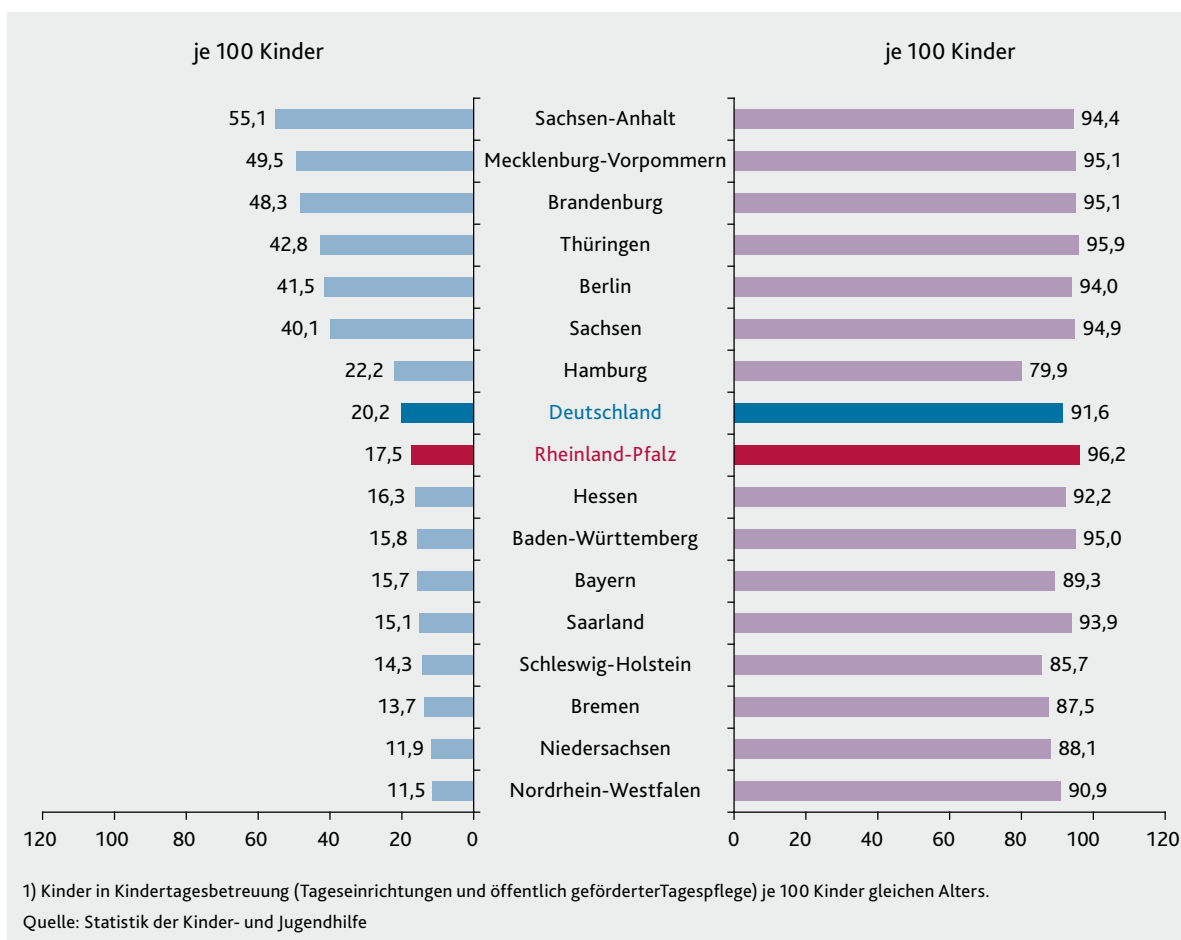
Rheinland-Pfalz
nimmt mit
Gebührenbe-
freiung Vor-
reiterrolle ein

Betreuungs-
angebote für
die jüngsten
ausgeweitet

G 3

Betreuungsquote¹⁾ unter 3-Jähriger
im März 2009

Betreuungsquote¹⁾ 3- bis 6-Jähriger
im März 2009



Unter den westdeutschen Flächenländern ist das die höchste Betreuungsquote, im Vergleich aller Länder jedoch nur Platz acht. Besonders hoch ist die Betreuungsquote der Jüngsten in den neuen Ländern. An der Spitze steht Sachsen-Anhalt mit 55 betreuten Kindern je 100 unter 3-Jährigen. Dort besteht bereits ab der Geburt ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung.

Im Schnitt erhalten Männer rund 60% mehr Elterngeld als Frauen

Relativ wenige Väter nutzen Möglichkeit der Elternzeit

Im Jahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz 37 200 beendete Bezüge von Elterngeld registriert. Der überwiegende Anteil (84%)

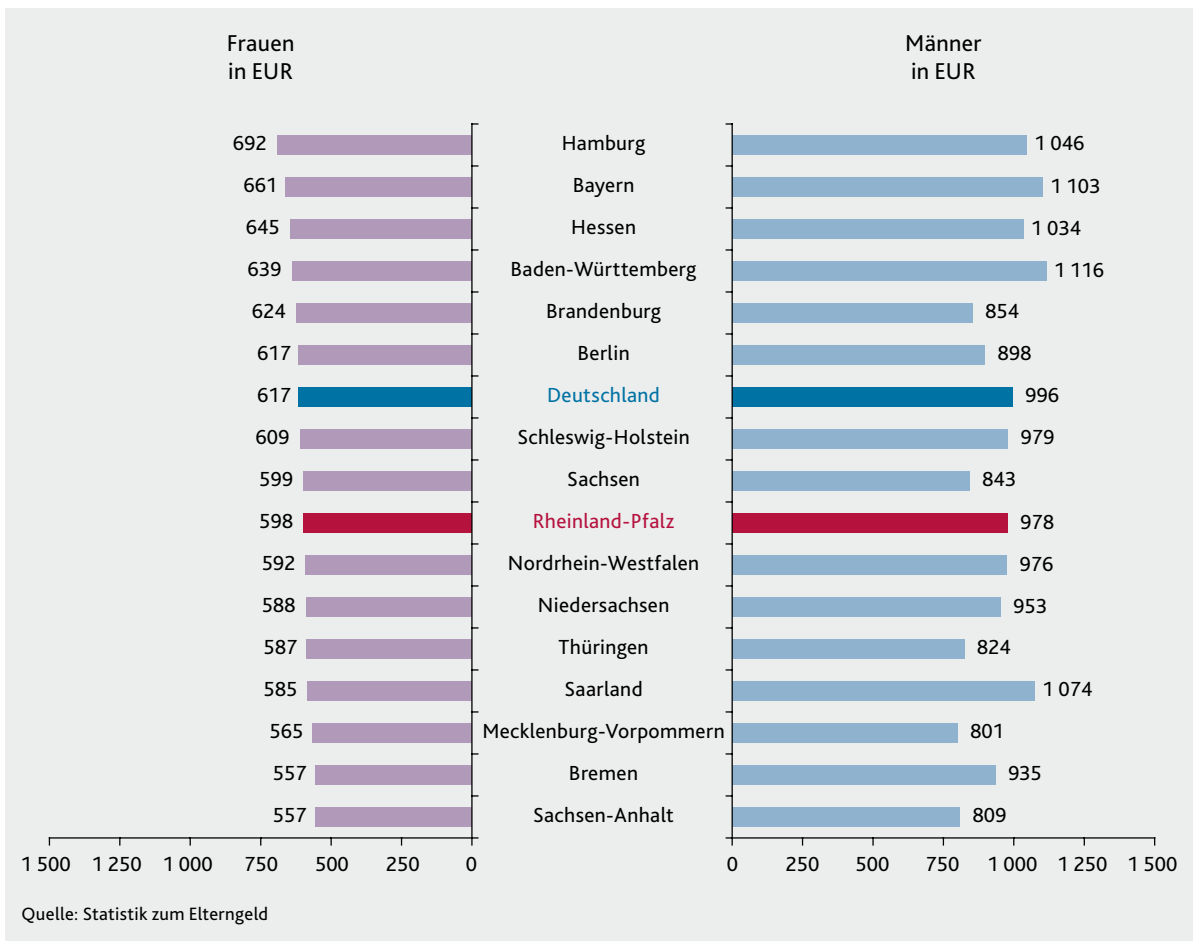
der Elterngeldempfänger sind Frauen, lediglich 16% Männer. In Bayern, Sachsen und Berlin lag der Männeranteil mit jeweils etwa 22,5% deutlich höher. Am seltensten beteiligten sich die Väter im Saarland an der Elternzeit mit weniger als 13%.

Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung für Eltern, die ihre Kinder im ersten Lebensjahr zu Hause betreuen. Die Höhe des Elterngelds orientiert sich am vorherigen Nettoeinkommen. Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, erhalten den Mindestsatz von 300 Euro. Rheinland-pfälzische Mütter erhielten im Jahr 2009 durchschnittlich knapp 600 Euro Elterngeld. Im

Deutliche Unterschiede in der Höhe des Elterngelds

G 4

Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes 2009



Ländervergleich bedeutet das Rang neun. Die höchsten Beträge gab es für Mütter in Hamburg (692 Euro), die niedrigsten für die in Bremen und Sachsen-Anhalt mit jeweils knapp 560 Euro. Deutlich höher sind die ausgezahlten Beträge für Väter. In Rheinland-Pfalz bekamen diese mit durchschnittlich 980 Euro im Mittel 60% mehr als Frauen. Zum einen erhalten Männer im Vorfeld im Schnitt höhere Nettoeinkommen, zum anderen sind sie auch häufiger erwerbstätig als Frauen. Den höchsten Betrag erhalten Väter im Saarland mit durchschnittlich rund 1070 Euro. Väter in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen mit rund 800 Euro am Ende der Rangliste.

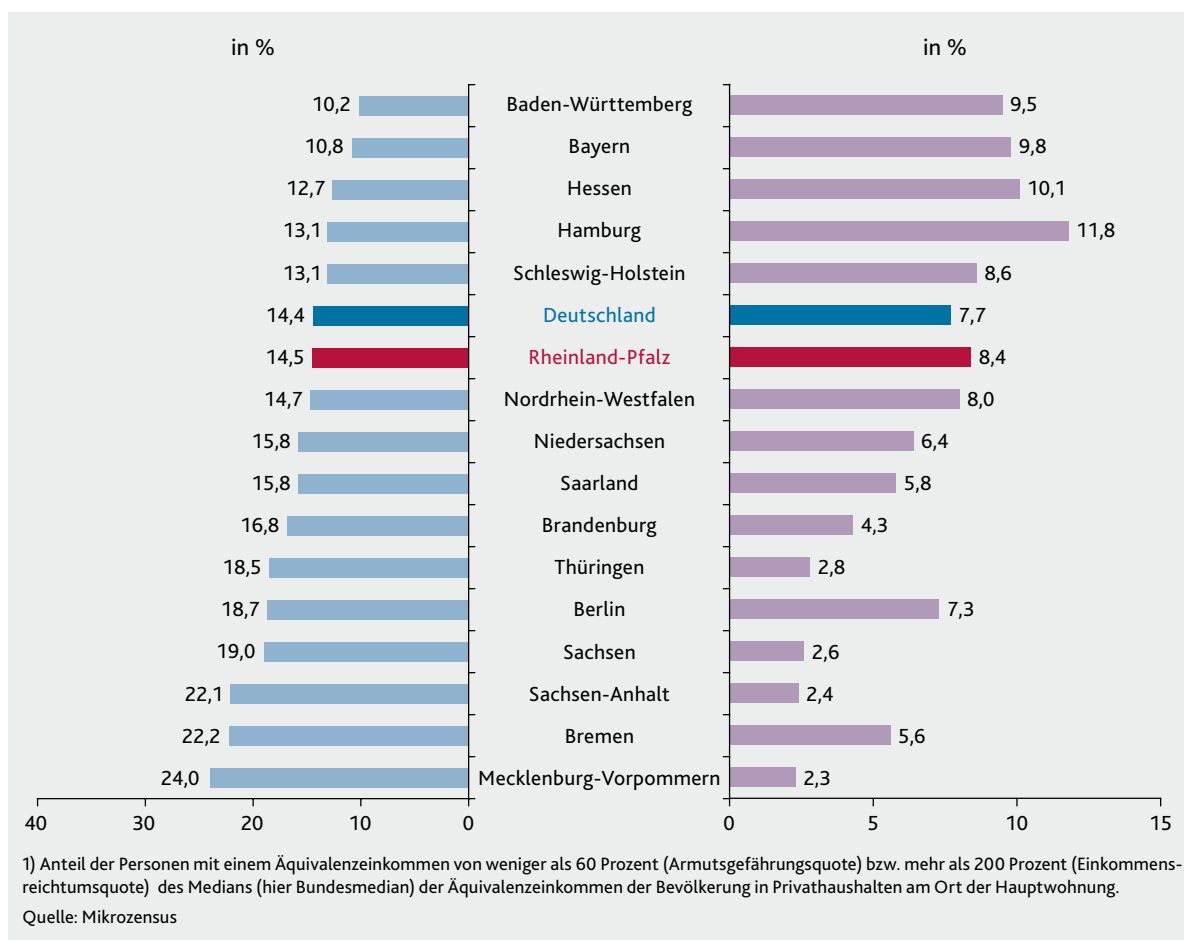
Jeder Siebte in Rheinland-Pfalz von Armut bedroht

Im Jahr 2008 lag die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz bei 14,5%. Das war Rang sechs im Ländervergleich. Am niedrigsten war die Quote mit gut 10% in Baden-Württemberg. Von Armut sind dagegen besonders die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt bedroht. Dort erreichte die Quote Werte zwischen 22 und 24%.

Jugendliche, die sich oft noch in der Ausbildung befinden, sind in erhöhtem Maß von Armut bedroht. In Rheinland-Pfalz liegt die Quote bei den unter 18-Jährigen bei 18%.

Junge Menschen besonders häufig betroffen

G 5

Armutsgefährdungsquote¹⁾ 2008Einkommensreichumsquote¹⁾ 2008

Deutlich weniger junge Menschen sind in Baden-Württemberg und Bayern betroffen (jeweils 12%). Die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen sind dagegen besonders gefährdet: Dort fällt jede bzw. jeder Dritte unter die Armutsgefährdungsschwelle.

Aber auch die Älteren ab 65 Jahren weisen in Rheinland-Pfalz mit rund 17% eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Das ist der höchste Wert aller Länder.

Das Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote: Im Jahr 2008 gehörten 8,4% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zu den Einkommensreichen.

Dies ist Rang sechs im Ländervergleich, im Bundesdurchschnitt lag der Wert bei 7,7%. Die Einkommensreichumsquote ist in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend in den vergangenen Jahren gestiegen. In Hamburg war der Zuwachs so hoch, dass Hessen von der Spitze der Rangliste verdrängt wurde. Die Quote liegt in Hamburg nun bei fast 12%. Die niedrigsten Werte wurden den neuen Ländern erreicht.

Rheinland-Pfalz bei der Versorgung mit Wohnraum an der Spitze

Die Rheinland-Pfälzer sind überdurchschnittlich gut mit Wohnraum versorgt: Mit

In Rheinland-Pfalz leben überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem Einkommen

G 6

Durchschnittliche Wohnfläche¹⁾ 2008

einer durchschnittlichen Wohnfläche von 47 m² je Einwohner belegt Rheinland-Pfalz den zweiten Platz hinter dem Saarland (48 m²). Den Bürgerinnen und Bürgern stehen damit rund 5 m² mehr Wohnraum zur Verfügung als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig bewohnen sie die vergleichsweise größten Wohnungen. Im Durchschnitt ist hier eine Wohnung mit einer Wohnfläche von fast 99 m² etwa 12 m² größer als in Deutschland insgesamt (gut 86 m²). Im Vergleich zu 2000 stieg die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in Rheinland-Pfalz um 2 m². Nach wie vor ist die Wohnungsverorgung in den neuen Bundesländern unterdurchschnittlich.

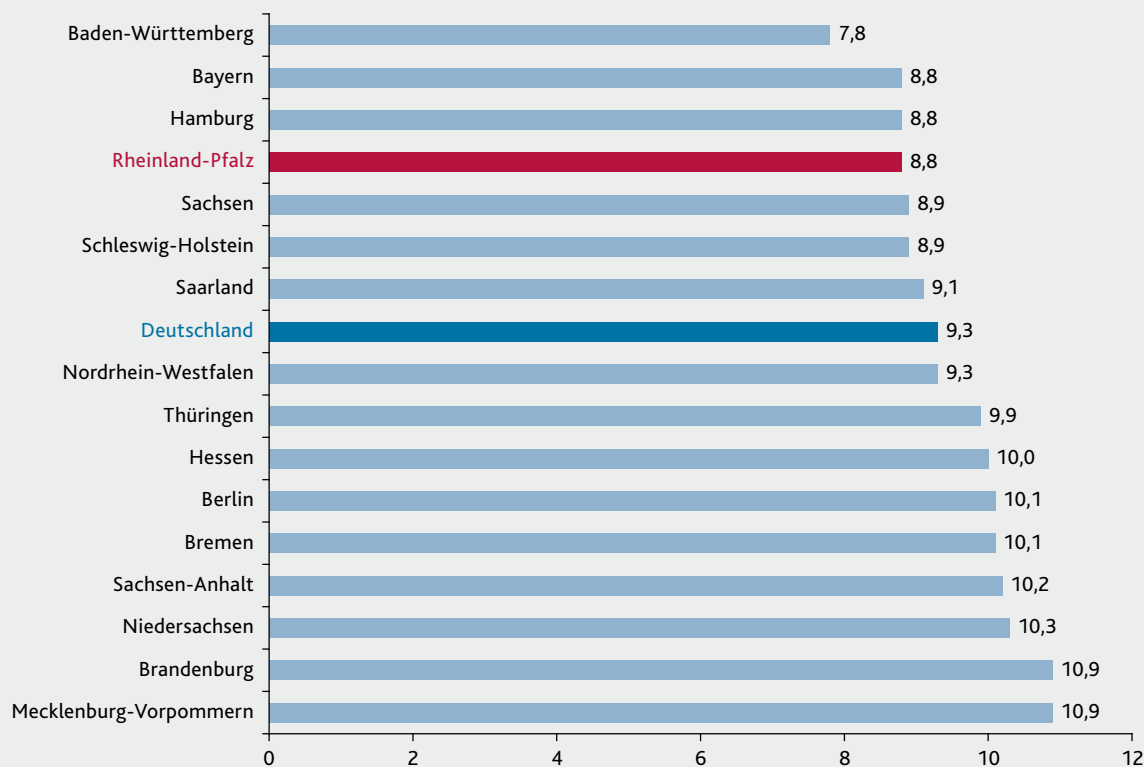
Das gute Abschneiden von Rheinland-Pfalz steht im engen Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote von 57% im Jahr 2008. Bundesweit wohnten 43% der Haushalte „in den eigenen vier Wänden“, der höchste Wert wurde im Saarland mit rund 60% erreicht.

Mehr als die Hälfte der Haushalte wohnt in den eigenen vier Wänden

Zweitniedrigste Pflegequote in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2007 waren in Rheinland-Pfalz 8,8% der Einwohner im Alter ab 60 Jahren pflegebedürftig. Damit liegt das Land gemeinsam mit Bayern und Hamburg auf dem zweiten Rang. Nur in Baden-Württemberg gab es weniger Pflegebedürftige bezogen auf die

Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung¹⁾
in %



1) Pflegebedürftige im Alter ab 60 Jahren an der Bevölkerung ab 60 Jahren.

Quellen: Pflegestatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Einwohnerzahl. Die höchste Pflegequote bei den über 60-Jährigen verzeichneten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 11%).

Zweithöchster Anteil an reinen Pflegegeldempfängern in Rheinland-Pfalz

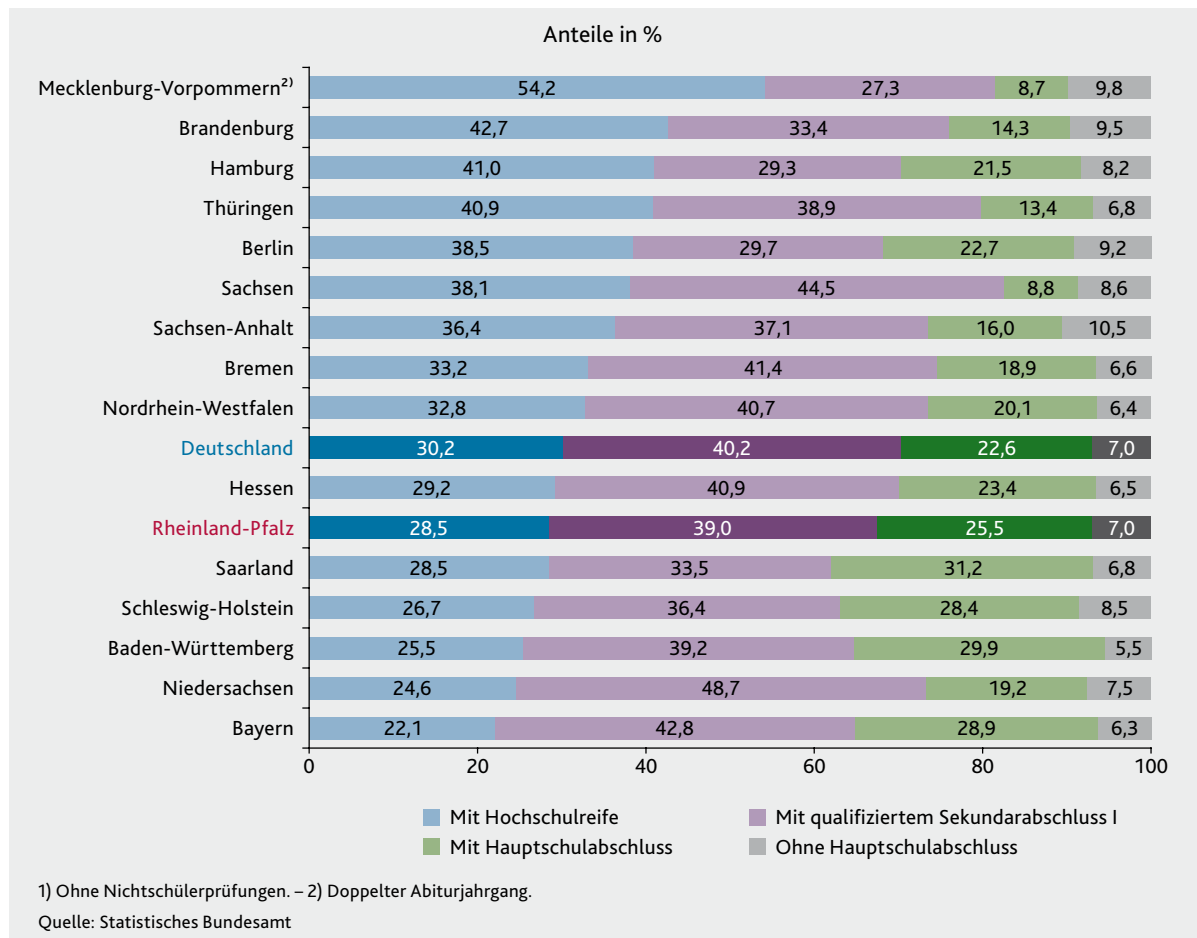
Zu den Pflegebedürftigen werden Personen gezählt, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. Der überwiegende Teil der Pflegebedürftigen in Rheinland-Pfalz (knapp 52%) erhielt im Jahr 2007 ausschließlich finanzielle Unterstützung. Damit belegte Rheinland-Pfalz im Ländervergleich den zweiten Rang hinter Hessen (54%). Rund 19,5% der Pflegebedürftigen wurden in Rheinland-Pfalz ambulant versorgt, knapp 29% wurden stationär betreut.

Drei von zehn Schülerinnen und Schülern erreichen die Hochschulreife

In Rheinland-Pfalz erlangten 28,5% der Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 Fachhochschul- bzw. allgemeine Hochschulreife. Bundesweit lag diese Quote mit 30,2% etwas höher. Weitere 39% der Schülerinnen und Schüler erreichten in Rheinland-Pfalz den qualifizierten Sekundarabschluss I („mittlere Reife“) und 25,5% den Hauptschulabschluss, 7% der Jugendlichen verließen das allgemeinbildende Schulsystem ohne Hauptschulabschluss.

Bei der Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil

G 8

Schulentlassungen¹⁾ an allgemeinbildenden Schulen nach Abschlussart 2008


von allgemeinbildenden Abschlüssen auch an berufsbildenden Schulen erreicht wird. Im Jahr 2008 legten etwa 18% der Absolventen mit qualifiziertem Sekundarabschluss I ihre Prüfung an einer berufsbildenden Schule ab; bei den Schulabgängern mit Hochschulreife waren es mehr als 36%.

Positive Entwicklung bei der Abschlussqualifikation

Der Vergleich mit dem Jahr 2000 lässt einen Trend zur Höherqualifizierung erkennen. Der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife erhöhte sich in Rheinland-Pfalz um 5,7 Prozentpunkte, wohingegen der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluss um 6,2 Prozentpunkte sank. Mit einem Anteil von 9,6% verließ im Jahr 2000 noch

fast jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Anhaltender Anstieg der Studienanfängerquote

Zur Ermittlung der Studienanfängerquote eines Jahres werden die Studierenden im ersten Hochschulsemester, und zwar die des Sommer- und die des nachfolgenden Wintersemesters, im Land des Studienortes auf die Bevölkerung des entsprechenden Alters im jeweiligen Land bezogen. Für Rheinland-Pfalz ergab sich bei 20 000 Studienanfängern im Jahr 2008 eine Quote von 41,7% (Deutschland: 40,3%). Unter ihnen hatten

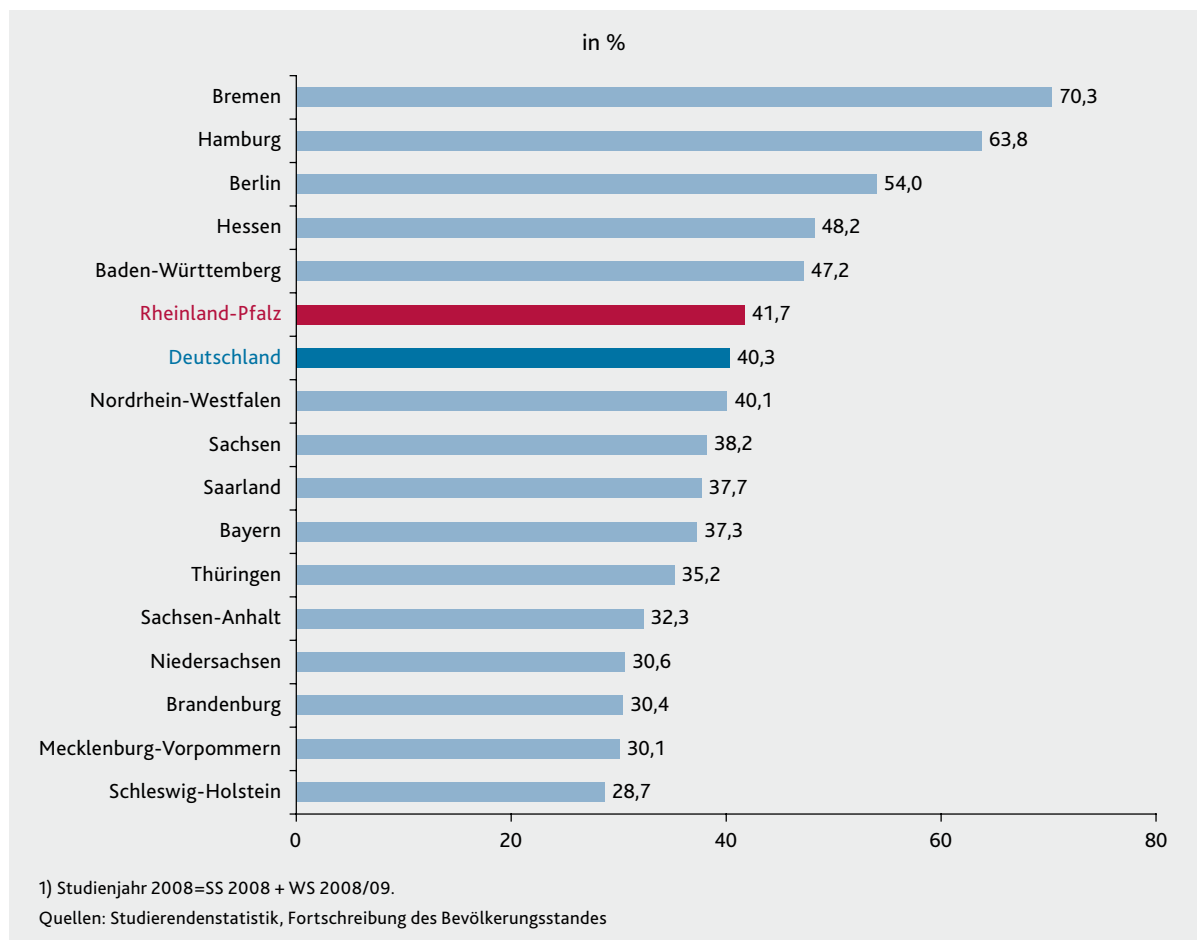
T 1

Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Wohlstand und Soziales								
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2008	EUR je Einwohner	8	18 509	HH	23 455	MV	14 944
Sparquote der privaten Haushalte	2008	%	4	11,3	BW	12,9	HB	8,1
Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II- Quote)	2009	je 100 unter 65-Jährige	3*	7,6	BY	4,9	BE	21,3
Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2009	je 100 Kinder	8	17,5	ST	55,1	NW	11,5
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2009	je 100 Kinder	1	96,2	RP	96,2	HH	79,9
Leistungsempfänger von Elterngeld (Männer)	2009	%	13	16,1	BY	22,6	SL	12,7
Durchschnittliche Höhe des Elterngelds (Frauen)	2009	EUR	9	598	HH	692	HB ST	557
Durchschnittliche Höhe des Elterngelds (Männer)	2009	EUR	7	978	BW	1 116	MV	801
Armutsgefährdungsquote	2008	%	6*	14,5	BW	10,2	MV	24,0
der unter 18-Jährigen	2008	%	5*	18,2	BW	11,9	MV	34,5
der 65-Jährigen und Älteren	2008	%	16*	16,6	HH	7,2	RP	16,6
Einkommensreichumsquote	2008	%	6	8,4	HH	11,8	MV	2,3
Wohnen								
Durchschnittliche Wohnfläche	2008	m² je Wohnung	1	98,6	RP	98,6	SN	69,9
	2008	m² je Einwohner	2	47,4	SL	48,4	HH	36,1
Wohnungseigentumsquote	2008	%	2	57,2	SL	59,5	BE	16,2
Gesundheit und Pflege								
Anteil der Pflegebedürftigen ab 60 Jahren an der Bevölkerung ab 60 Jahren	2007	%	2*	8,8	BW	7,8	MV	10,9
Reine Pflegegeldempfänger	2007	%	2	51,6	HE	54,3	HH	36,6
Ambulante Pflege	2007	%	16	19,5	HH	29,5	RP	19,5
Stationäre Pflege	2007	%	12	28,9	SH	40,4	BB	25,1
Bildung								
Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen	2008	%	8*	7,0	BW	5,5	ST	10,5
Anteil der Schulabgänge mit Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen	2008	%	5	25,5	SL	31,2	MV	8,7
Anteil der Schulabgänge mit qualifiziertem Sekundarabschluss I an allen Schulentlassungen	2008	%	8	39,0	NI	48,7	MV	27,3
Anteil der Schulabgänge mit Hochschulreife an allen Schulentlassungen	2008	%	11	28,5	MV	54,2	BY	22,1
Studienanfängerquote	2008	%	6	41,7	HB	70,3	SH	28,7
Wanderungssaldo der Studierenden	WS 08/09	Anzahl	5	8 646	BE	24 018	NI	-30 881

* Niedrigster Wert = Rang 1.

G 9

Studienanfängerquote im Studienjahr 2008 ¹⁾


die Frauen mit einem Anteil von 52,1% deutlich die Nase vorn. Mehr als 60% der Studierenden begannen ihre akademische Karriere an den vier Universitäten des Landes, über 35% wählten eine der acht Fachhochschulen. Gegenüber dem Studienjahr 2000 erhöhte sich die Studienanfängerquote um 8,2 Prozentpunkte.

Mehr als die Hälfte der Studierenden sind keine „Landeskinder“

Positiver
Wanderungs-
saldo

Im Wintersemester 2008/09 gab es an rheinland-pfälzischen Hochschulen mehr als 98 200 Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erwor-

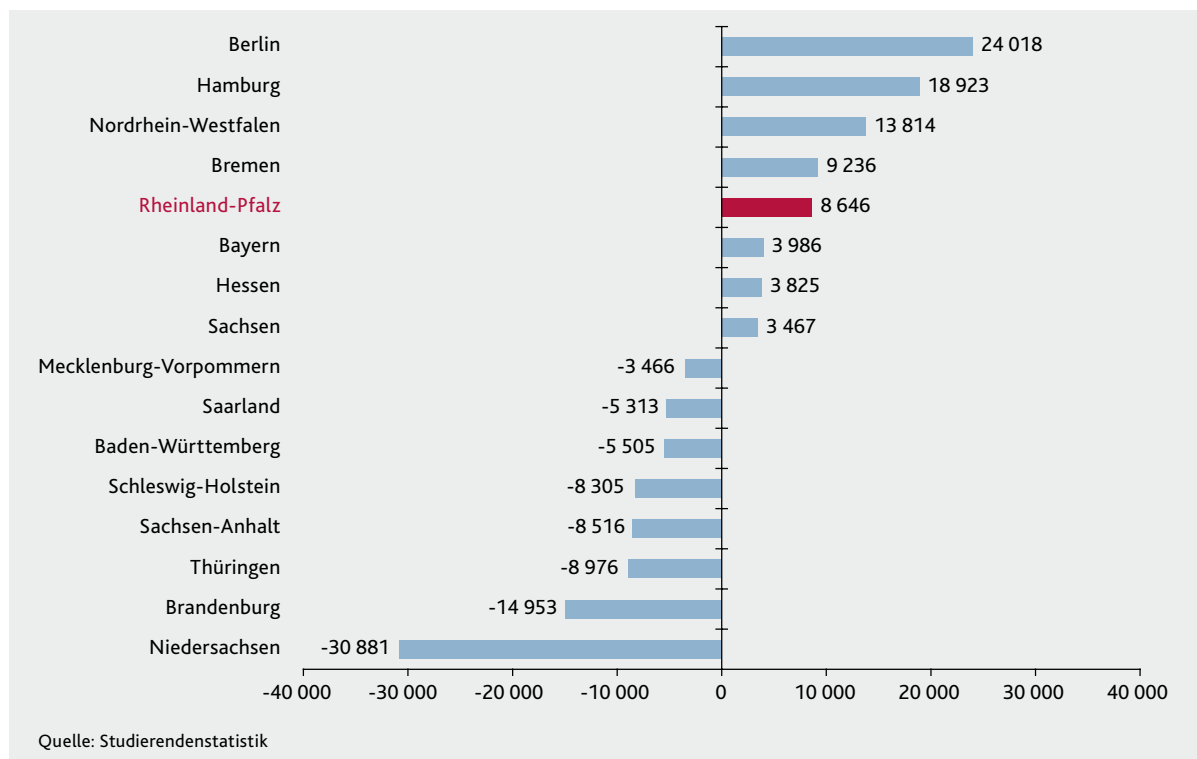
ben haben. Aus der Gegenüberstellung mit den bundesweit knapp 89 600 rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, ergibt sich der Wanderungssaldo der Studierenden. Rheinland-Pfalz weist einen Zuwanderungsüberschuss von mehr als 8 600 Studierenden auf und trifft somit offenbar auch bei Studierwilligen jenseits der Landesgrenzen auf großes Interesse.

Differenziert nach dem Ort des Erwerbs ihrer Hochschulzugangsberechtigung zeigt sich, dass 54,8% der hier immatrikulierten Studierenden aus einem anderen Bundesland oder dem Ausland stammen. Die meisten kamen aus Hessen (13,5%) sowie

Rheinland-Pfalz
als Studienort
besonders bei
Hessen beliebt

G 10

Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2008/09



aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (jeweils 8,2%). Umgekehrt blieben mit 54% die meisten Rheinland-Pfälzer zum Studium im Land. Die beliebtesten Studienorte außerhalb des Landes waren die Hochschulen in Baden-Württemberg (13,4%), Nordrhein-Westfalen (12,5%) und Hessen (8,9%).

Ausblick

Diese und noch weitere interessante Themen finden Sie in der Statistischen Analyse "Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen". In der nächsten Ausgabe des Statistischen Monatshefts werden weitere aus-

gewählte Ergebnisse aus dem Ländervergleich vorgestellt.

Diplom-Kauffrau Romy Feldmann, Diplom-Volkswirt Thomas Kirschey, Dr. Julia Stoffel und Dr. Stefan Weil sind Referenten im Bereich Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum. Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin in diesem Referat.

Info

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Das Statistische Landesamt hat soeben die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ zum dritten Mal veröffentlicht. In dieser Statistischen Analyse wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Wohlstand und Soziales, Gesundheit und Pflege, Wahlen, Bildung, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Wirtschaft, Entwicklungspotenziale, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt.

In der vorangestellten Zusammenfassung sind für jedes Merkmal die Platzierung für Rheinland-Pfalz sowie die Länder mit dem höchsten bzw. niedrigsten Merkmalswert aufgelistet. Dies ermöglicht nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern – durch die Angabe der Spannweite – auch eine Einordnung dieser Rangziffern.

Anhand übersichtlicher Grafiken werden die Ergebnisse dargestellt und kommentiert. Sie lassen die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Bundesländer erkennen und sind Teil des Controllings in einem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist.

Der umfangreiche Tabellenanhang enthält die Werte aller ausgewählten Merkmale und zeigt zudem auch zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – ein Ländervergleich in Zahlen“ (Bestellnummer Z2088 201001) kann zum Preis von 15,00 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Die PDF-Datei steht im Internet unter Veröffentlichungen/Statistische Analysen <http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen/laendervergleich/> zum kostenfreien Download zur Verfügung.



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklima steigt auch im August

ifo Geschäfts-
klimaindex steigt
zum dritten Mal
in Folge

Die deutsche Wirtschaft ist weiterhin in Hochstimmung. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im August von 106,2 auf 106,7 Punkte und erreichte damit den höchsten Stand seit Juni 2007.

Geschäftslage
erneut deut-
lich günstiger
beurteilt

Die rund 7 000 vom Münchener ifo Institut befragten Unternehmen beurteilten ihre gegenwärtige Geschäftslage besser und ihre Geschäftsaussichten für die kommenden Monate nur geringfügig schlechter als im Vormonat. Der Lageindex stieg von 106,8 auf 108,2 Punkte. Der Erwartungsindex ging von 105,6 auf 105,2 Punkte zurück.

Bessere
Stimmung in
der Industrie
und im
Einzelhandel

Gute Stimmung herrschte vor allem im verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel. In der Industrie fielen zwar die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate etwas ungünstiger aus, dafür verbesserte sich aber noch einmal die Lageeinschätzung der Unternehmen. Im Einzelhandel waren die Unternehmen sowohl mit ihrer aktuellen Lage als auch mit ihren Geschäftsaussichten zufriedener.

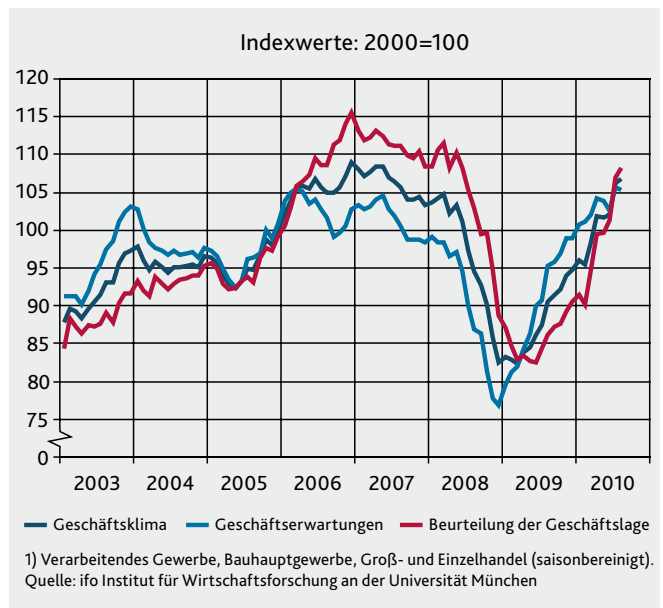
Schlechtere
Stimmung
im Bauhaupt-
gewerbe und
im Großhandel

Im Bauhauptgewerbe und im Großhandel hat sich das Geschäftsklima im Vergleich zum Vormonat dagegen eingetrübt. In beiden Wirtschaftsbereichen verschlechterten sich die Lagebeurteilung und die Einschätzung der Geschäftsaussichten.

Bei den professionellen Konjunkturbeobachtern überwiegt für die Zukunft nun aber die Skepsis. Zum einen hat der ifo Index bereits wieder ein enorm hohes Niveau erreicht, so dass weitere Steigerungen schwierig sein

Stand:
August
2010

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



dürften. Zum anderen geben insbesondere die Konjunkturaussichten in den USA Anlass zur Sorge. Grund dafür sind vor allem die schlechten Arbeitsmarktzahlen in den Staaten. Sollte die amerikanische Wirtschaft erneut in eine Rezession abgleiten, hätte das auch Folgen für die deutsche Konjunktur-entwicklung.

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich die weitere Erholung der konjunkturellen Lage auch anhand harter Indikatoren. Im Berichtsmo- nat Juni 2010 lagen die Auftragseingänge um +26% über dem Vorjahresniveau, das infolge der Wirtschaftskrise allerdings sehr schwach war. Gegenüber dem Vormonat gab es ein

Auftragsein-
gänge des
verarbeitenden
Gewerbes:
+28%

Plus von 7,7%. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für Mai 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate April bis Juni 2010 einfließen) lag mit +28% zum siebten Mal in Folge über dem Vorjahreswert und erreichte etwa das Niveau vom September 2008. Im April 2010 hatte es einen Auftragszuwachs um 33% gegeben, nach einer Verbesserung des Ordervolumens um 36% im März.

Auslandsnachfrage zieht wieder stärker an

Im Berichtsmonat Juni 2010 zeigten sich sowohl die Auftragseingänge aus dem Inland als auch aus dem Ausland im Vormonatsvergleich verbessert (+3,4 bzw. +11%). Gegenüber Juni 2009 wiesen die Inlandsaufträge ein Plus von 18% auf, die Auslandsaufträge zogen in diesem Zeitraum sogar um 33% an. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im Mai 2010 um 23% (April: +26%), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 33% (April: +39%).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie steigen um 23%

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29%) hat sich im Berichtsmonat Juni 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich deutlich verbessert (+11%). Gegenüber Juni 2009 wurde ein kräftiger Zuwachs von 22% registriert. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gab es im Mai ein Auftragsplus von 23%, nach einer Verbesserung um 27% im April. Im Januar 2010 war nach 16 Monaten erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise wieder ein Anstieg des Ordervolumens festgestellt worden. Allerdings zogen im Mai sowohl die Bestellungen aus dem Inland (+16%) als auch aus dem Ausland (+27%) schwächer an als im Vormonat.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (Anteil am

Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Mai 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +67% kräftiger als im April (+65%). Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage im ersten Halbjahr 2009 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist. Im Berichtsmonat Juni 2010 lag das Auftragsvolumen um 1,2% unter dem Vormonatswert, aber um 64% höher als im Juni 2009. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 41%. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen im Vorjahr zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 97% sprunghaft an.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftrags-eingänge

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 9%) kam es im Berichtsmonat Juni 2010 zu einer Verbesserung um 13% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum auftragsschwachen Juni 2009 stieg die Nachfrage dagegen um +34%. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen im Mai 2010 die Bestellungen mit +35% zum siebten Mal in Folge den Vorjahreswert, nach einem Plus von 39% im April. Nachdem im Februar die heimische Nachfrage erstmals nach 16 Monaten wieder gestiegen war, fiel die Verbesserung im Mai (+27%) deutlich aus. Bei der Auslandsnachfrage gab es einen weiteren kräftigen Anstieg um 40%.

Deutliches Plus bei den Auftragseingängen im Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe leicht rückläufig

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 „geglättet“ um 0,9% gesunken, nachdem es im April noch zu einem Anstieg um 4% gekommen war. Davor waren zwölf Monate in Folge rückläufige Auftragszahlen festge-

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 0,9%

stellt worden. Zuletzt hatte das Minus von November 2009 bis März 2010 zwischen 2,3 und 7,4% gelegen. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt zu einem Rückgang von 8,5%, nach einem Minus von 2,4% im April. Dagegen war im Hochbau ein deutliches Plus von 11% festzustellen. Im April hatte der Auftragszuwachs sogar 14,7% betragen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52%, der des Hochbaus bei 48%.

Zahl der Baugenehmigungen steigen kräftig

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Mai 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 9,8% gestiegen. Davor hatte es von Februar bis April sinkende Genehmigungszahlen in einem Bereich von 3,2 bzw. 8,2% gegeben. Nach den kräftigen Rückgängen zur Jahresmitte 2009 hatte sich von August 2009 bis Januar 2010 die Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich erhöht.

Umsatzeinbußen im Einzelhandel und im Kfz-Handel – Umsatzsteigerungen im Großhandel und im Gastgewerbe

Rotation der Berichtsbetriebe und Anpassung an neue Wirtschaftszweigklassifikation erhöht die Repräsentativität der Statistik

Die Ergebnisse der Statistiken im Handel und Gastgewerbe basieren ab dem Berichtsmonat Juni 2010 auf einem neuen Berichtskreis, da ein Teil der Unternehmen in der Erhebung ausgetauscht wurde. Der Berichtskreis ist damit repräsentativer geworden und verbessert die Konjunkturbeobachtung am aktuellen Rand. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des Berichtskreises auf die Strukturen der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 umgestellt.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Mai 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 0,6% gegenüber dem Vorjahr auf. Im April war noch ein Umsatzplus von 0,7% festgestellt worden.

Umsatz im Einzelhandel sinkt leicht

Im Kraftfahrzeughandel gingen die Umsätze zum Jahresbeginn 2010 zurück. Im Drei-Monats-Durchschnitt kam es im Mai zu einem realen Minus von 4,4%, nachdem es bereits zuvor Rückgänge gegeben hatte. Ursache hierfür ist nicht zuletzt die Tatsache, dass die aktuellen Umsatzzahlen den Monatswerten gegenübergestellt werden,

Weiterhin Umsatzrückgang im Kfz-Handel

in denen die „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge, die Mitte Januar 2009 eingeführt wurde, ihre größte Wirkung gezeigt hatte.

Umsatzsteigerung im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel stiegen im Mai 2010 gegenüber Mai 2009 real um 4,8%. Im April war es bereits zu einer Verbesserung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts um 6,7% gekommen.

Höhere Umsätze im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Mai 2010 preisbereinigt um 0,9% über dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Davor waren schon im April Umsatzsteigerungen im Vorjahresvergleich um 1,4% festgestellt worden.

Jahresteuerrate im August bei 1,1%

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im August 2010 im Vergleich zum Vormonat um 0,2% gestiegen. Gegenüber dem August des Vorjahres hat sich der Index um 1,1% erhöht. Damit setzte sich der moderate Preisanstieg der letzten Monate fort. Von März bis Juli war eine Erhöhung des Preisindex zwischen 1 und 1,3% registriert worden. Davor hatte in den Monaten von November 2009 bis Februar 2010 die Teuerungsrate nur zwischen 0,3 und 0,7% betragen. Zu dem Anstieg im August 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+16 bzw. +5,4%) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es im August 2010 in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,9%). Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es unter anderem auch im Bereich „Verkehr“ (+2%). Die Preise im Bereich „Gesundheitspflege“ blieben unverändert. Niedrigere Preise als im Vorjahr wurden in den Hauptgruppen

„Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–0,1%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–1,8%) festgestellt. Ein besonders starker Preisrückgang war wieder im Bereich „Bildungswesen“ (–17%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosigkeit verringert sich im August

Nach dem vorübergehenden, saisonbedingten Anstieg im Juli ist die Arbeitslosigkeit im August wieder gesunken. Insgesamt waren im Berichtsmonat knapp 118 200 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 2 800 bzw. 2,3% weniger als im Juli. Gegenüber August 2009 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen ebenfalls deutlich ab; sie verringerte sich um 13 000 bzw. 9,9%.

Zahl der Arbeitslosen nimmt ab

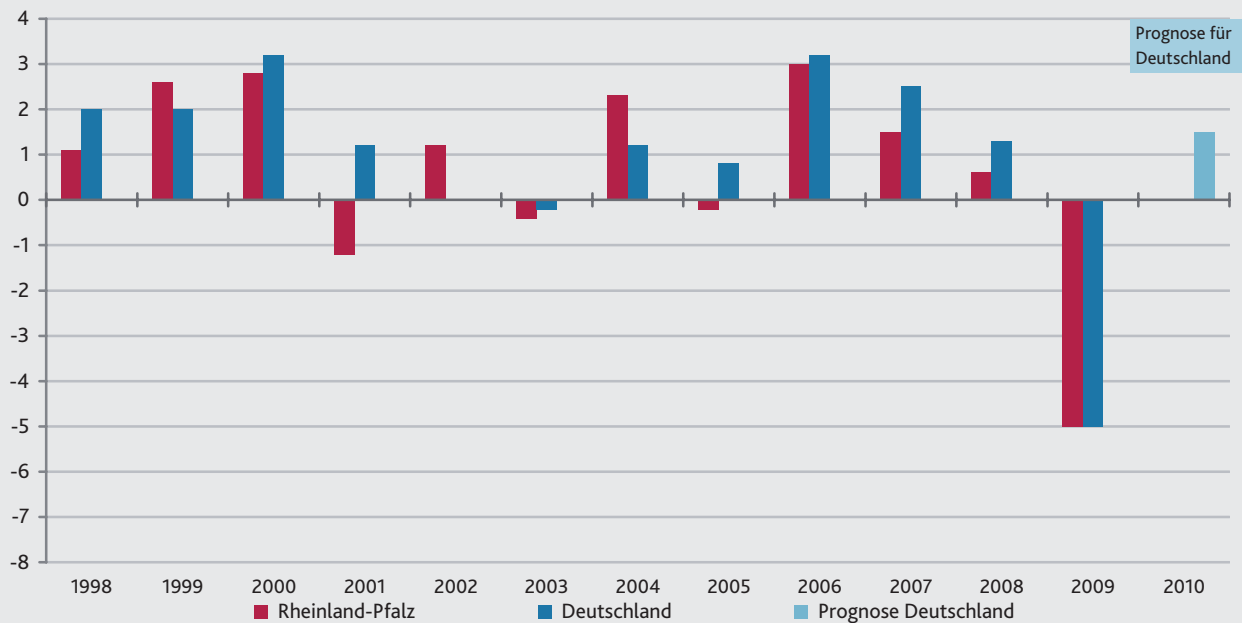
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, fiel im August auf 5,6%. Im Juli hatte die Quote bei 5,8% und im August 2009 noch bei 6,2% gelegen.

Arbeitslosenquote 5,6%

Als Ursache für diese günstige Arbeitsmarktentwicklung sieht die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit vor allem die bessere Auftragslage der Betriebe und eine optimistische Einschätzung der weiteren Wirtschaftsentwicklung.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirsch, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

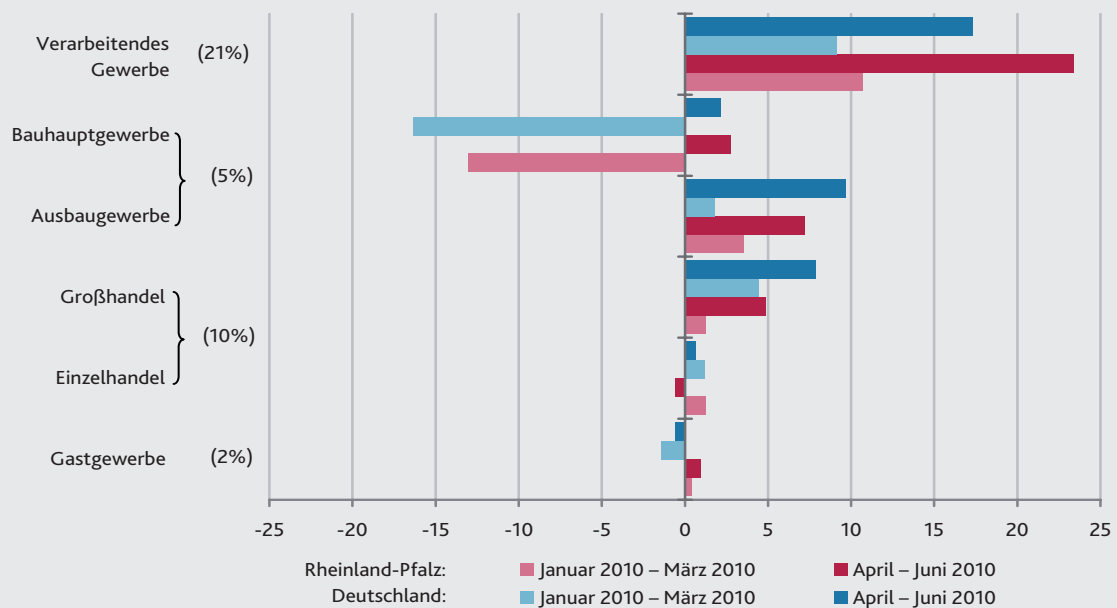


1) Nächster Fortschreibungstermin für 2010 im September 2010.

Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

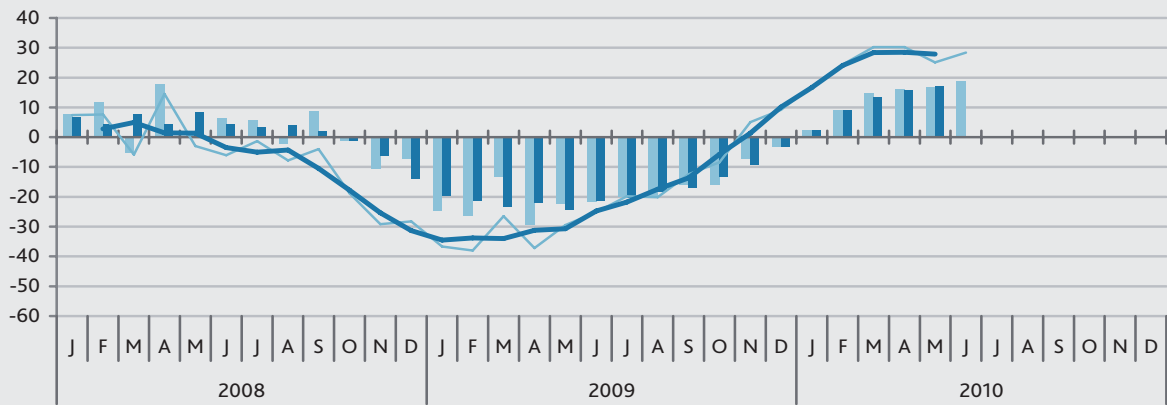
3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



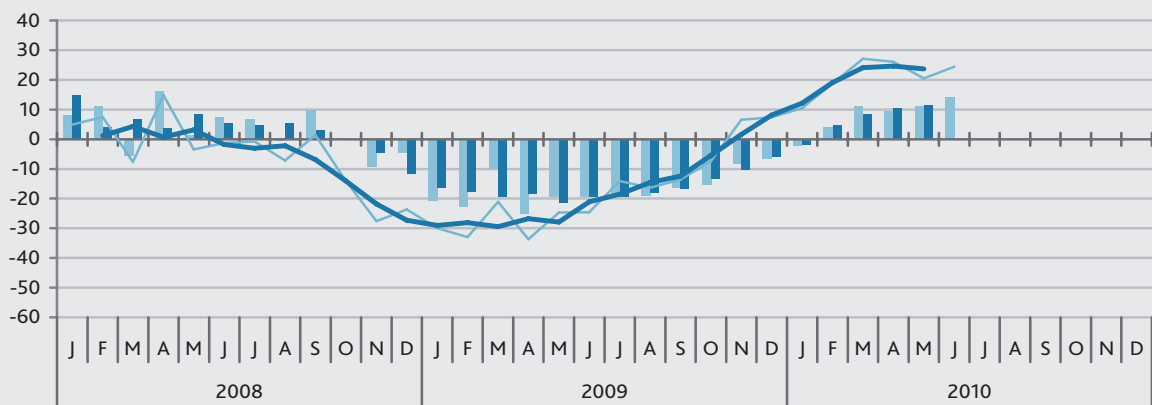
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. –

3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

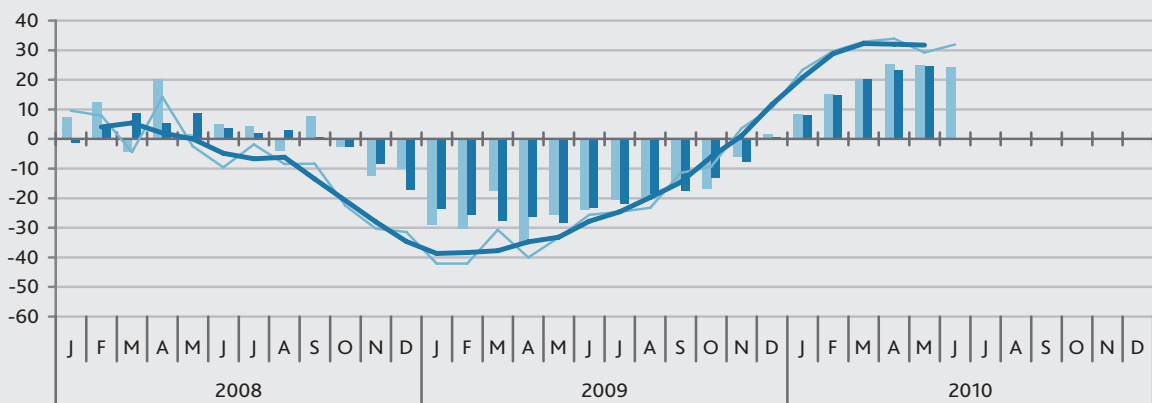
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



Umsatz (Monatswerte)

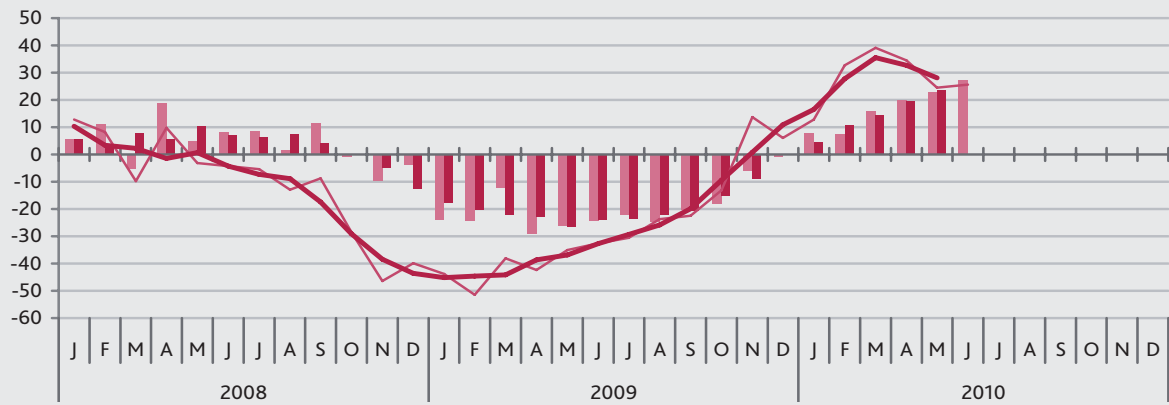
Auftragseingang (Monatswerte)

Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

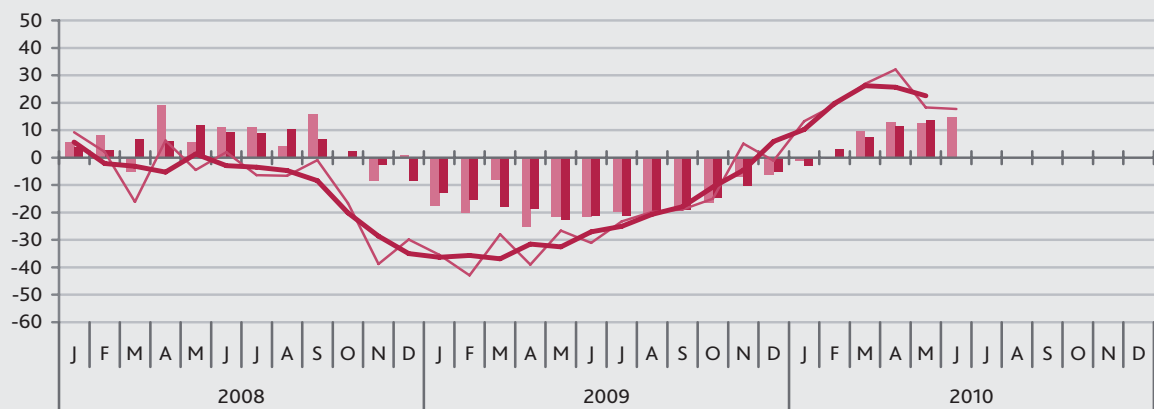
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹⁾ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

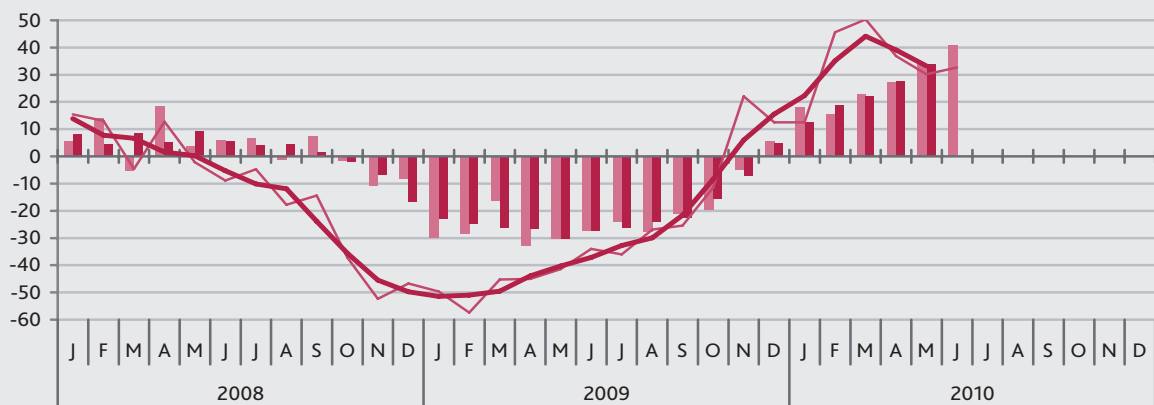
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



Umsatz (Monatswerte)

Auftragseingang (Monatswerte)

Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

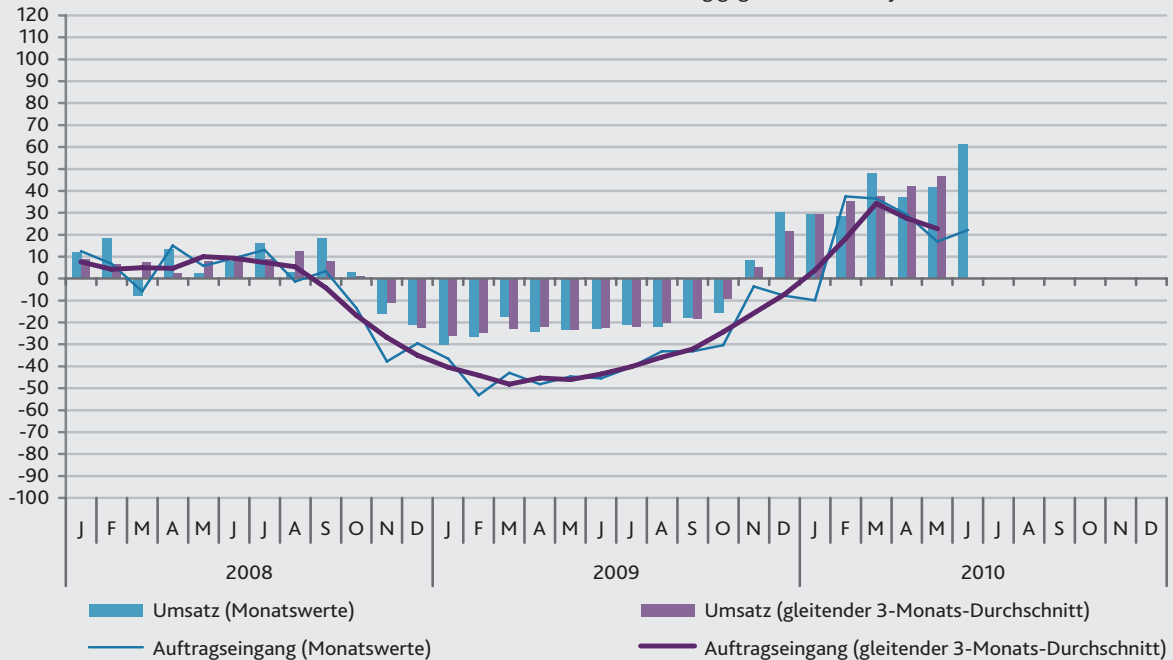
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

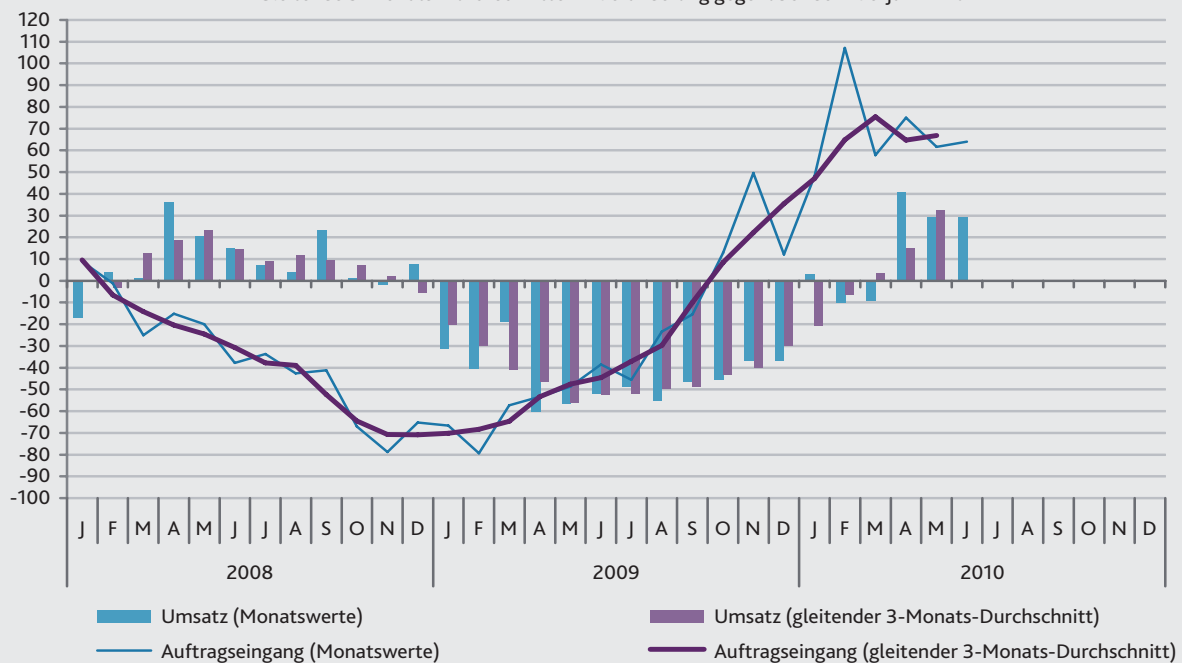


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

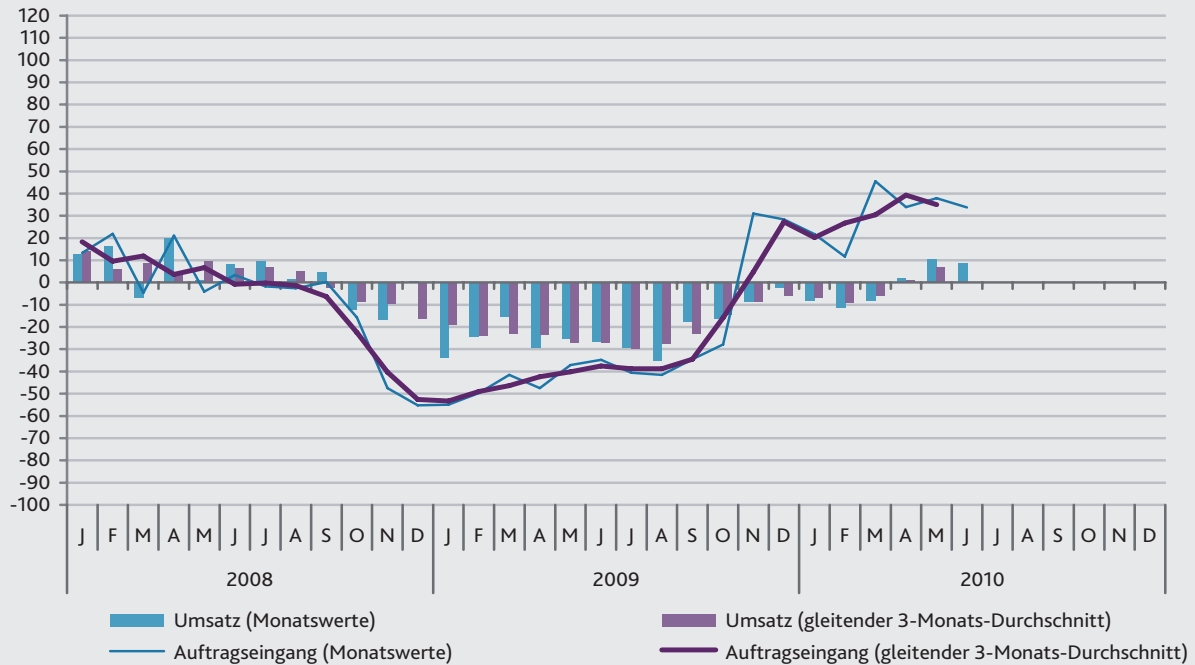


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



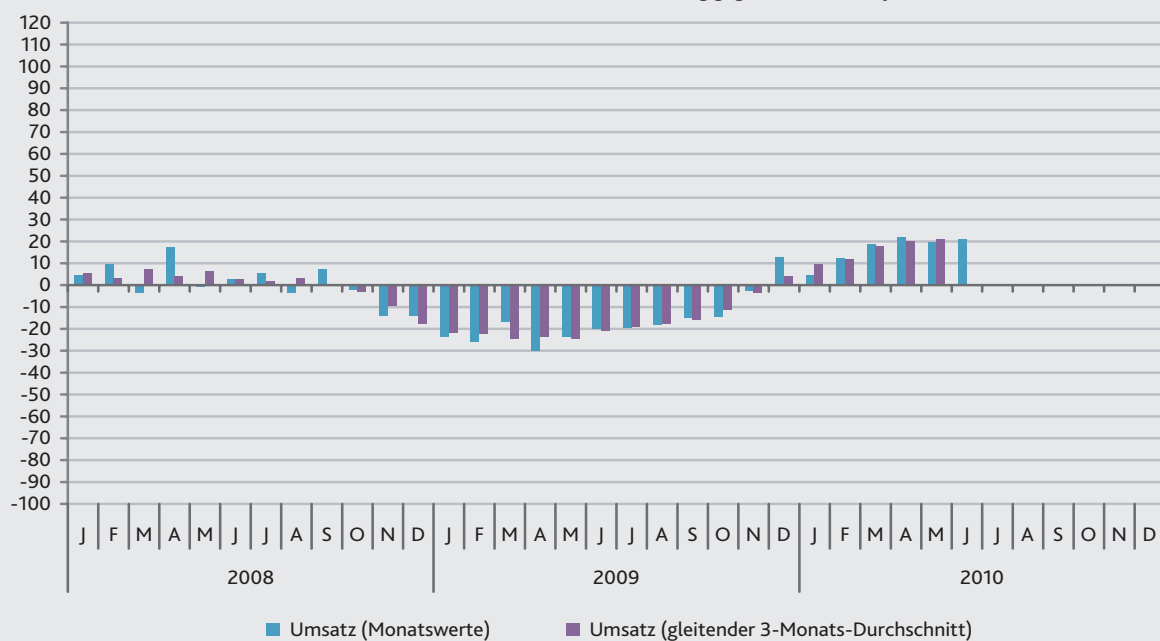
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

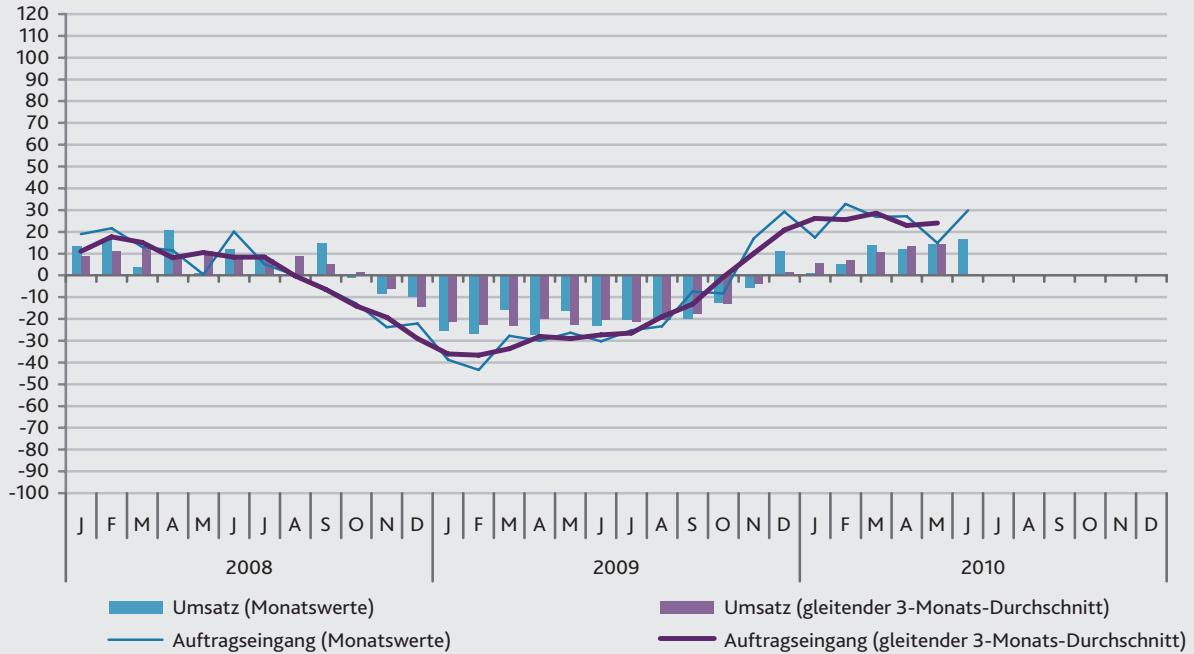


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



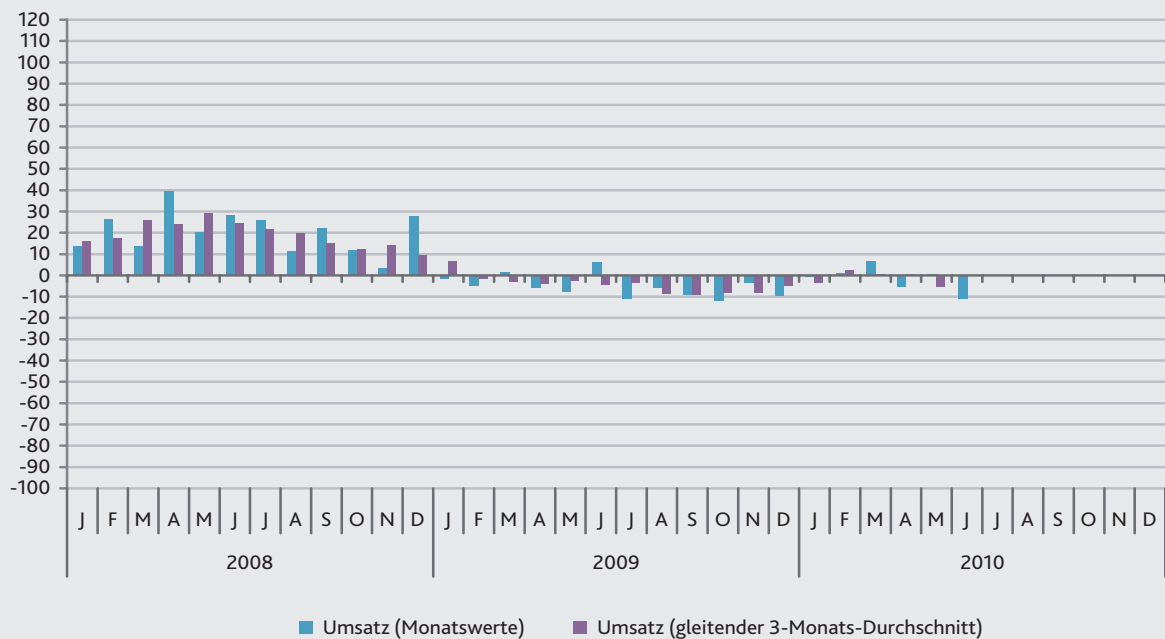
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

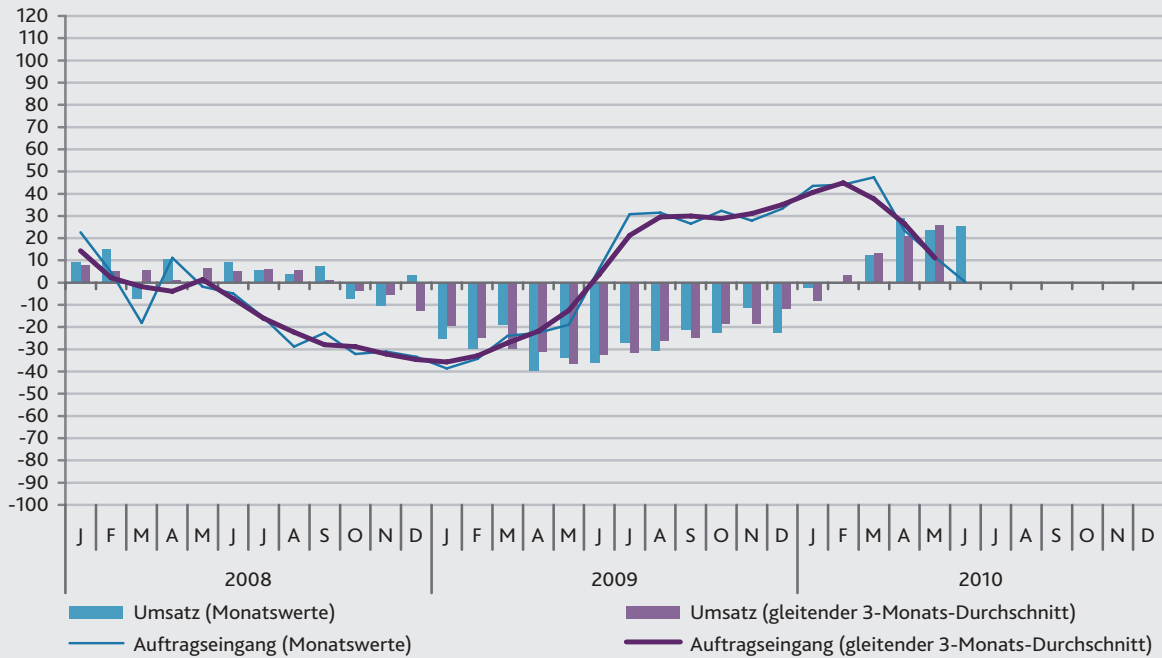


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

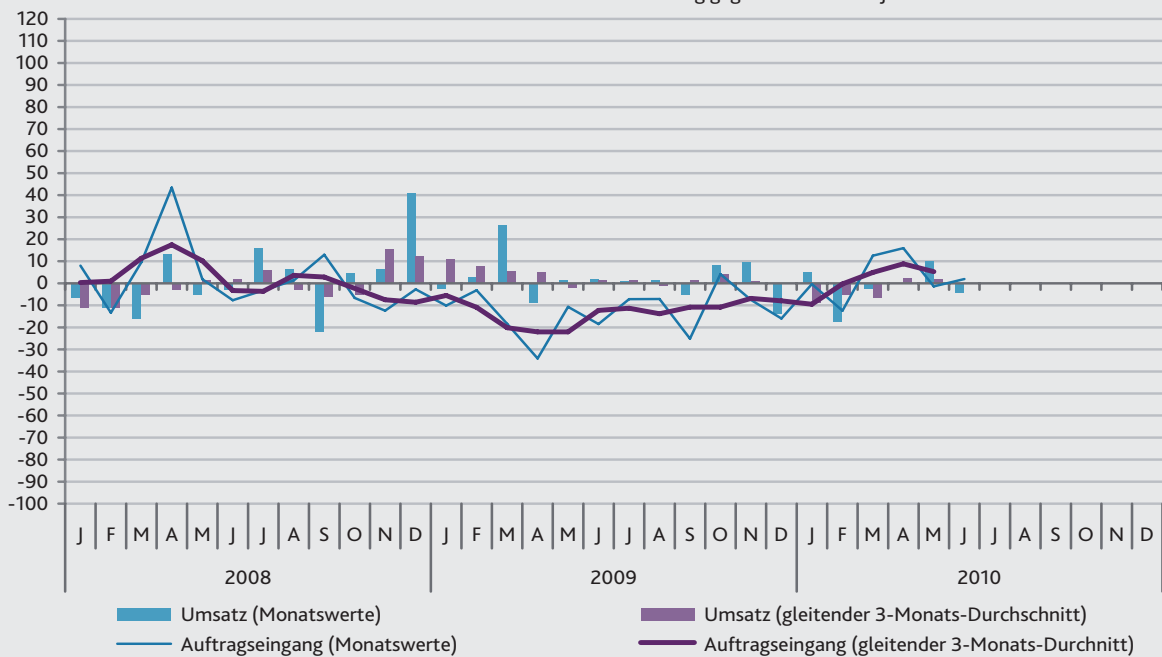


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

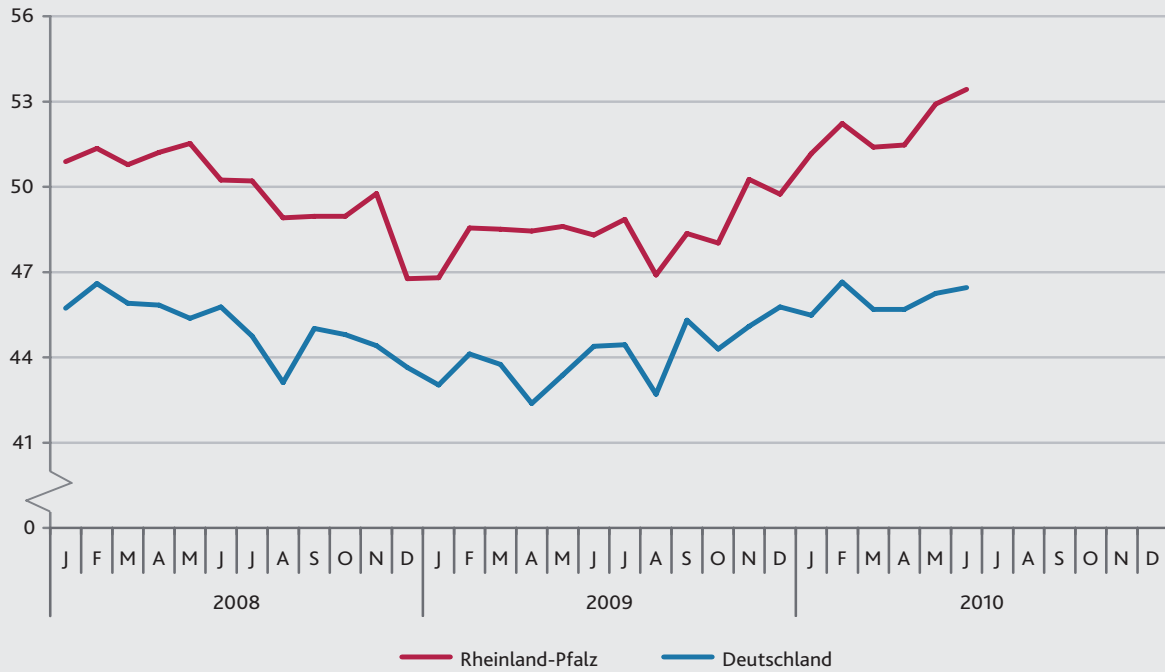
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

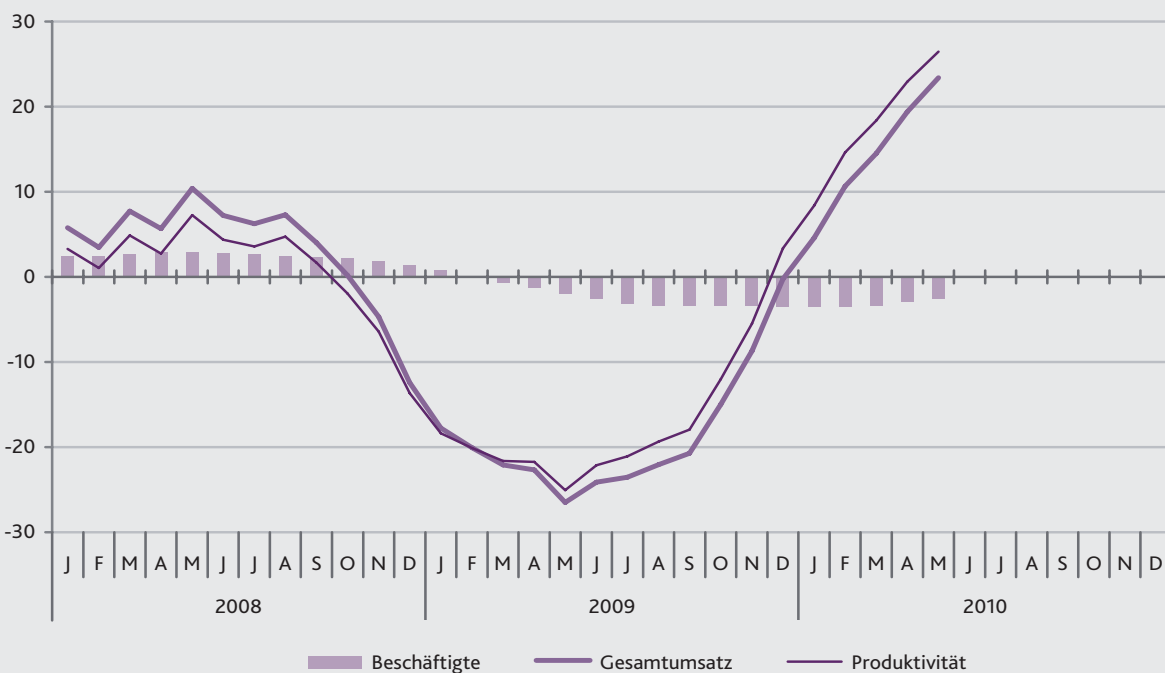


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



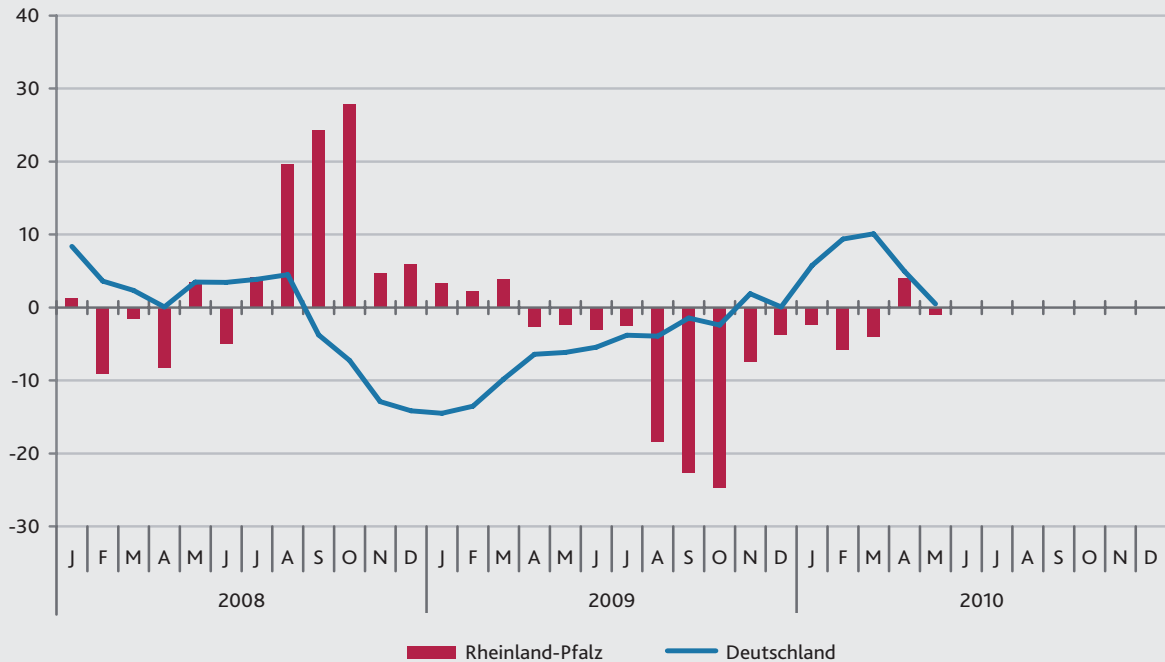
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

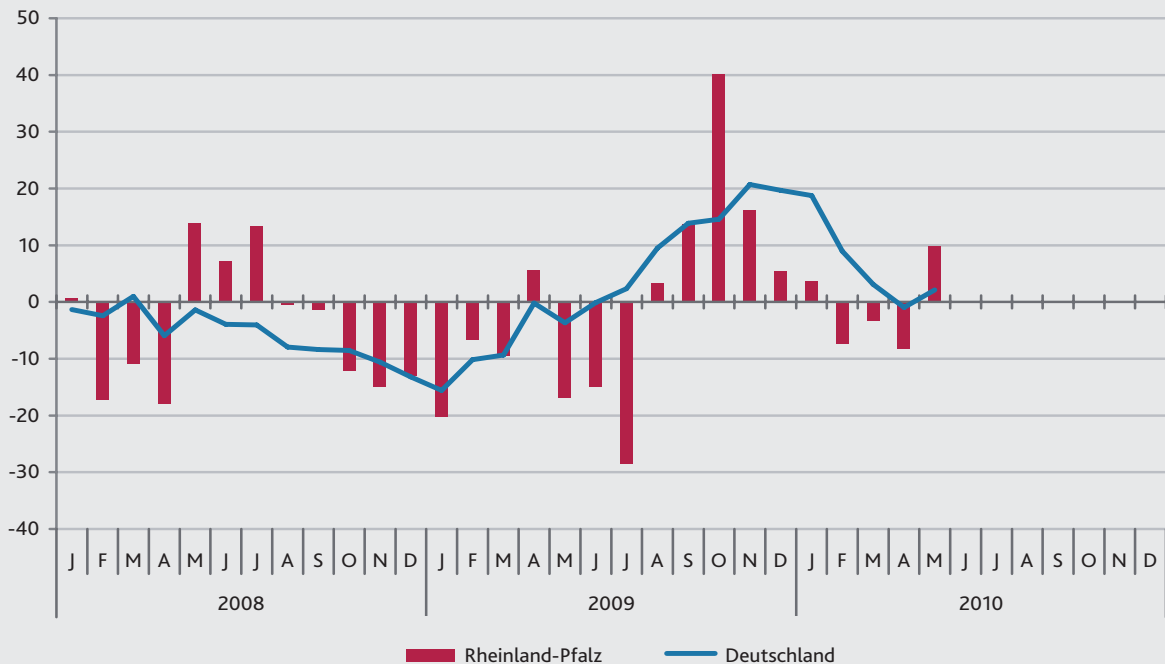
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

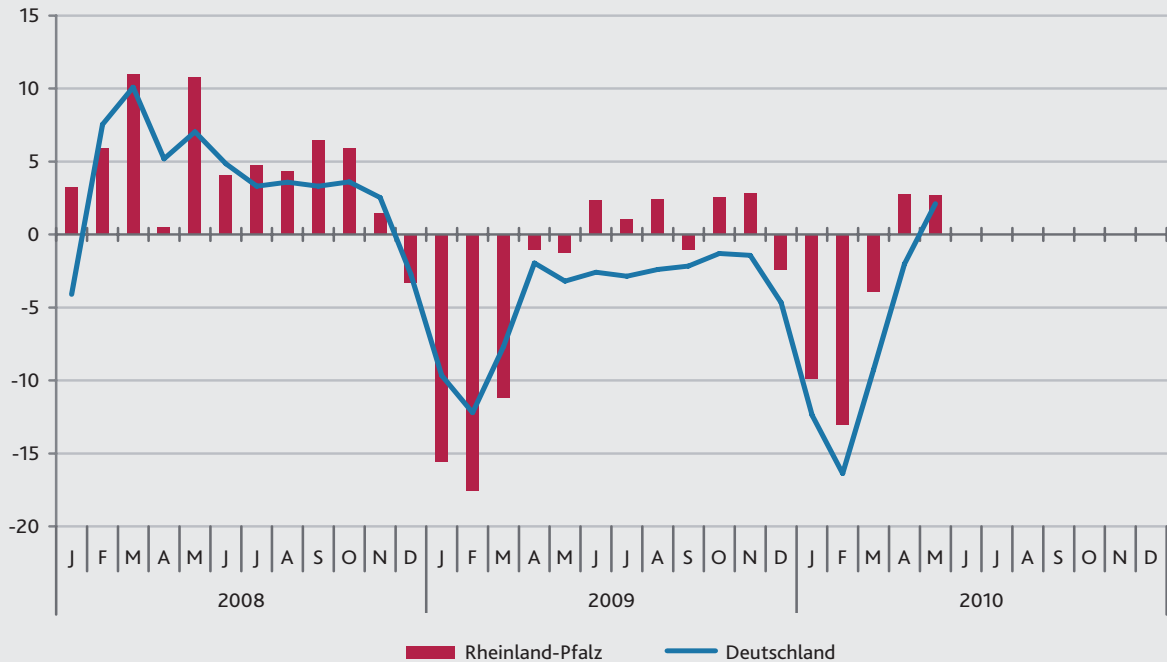
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

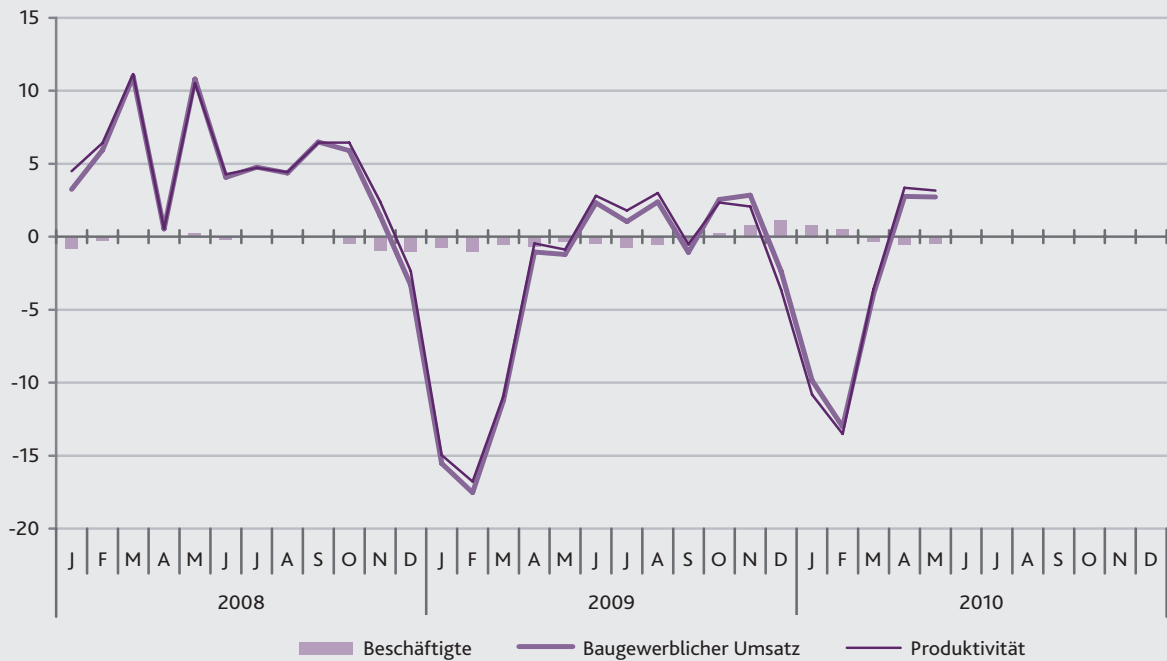
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



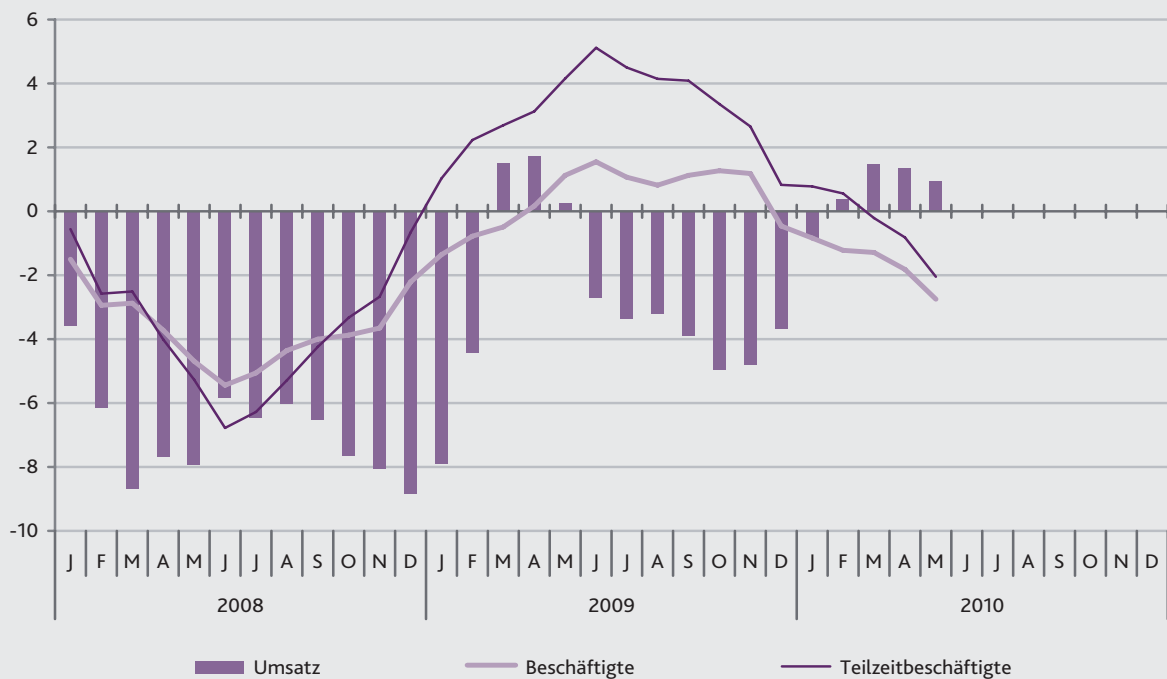
1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

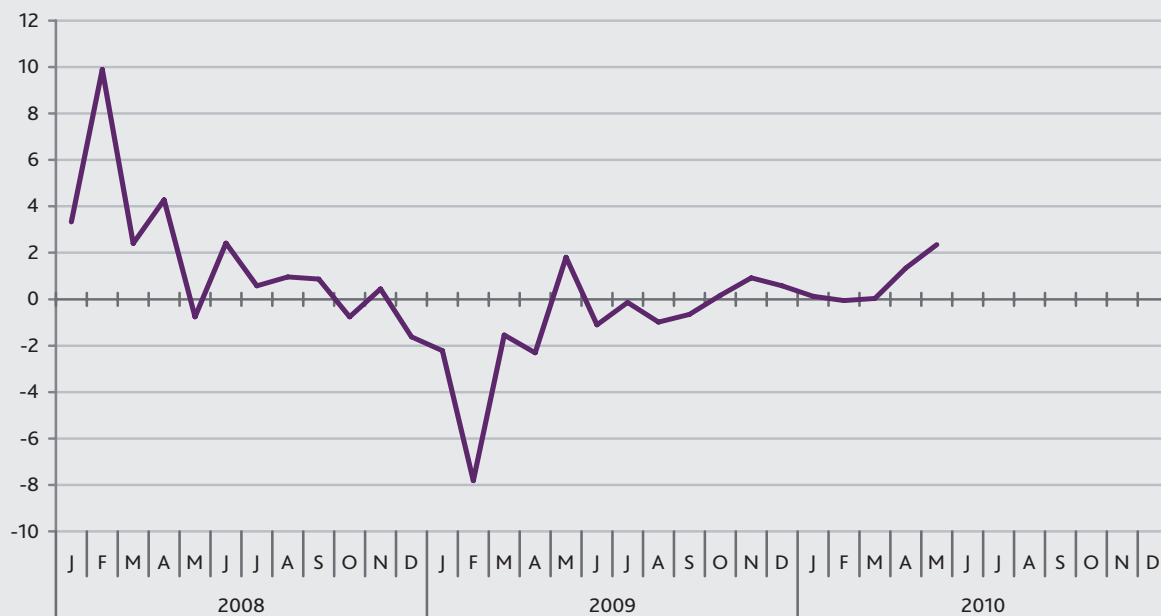
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

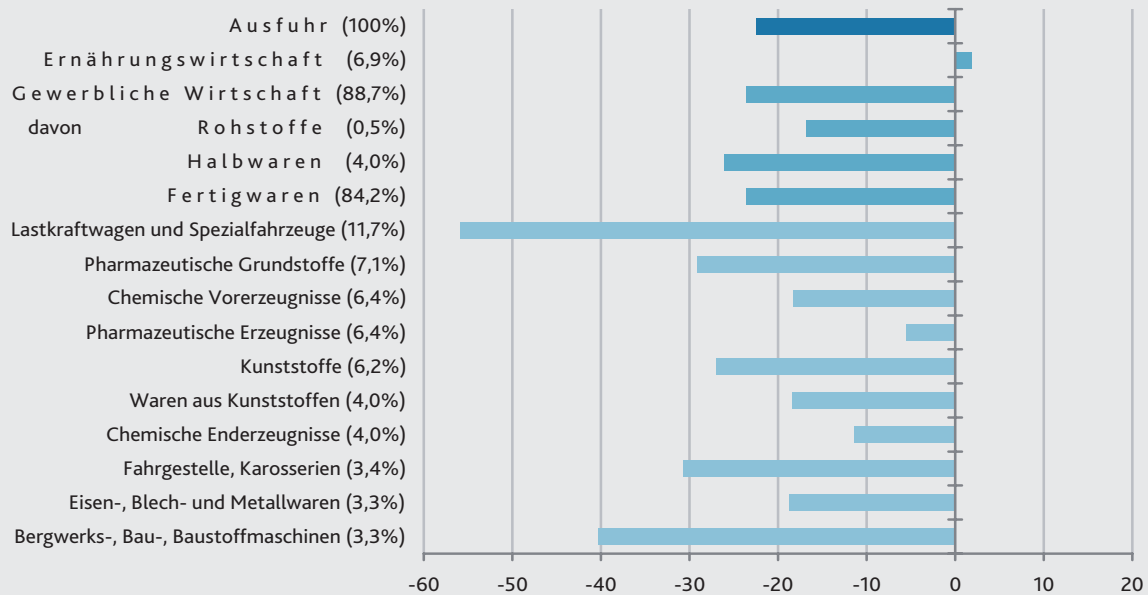
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Warengruppen¹⁾

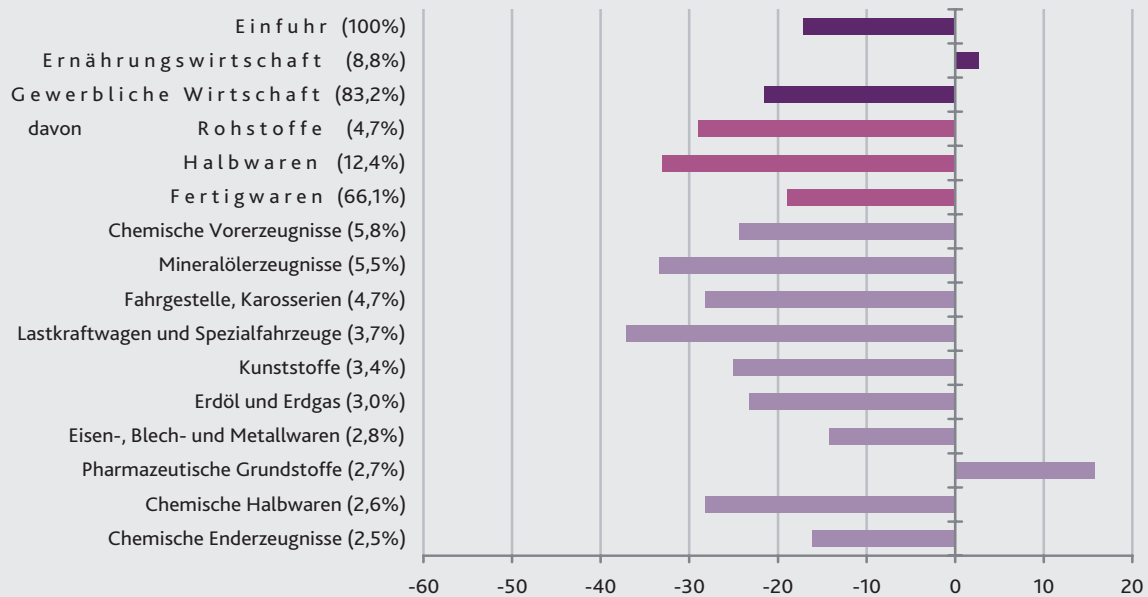
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

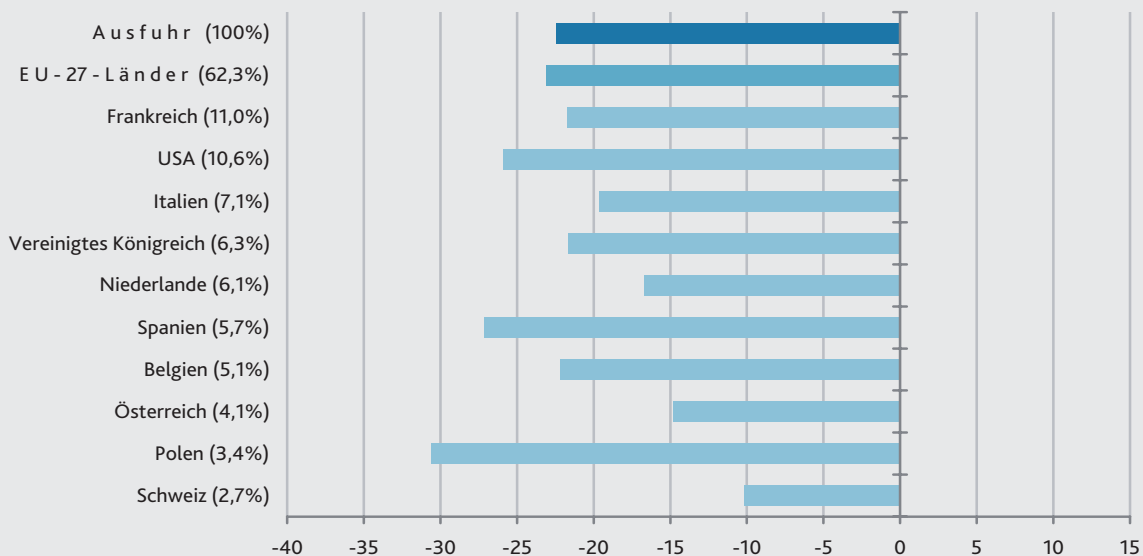
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



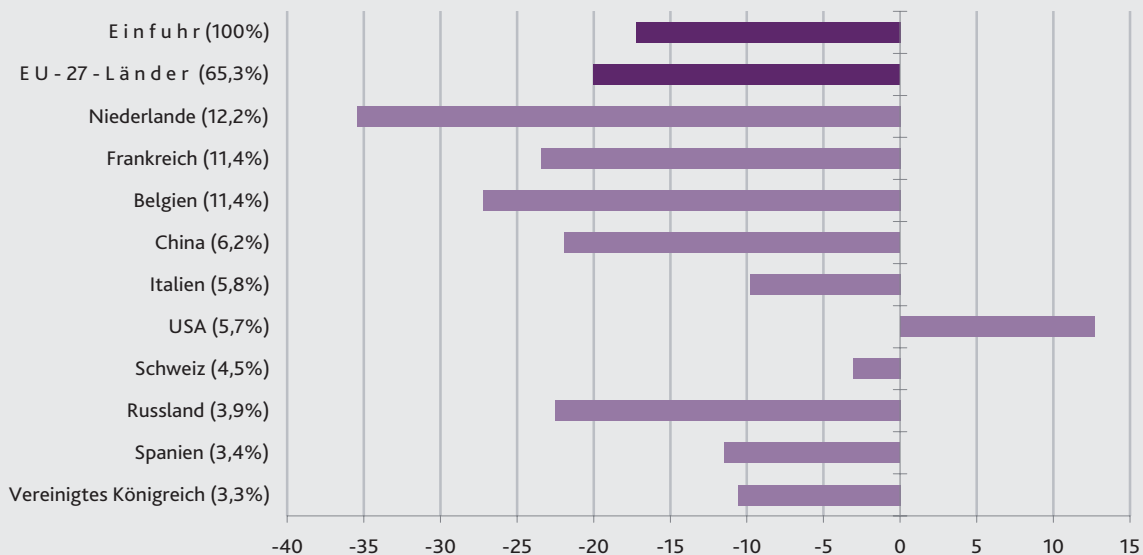
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



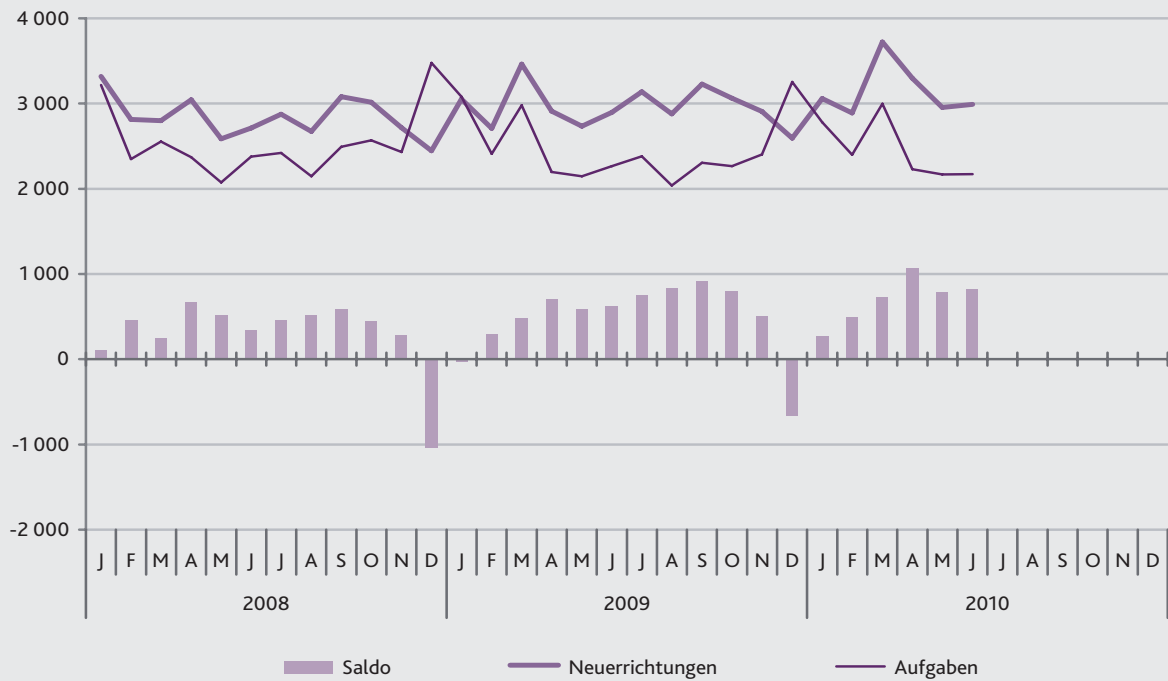
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Herkunftsländern¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



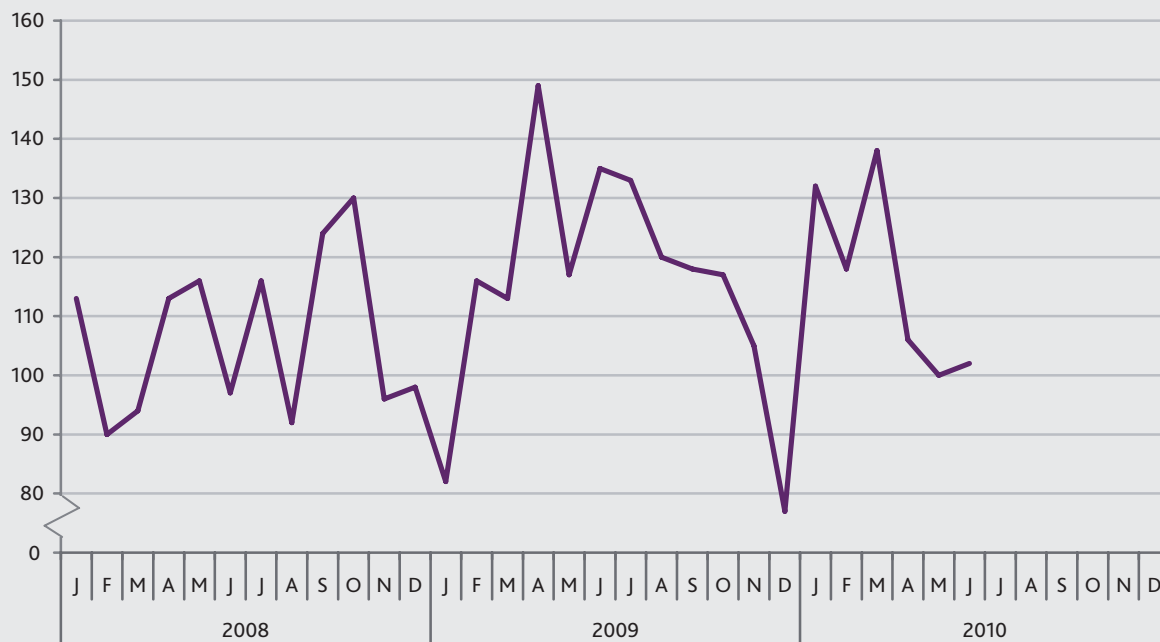
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar

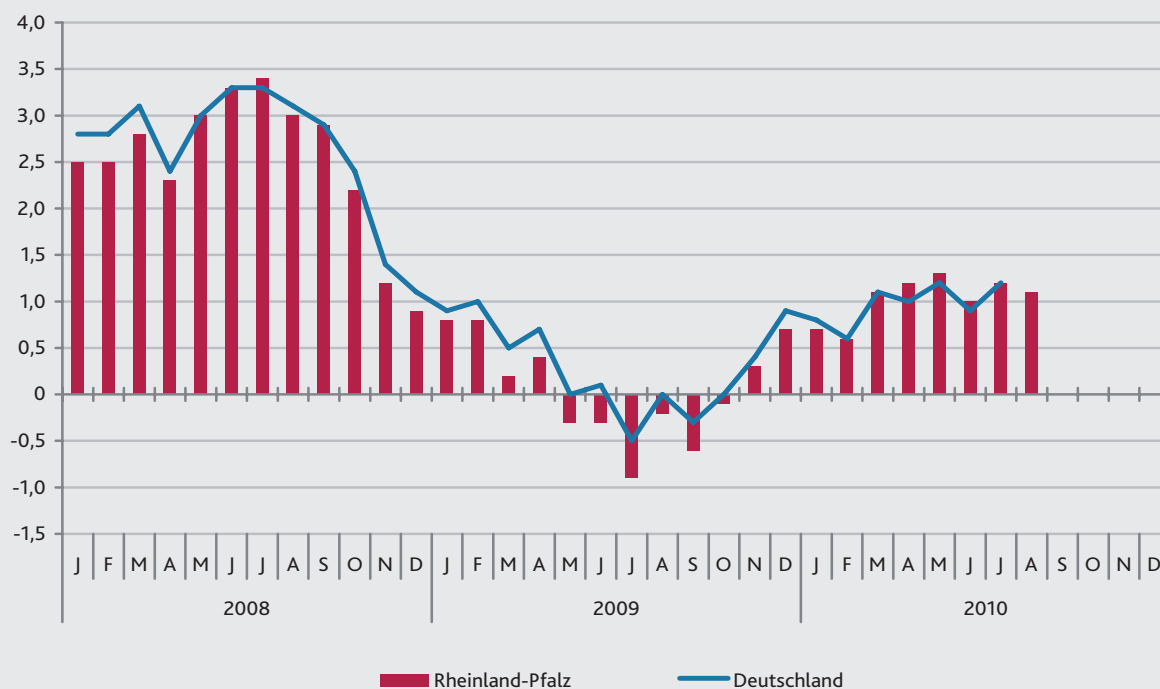
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

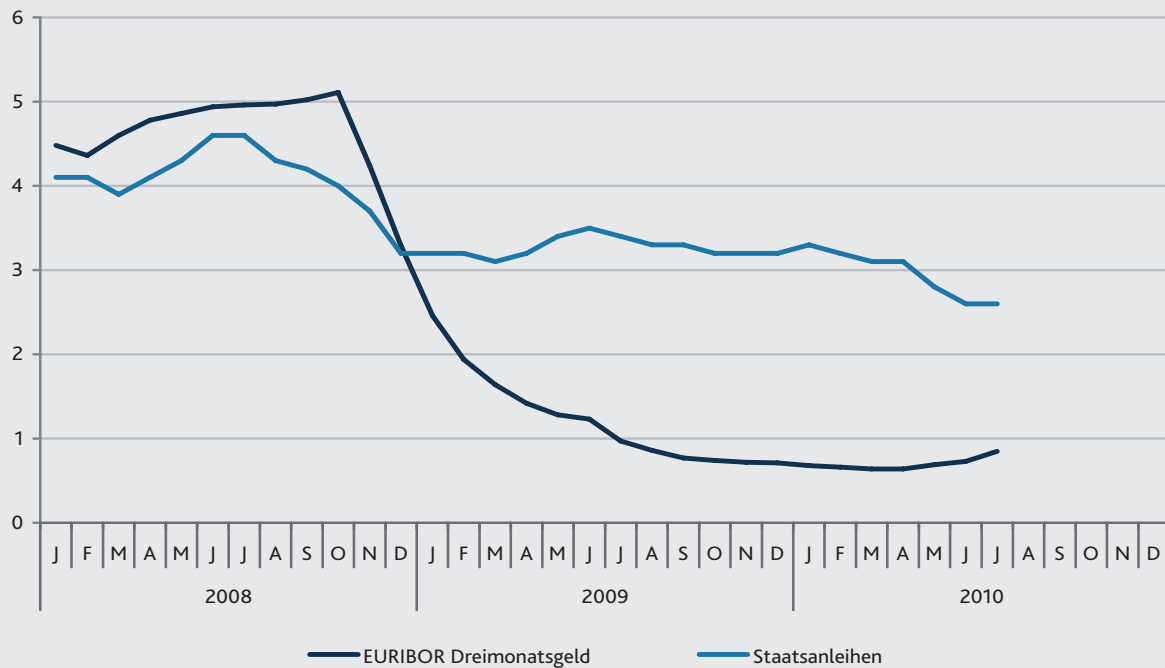


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

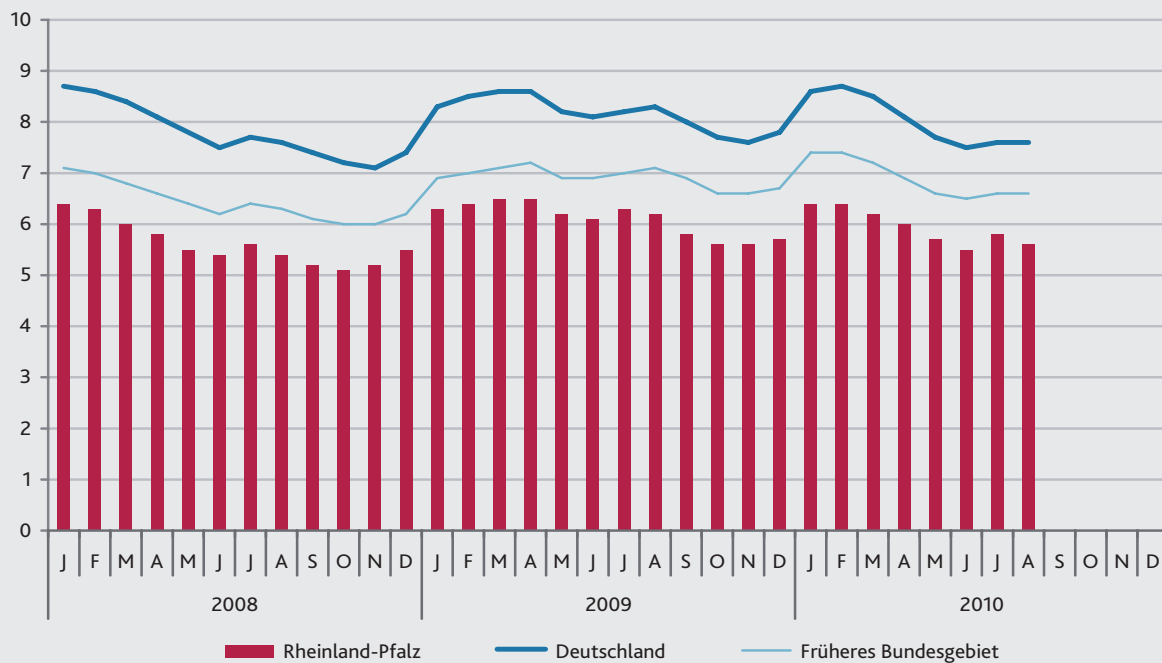


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



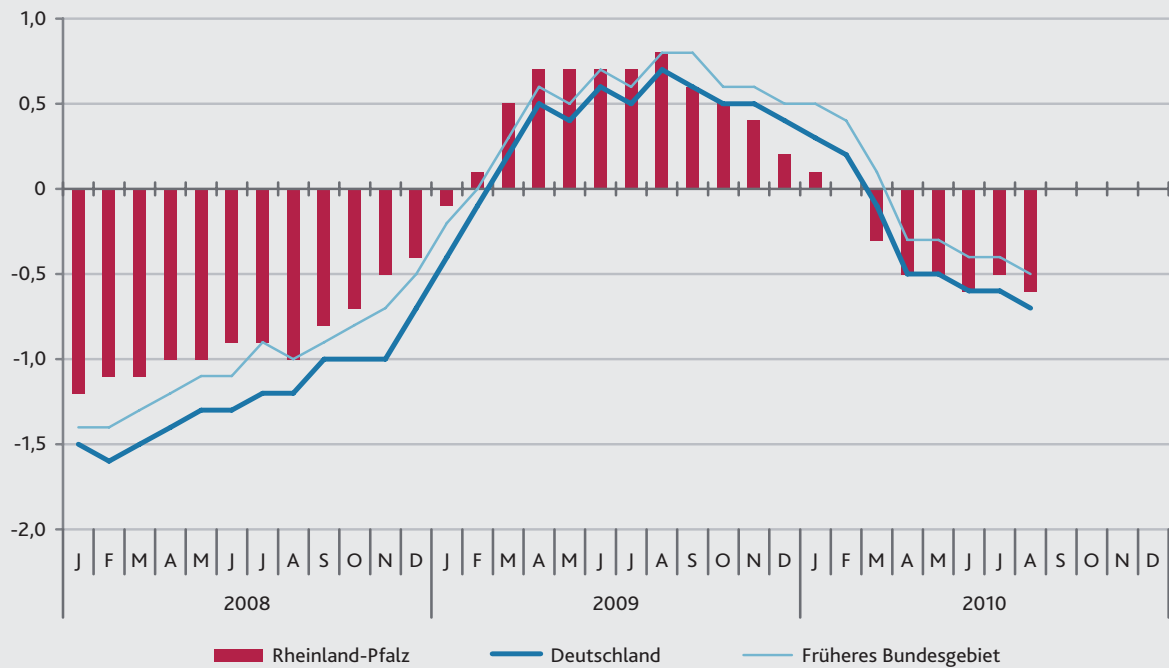
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



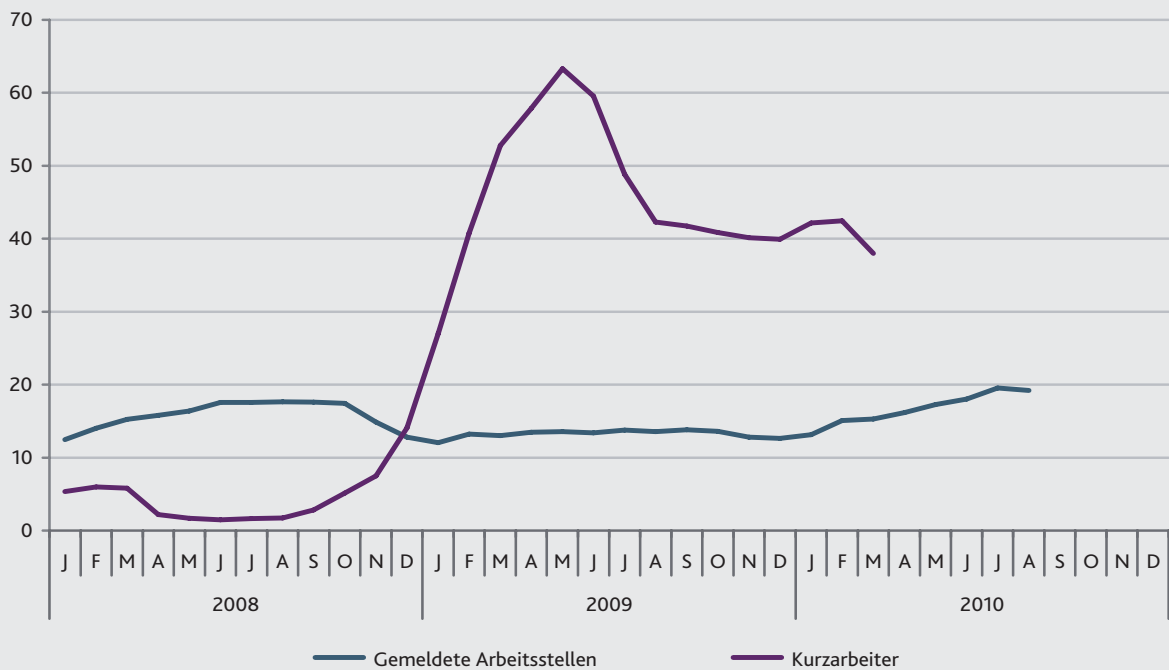
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



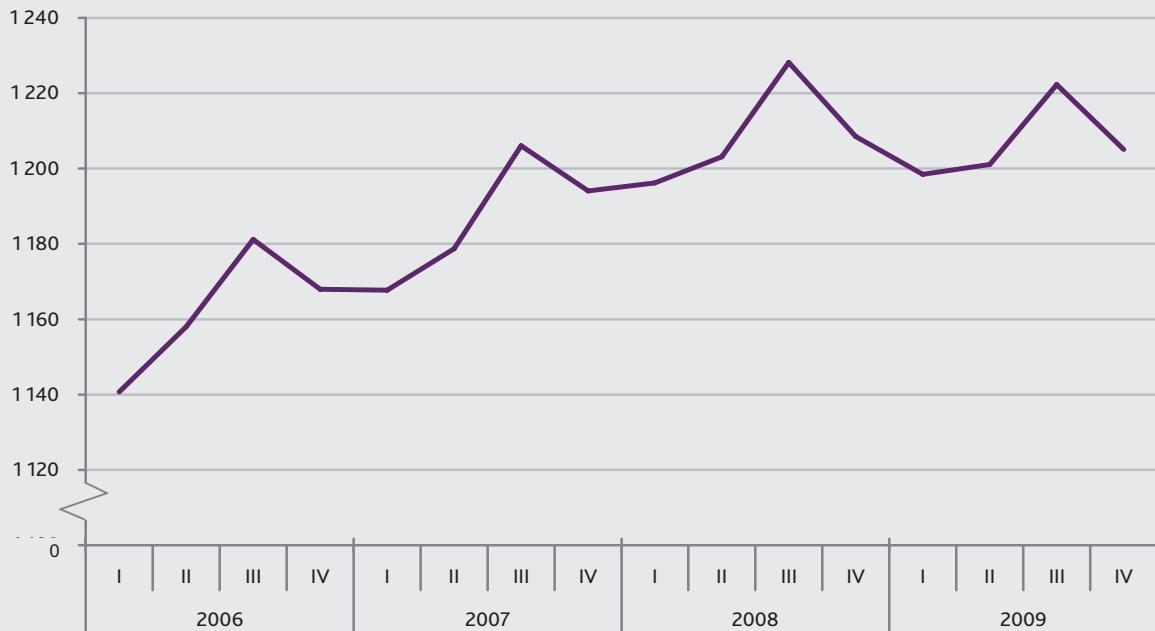
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



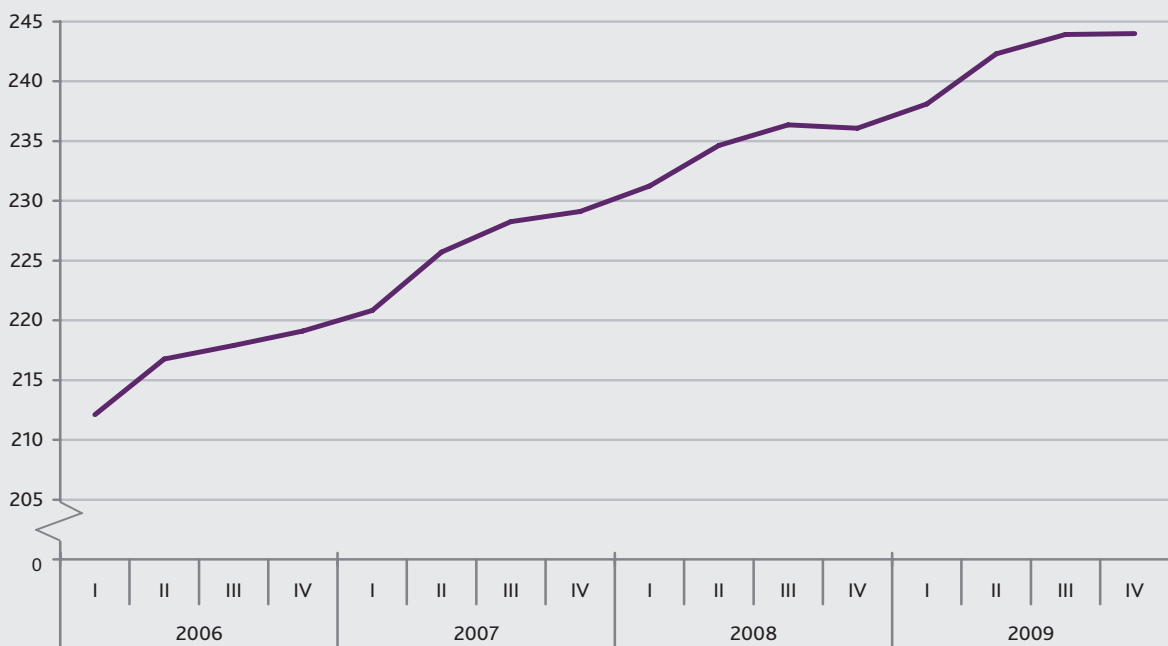
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

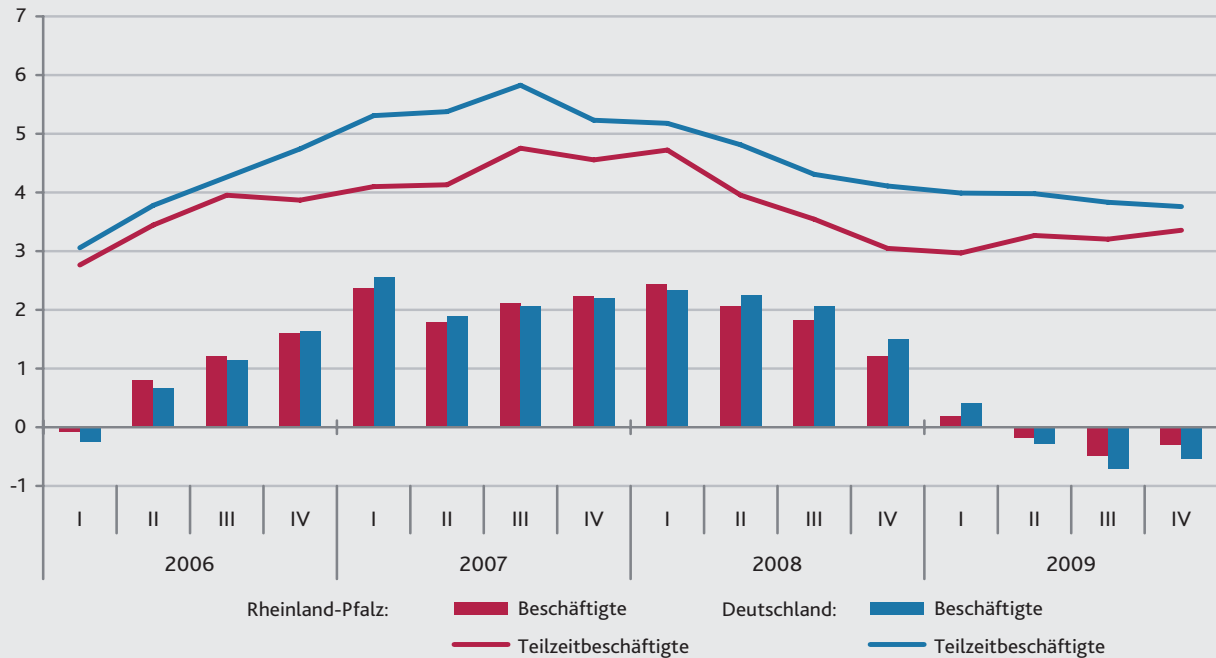
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

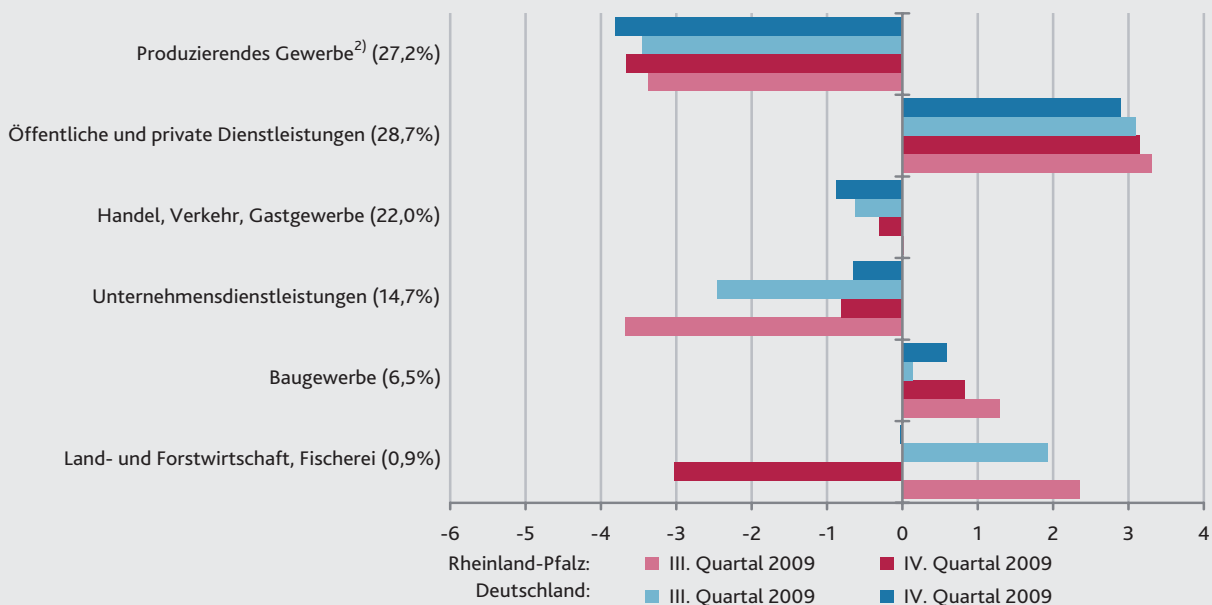
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

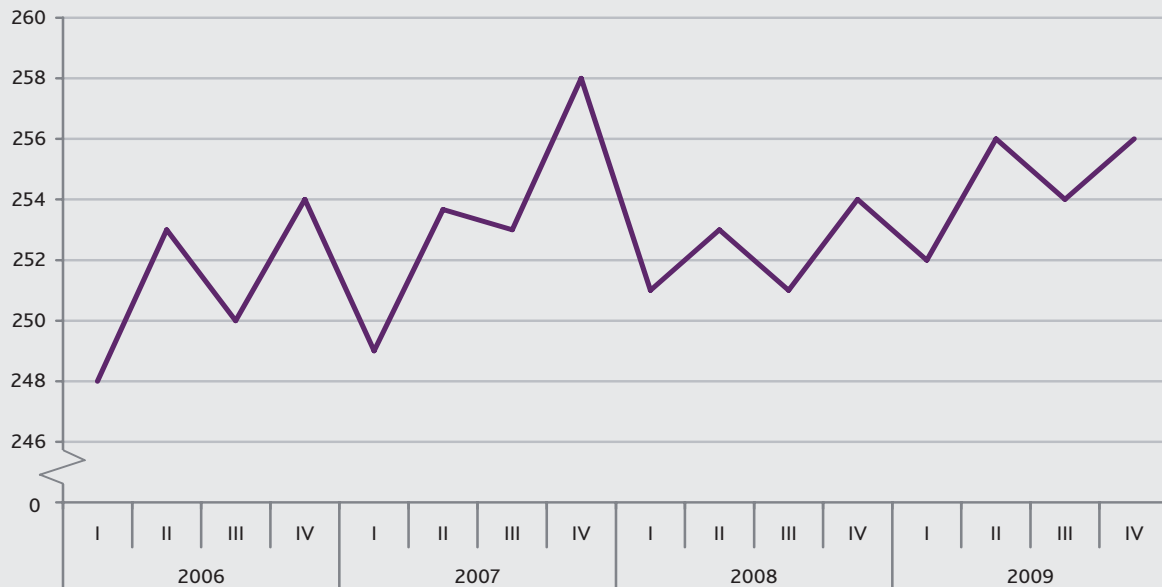
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



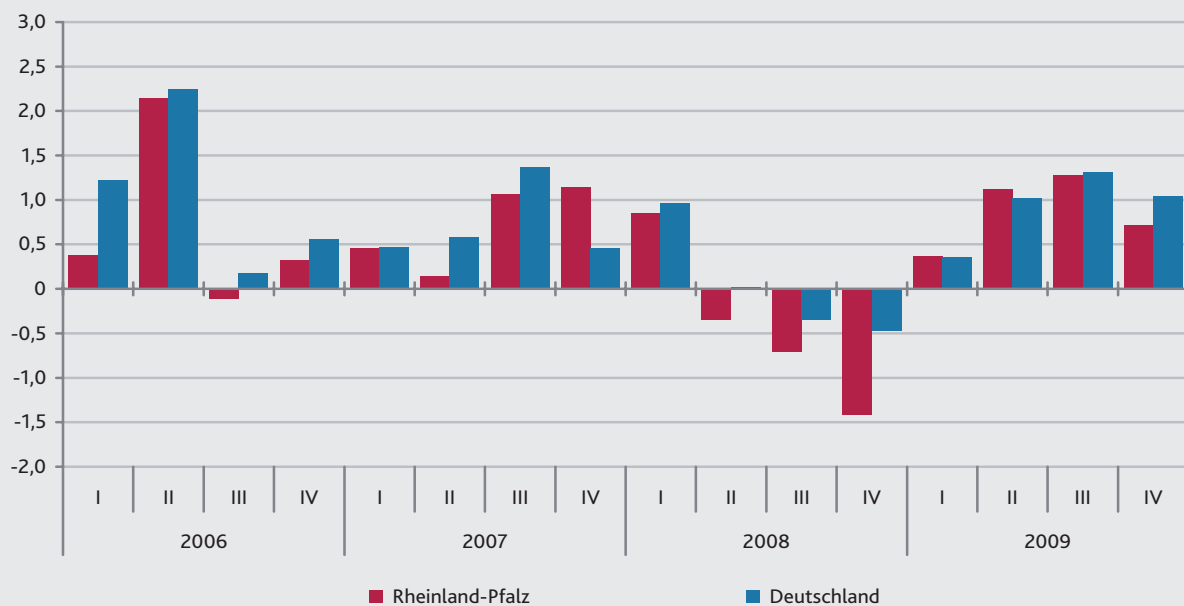
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



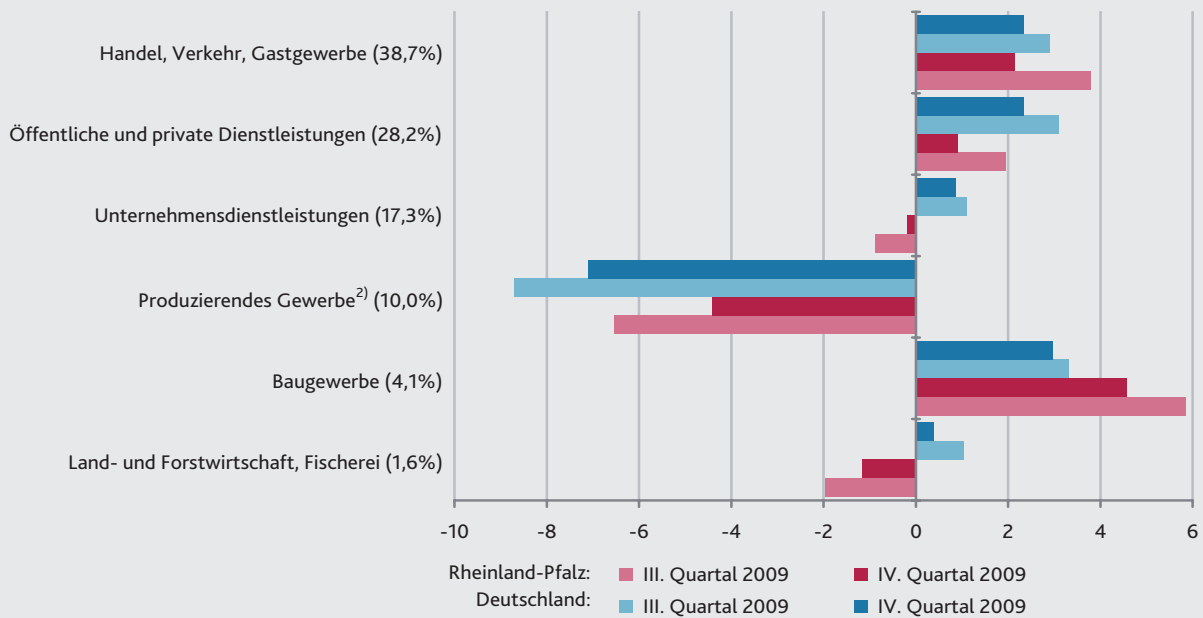
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 1. September 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchen-

umsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene

Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	127 842
752	134 121	128 083	128 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 264	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648
65 282	64 829	78 146	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 ¹⁾	4 013 ¹⁾	4 023	4 021	4 020	4 011	4 009	4 008
darunter Ausländer ²⁾	1 000	308 ¹⁾	306 ¹⁾	308	307	307	306	306	307
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 672	1 656	625	909	1 267	456	622	953
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 685	2 573	2 263	2 694	2 467	1 921	2 339	2 762
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	7,3	7,9	7,5	5,6	7,6	8,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 578	3 659	4 074	4 173	3 597	3 420	3 613	4 134
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	13,2	12,2	10,9	10,0	11,7	12,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	8	10	16	7	12	4	7	9
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	7,1	2,6	4,9	2,1	3,0	3,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	-1 085	-1 811	-1 479	-1 130	-1 499	-1 274	-1 372
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 5,9	- 4,3	- 3,4	- 4,4	- 4,1	- 4,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	6 396	8 142	8 118	7 370	6 244	8 144
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	2 149	2 804	2 847	2 430	2 030	2 946
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	6 994	8 899	7 429	7 509	6 973	7 870
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	2 228	3 319	2 270	2 495	2 369	2 472
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	- 598	- 757	689	- 139	- 729	274
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 673	12 832	11 045	13 567	12 989	11 941	11 047	13 098

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}

	Einheit	2006	2007	2008		2009			
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 158	1 179	1 203	1 228	1 209	1 198	1 201	1 222
* Frauen	1 000	521	527	540	553	550	549	549	559
* Ausländer/-innen	1 000	70	73	77	78	73	74	76	77
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	217	226	235	236	236	238	242	244
* darunter Frauen	1 000	187	195	202	203	204	205	208	209
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	.	10	11	9	10	11	8
* Produzierendes Gewerbe	1 000	.	.	411	419	412	407	404	409
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	.	263	269	265	263	264	269
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	.	185	188	179	175	176	181
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	.	333	341	344	344	345	352

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose	Anzahl	116 260	127 400	127 511	131 330	131 197	119 043	116 551	120 924
* Frauen	Anzahl	57 758	57 826	57 612	60 144	60 802	54 518	54 271	57 608
Männer	Anzahl	58 501	69 574	69 899	71 186	70 395	64 525	62 280	63 316
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	43 862	52 957	52 347	55 776	54 975	44 405	43 021	47 061
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	72 398	74 443	75 164	75 554	76 222	74 638	73 530	73 863
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	5,6	6,1	6,1	6,3	6,2	5,7	5,5	5,8
* Frauen	%	6,0	6,0	5,9	6,2	6,2	5,6	5,5	5,9
* Männer	%	5,3	6,2	6,2	6,3	6,3	5,8	5,6	5,5
* jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	5,6	6,6	6,3	8,0	8,2	5,3	5,2	6,9
jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	4,0	4,1	3,7	5,3	5,9	3,2	3,2	4,9
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	6,0	6,2	6,2	6,1	6,0	5,9	5,8	5,8
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	5,7	6,4	6,3	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2
* Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	13,6	13,7	13,5	12,5	12,2	12,3
Deutsche	%	5,1	5,6	5,5	5,7	5,7	5,1	5,0	5,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 624	46 248	59 544	48 794	42 277
* Gemeldete Arbeitsstellen	Anzahl	15 786	13 243	13 396	13 773	13 552	17 275	18 040	19 557

**BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	467	432	516	457	430	440	477	432
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	443	408	492	435	412	422	449	413
* 3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	23	24	24	22	18	18	28	19
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	25	-	-	-	-	1
Unternehmen	Anzahl	88	63	42	53	51	41	63	35
private Haushalte	Anzahl	376	366	449	404	379	399	414	396
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	642	627	641	694	553	565	682	618
* Umbauter Raum	1 000 m ³	437	441	554	509	410	415	485	459
* Wohnfläche	1 000 m ²	82	80	87	97	75	77	92	84
* Wohnräume	Anzahl	3 532	3 434	4 335	3 940	3 207	3 166	3 703	3 396
* Veranschlagte Kosten der									
Bauwerke	Mill. EUR	107	111	142	127	104	107	128	118

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	133	106	93	117	105	127	141	134
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	10	9	15	16	14	22	11
Unternehmen	Anzahl	116	89	78	95	87	106	116	119
private Haushalte	Anzahl	3	2	3	2	2	7	3	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	22	9	10	18	10	14	7	3
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 243	707	1 009	734	392	488	988	785
* Nutzfläche	1 000 m ²	156	98	105	111	61	73	132	101
* Veranschlagte Kosten der									
Bauwerke	Mill. EUR	105	75	69	91	50	51	101	69

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-									
nahmen an bestehenden									
Gebäuden)	Anzahl	752	714	712	786	633	645	740	673
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 197	3 977	4 867	4 552	3 784	3 763	4 205	3 838

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 686	10 468	10 165	10 302	10 068	11 725	10 164	10 245	9 727
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 520	2 406	2 326	2 185	2 048	2 591	2 326	2 008	1 952
darunter										
* Kälber ²⁾	t	18	13	15	11	6	20	15	10	7
* Jungrinder	t	...	11	10	5	5	11	10	4	4
* Schweine	t	8 094	8 001	7 757	8 061	7 960	9 064	7 757	8 179	7 722
* Eierzeugung ³⁾	1 000	9 727	8 738	9 424	9 331	8 355	10 118	12 303	12 415	12 737

**PRODUZIERENDES
GEWERBE**
**Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen
und Erden ⁴⁾**

* Betriebe	Anzahl	1 038	1 039	1 040	1 040	1 040	1 007	1 004	1 003	1 002
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	248 154	242 777	243 762	242 726	241 978	236 944	236 779	236 996	236 898
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 786	29 376	28 813	28 362	28 799	32 621	29 899	28 905	30 606
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	884	852	877	1 004	860	805	829	899	911
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 485	5 209	5 073	4 972	5 279	6 500	6 082	6 108	6 719
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten										
und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 413	2 805	2 782	2 705	2 817	3 829	3 622	3 609	4 043
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 932	1 285	1 178	1 196	1 325	1 502	1 397	1 391	1 552
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	107	96	93	81	87	108	93	92	98
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 033	1 023	1 020	990	1 050	1 061	970	1 016	1 025
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 499	1 527	1 472	1 480	2 177	2 094	2 083	2 388
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 083	598	490	528	585	772	689	681	756
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 244	2 526	2 457	2 417	2 550	3 340	3 130	3 232	3 590
Exportquote ⁸⁾	%	50,0	48,5	48,4	48,6	48,3	51,4	51,5	52,9	53,4
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	108,9	76,7	73,3	74,3	79,3	103,6	98,6	92,5	99,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	109,1	78,0	75,6	75,1	82,2	103,9	98,0	91,2	98,8
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	105,4	67,5	63,6	65,5	69,0	101,1	96,7	91,5	98,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	89,4	78,9	66,5	73,6	93,7	110,5	98,4	102,4	113,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	127,6	109,5	103,8	109,1	105,3	112,1	111,8	102,6	109,3
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	109,4	68,4	66,8	66,5	70,8	89,8	86,3	77,7	86,5
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	93,1	54,0	51,3	53,4	52,0	81,7	89,8	86,3	85,3

**Energie- und Wasser-
versorgung**

* Betriebe ^{2) 9)}	Anzahl	111	116	116	116	116	163	163	166	166
* Beschäftigte ^{2) 5) 9)}	Anzahl	9 943	10 014	9 988	10 017	10 013	9 521	9 458	9 431	9 417
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2) 9)}	1 000 h	1 261	1 272	1 245	1 224	1 241	1 349	1 201	1 144	1 214
* Bruttoentgeltsumme ^{2) 9)}	Mill. EUR	35	36	42	36	34	33	42	36	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	759	567	559	293	327	592	492	422	445
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	743	551	545	281	314	575	479	408	432

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾**Bauhauptgewerbe ²⁾**

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 466	36 362	36 641	36 517	36 885	35 930	36 111	36 277
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 647	3 479	3 905	3 628	3 969	3 630	3 819	3 629
davon									
* Wohnungsbau	1 000 h	1 419	1 291	1 426	1 273	1 520	1 337	1 366	1 303
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	929	877	949	908	948	945	928	876
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 298	1 311	1 530	1 447	1 501	1 348	1 525	1 450
darunter Straßenbau	1 000 h	664	653	781	733	761	631	801	712
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	84	83	85	81	86	76	88	86
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	355	332	333	398	287	330	353
davon									
* Wohnungsbau	Mill. EUR	113	103	96	88	113	96	103	110
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	105	102	105	99	114	78	88	96
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	145	150	132	147	171	113	139	147
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	74	61	69	81	51	66	74

Ausbaugewerbe**(Baainstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ²⁾		Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
			Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl		312	358	313	356	357	358	359	364	362
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl		11 985	13 063	12 127	13 153	13 024	13 085	12 990	13 076	13 228
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h		3 819	4 210	3 921	3 996	4 129	4 324	4 392	4 101	4 316
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR		83	90	90	86	88	90	97	86	95
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR		311	330	409	249	306	329	436	258	328

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Beschäftigte	2005=100	123,6	119,3	119,7	119,4	119,0	118,9	119,0	119,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	119,4	120,2	119,7	120,0	121,0	121,2	119,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	119,9	106,3	105,9	103,4	112,2	126,0	114,8	115,9
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	108,7	101,1	100,6	98,4	105,5	116,2	104,4	105,3

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	106,0	107,0	106,7	106,9	106,8	106,0	105,8	105,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,3	108,6	108,3	108,5	108,4	106,7	106,8	106,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	111,2	110,4	115,7	110,7	105,7	119,0	112,9	111,6
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,7	107,6	112,4	107,0	102,2	114,3	107,9	106,6

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	102,9	106,9	106,6	106,6	107,1	106,0	106,3	106,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	126,1	126,5	124,8	127,8	131,4	132,6	133,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	94,1	95,4	106,3	101,1	101,6	106,9	100,5	96,4
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	90,6	91,1	101,4	96,5	97,1	101,8	95,5	91,8

GASTGEWERBE ¹²⁾

* Beschäftigte	2005=100	105,1	105,7	105,7	108,8	109,7	99,1	103,2	105,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	111,5	115,2	116,4	119,4	120,2	109,0	114,2	117,4
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	102,8	99,9	104,8	114,8	106,2	97,2	109,9	118,0
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	96,6	93,8	98,8	107,7	99,8	89,4	100,8	107,9

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gästeankünfte	1 000	621	620	597	816	756	440	619	835	795
* darunter von Auslandsgästen	1 000	148	150	141	190	178	83	148	207	188
* Gästeübernachtungen	1 000	1 686	1 678	1 615	2 140	1 990	1 119	1 580	2 191	2 057
* darunter von Auslandsgästen	1 000	427	437	380	544	506	198	364	594	519

VERKEHR
Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 017	1 950	1 720	1 844	2 201	1 361	1 621	1 920	1 829
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 095	1 306	1 575	752	1 028	1 403	1 202
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	23	7	30	12	16	32	9
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	17	4	15	9	10	9	5
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	3	3	2	1	7	-	2	15	3
Radfahrer	Anzahl	2	1	2	-	3	-	-	2	1
Fußgänger	Anzahl	3	2	1	2	2	2	2	4	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 447	1 694	2 073	994	1 342	1 825	1 536
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	232	315	476	149	218	387	272
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	134	136	166	95	126	132	103
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	82	79	44	89	163	9	29	140	86
Radfahrer	Anzahl	47	48	20	49	84	9	23	64	41
Fußgänger	Anzahl	35	32	20	31	42	29	27	37	28

Kraftfahrzeuge³⁾

Kraftfahrzeuge ³⁾	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 408	16 398	18 847	21 068	18 851	14 053	13 580	12 604	14 749
darunter										
Kraftträder	Anzahl	835	693	1 241	1 028	894	1 301	1 189	865	956
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 243	14 675	16 540	18 991	17 008	11 376	11 220	10 686	12 466
* Lastkraftwagen	Anzahl	929	716	704	664	645	970	798	730	920
* Zugmaschinen	Anzahl	314	248	300	302	260	331	311	271	347

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	62 125	61 778	63 707	65 502	63 399	54 542	63 669	57 395	54 306
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	577	574	636	586	581	499	629	539	535

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gütereingang	1 000 t	1 158	985	1 063	1 015	1 007	984	1 260	1 055	1 169
* Güterversand	1 000 t	945	834	771	910	890	788	1 056	958	898

AUSSENHANDEL⁶⁾
Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 910	3 021	3 482	2 674	2 921	3 594	3 379	3 251
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	261	231	275	249	246	277	265	290
* Güter der gewerb. Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 541	2 668	3 096	2 319	2 582	3 206	3 017	2 859
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	17	17	21	15	13	23	17	22
* Halbwaren	Mill. EUR	149	110	105	105	116	120	137	135	134
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 414	2 547	2 970	2 188	2 448	3 045	2 864	2 702
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 009	781	822	1 372	640	776	964	1 064	867
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 634	1 725	1 599	1 548	1 672	2 081	1 800	1 835

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾**Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾**

davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 678	2 040	2 103	2 002	1 963	2 052	2 477	2 248	2 297
*	darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 338	1 799	1 850	1 757	1 743	1 807	2 176	1 956	1 981
	Belgien	Mill. EUR	190	148	154	143	143	150	171	160	164
	Luxemburg	Mill. EUR	49	48	51	49	45	51	59	57	47
	Dänemark	Mill. EUR	50	33	36	31	32	31	37	35	33
	Finnland	Mill. EUR	31	22	26	21	21	22	24	27	27
	Frankreich	Mill. EUR	413	323	349	311	296	354	432	361	369
	Griechenland	Mill. EUR	44	32	24	32	33	31	34	27	29
	Großbritannien	Mill. EUR	237	186	171	180	174	177	218	182	185
	Irland	Mill. EUR	13	8	8	11	9	8	10	8	9
	Italien	Mill. EUR	265	213	222	206	200	228	256	246	256
	Niederlande	Mill. EUR	228	190	201	196	191	172	222	187	193
	Österreich	Mill. EUR	153	130	137	134	140	117	144	137	142
	Schweden	Mill. EUR	66	42	42	39	40	49	53	61	63
	Spanien	Mill. EUR	215	157	160	147	154	169	167	176	176
	Portugal	Mill. EUR	27	19	16	17	20	17	24	18	18
*	Afrika	Mill. EUR	83	75	80	69	69	77	88	80	74
*	Amerika	Mill. EUR	542	403	431	1 002	299	342	495	590	392
	darunter nach USA	Mill. EUR	418	310	351	923	207	228	339	460	230
*	Asien	Mill. EUR	418	364	373	377	314	426	505	433	452
	darunter nach China	Mill. EUR	76	84	80	78	82	103	113	114	112
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	29	34	32	30	24	29	28	35

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 851	2 329	1 705	1 609	1 929	2 305	2 159	2 395
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	201	220	206	200	188	212	212	220
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 458	1 543	1 337	1 258	1 592	1 914	1 800	2 014
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	105	75	79	68	35	91	82	74	98
* Halbwaren	Mill. EUR	278	186	190	171	165	223	325	299	299
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 197	1 274	1 097	1 058	1 278	1 507	1 427	1 617
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	324	342	277	300	361	472	439	487
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	873	932	820	758	916	1 035	989	1 130
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 367	1 466	1 271	1 198	1 466	1 703	1 620	1 726
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 459	1 167	1 235	1 063	1 060	1 235	1 394	1 342	1 480
Belgien	Mill. EUR	254	185	182	164	171	196	241	226	247
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	30	31	38	32	33	34	39
Dänemark	Mill. EUR	27	26	34	25	24	27	16	19	28
Finnland	Mill. EUR	11	9	8	10	12	9	9	10	13
Frankreich	Mill. EUR	256	196	238	194	165	195	258	248	248
Griechenland	Mill. EUR	7	6	10	5	6	9	8	10	6
Großbritannien	Mill. EUR	74	66	57	53	57	79	74	73	77
Irland	Mill. EUR	7	8	9	8	6	9	14	11	12
Italien	Mill. EUR	129	116	118	109	108	136	145	124	143
Niederlande	Mill. EUR	273	176	196	156	169	185	206	212	223
Österreich	Mill. EUR	71	63	73	57	58	60	68	72	69
Schweden	Mill. EUR	46	28	29	25	23	26	25	31	43
Spanien	Mill. EUR	75	67	68	55	55	76	86	74	106
Portugal	Mill. EUR	14	12	11	13	11	15	15	14	14
* Afrika	Mill. EUR	34	29	42	31	23	36	52	40	56
* Amerika	Mill. EUR	210	214	588	170	177	185	243	217	283
darunter aus USA	Mill. EUR	145	156	512	104	107	106	149	134	199
* Asien	Mill. EUR	283	236	227	225	207	239	304	277	326
darunter aus China	Mill. EUR	131	109	102	110	98	115	132	132	148
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	7	7	5	4	3	4	4

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 392	3 517	3 517	3 234	3 386	4 308	3 751	3 297	...
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 094	3 015	2 749	2 666	2 767	3 586	2 675	2 561	...

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. –

4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

INSOLVENZEN	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Insgesamt	Anzahl	592	627	626	536	715	815	686	612	...
davon										
* Unternehmen	Anzahl	107	115	149	117	135	138	106	100	...
* Verbraucher	Anzahl	355	374	336	306	436	505	429	377	...
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	115	108	90	121	146	120	107	...
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	16	23	33	23	23	26	31	28	...
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	98	149	239	113	106	121	92	92	...

HANDWERK ²⁾

HANDWERK²⁾

Einheit	2008	2009	2008	2009				2010		
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	97,1	96,0	96,8	95,7	95,4	97,1	95,7	96,9	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	103,5	101,1	113,0	85,8	102,9	104,9	110,7	76,3	...

PREISE

PREISE	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	106,3	106,3	106,6	107,3	107,4	107,6	107,8
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	103,6	103,6	103,7	104,6	104,6	104,6	104,7

VERDIENSTE ⁶⁾

VERDIENSTE ⁶⁾

	Einheit	2008	2009	2008		2009				2010
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Bruttonomatsverdienste ⁷⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁸⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	3 391	3 431	3 096	3 123	3 102	3 142	3 169	3 190	3 185
* männlich	EUR	3 582	3 613	3 257	3 285	3 251	3 297	3 328	3 350	3 345
* weiblich	EUR	2 890	2 961	2 673	2 703	2 715	2 744	2 762	2 780	2 780
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 615	3 575	3 222	3 240	3 139	3 178	3 223	3 253	3 224
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 241	3 308	3 044	3 046	3 057	3 070	3 039	3 092	3 130
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 697	3 642	3 269	3 284	3 199	3 202	3 247	3 298	3 284
* Energieversorgung	EUR	4 951	5 013	4 192	4 285	4 278	4 346	4 343	4 326	4 297
* Wasserversorgung ⁹⁾	EUR	2 870	2 877	2 701	2 696	2 673	2 702	2 704	2 758	2 743
* Baugewerbe	EUR	3 002	3 017	2 848	2 885	2 620	2 886	2 948	2 884	2 718
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 226	3 326	3 003	3 037	3 074	3 116	3 131	3 144	3 157
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 204	3 284	2 918	2 934	2 941	3 001	3 040	3 098	3 071
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 739	2 793	2 530	2 579	2 541	2 581	2 587	2 625	2 596
* Gastgewerbe	EUR	1 984	1 992	1 901	1 924	1 928	1 938	1 927	1 944	2 005
* Information und Kommunikation	EUR	4 192	4 245	3 804	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)	(3 943)	4 168
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 356	4 398	3 708	3 742	3 807	3 804	3 796	3 797	3 865
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 347	(3 256)	2 962	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)	(3 088)	3 372
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 714	3 748	3 379	3 404	3 439	3 432	3 418	3 461	3 519
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 922	1 952	1 850	1 871	1 879	1 891	1 902	(1 846)	(1 851)
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	EUR	3 117	3 233	2 995	3 011	3 053	3 103	3 136	3 136	3 142
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 803	3 946	3 728	3 727	3 735	3 854	3 884	3 881	3 896
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 334	3 440	3 100	3 157	3 195	3 217	3 218	3 244	3 236
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 217	(3 378)	3 009	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)	(3 201)	(3 108)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 700	2 775	2 522	2 612	2 589	2 622	2 621	2 646	2 642

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 7) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 8) Einschließlich Beamte. – 9) Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

GELD UND KREDIT¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾		Einheit	2007	2008		2009				2010	
			Durchschnitt		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	119 209	116 529	111 890	111 171	111 639	112 534	116 428	116 512	...	
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 896	13 120	12 903	12 152	11 682	11 421	11 908	11 877	...	
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 417	11 062	10 305	10 497	11 275	11 892	13 052	13 298	...	
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 897	92 347	88 682	88 522	88 682	89 221	91 468	91 337	...	
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 411	107 081	103 408	102 704	102 925	103 339	105 575	105 490	...	
davon an											
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	98 448	97 036	94 962	94 732	95 167	95 489	96 893	96 928	...	
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 963	10 044	8 446	7 972	7 758	7 850	8 682	8 562	...	
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 799	9 448	8 482	8 467	8 714	9 195	10 853	11 022	...	
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	100 212	101 309	100 456	101 671	102 226	104 036	106 742	106 999	...	
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 349	29 449	29 365	31 352	33 464	35 897	37 983	38 890	...	
Termineinlagen	Mill. EUR	35 704	38 076	37 754	36 452	34 778	33 558	33 252	31 999	...	
Sparbriefe	Mill. EUR	7 374	8 972	9 263	9 252	8 197	7 582	7 333	7 152	...	
Spareinlagen	Mill. EUR	27 787	24 813	24 074	24 615	25 787	26 999	28 174	28 958	...	
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	96 908	98 361	98 117	99 456	100 204	101 786	104 561	104 441	...	
davon von											
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	94 374	95 971	95 805	97 311	97 988	99 590	102 415	102 597	...	
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 535	2 390	2 312	2 145	2 216	2 196	2 146	1 844	...	
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 304	2 948	2 339	2 215	2 022	2 250	2 181	2 558	...	

STEUERN

STEUERN	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 007	2 755	3 273	2 813	2 317	2 629	3 247	3 577	2 860
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	982	913	1 450	1 154	554	491	1 197	1 403	518
Lohnsteuer	Mill. EUR	674	667	932	555	553	471	889	554	534
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	141	139	424	-	-	-	387	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	128	96	- 99	382	- 59	- 18	- 161	572	- 53
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	61	485	25	33	28	425	60	41
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	47	43	67	14	25	14	87	7	16
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge ³⁾	Mill. EUR	18	17	47	-	8	0	81	-	6
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	70	46	64	178	2	- 4	- 44	211	- 19
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 0	- 3	30	-	-	-	- 27	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 025	1 841	1 823	1 658	1 764	2 139	2 051	2 173	2 342
Umsatzsteuer	Mill. EUR	427	456	523	485	453	361	471	455	421
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 598	1 385	1 301	1 174	1 311	1 778	1 579	1 718	1 922
Zölle	Mill. EUR	161	145	136	125	142	178	149	167	191
Bundessteuern ⁴⁾	Mill. EUR	78	96	92	100	104	105	125	140	90
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	23	27	31	30	31	24	27	24	27
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	40	50	60	27	24	38	73	25

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. Die Versicherungsteuer wird ab 1. Juli 2010 nicht mehr von den Ländern, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet.

noch STEUERN

Landessteuern

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Mill. EUR	94	70	80	84	48	39	44	45
Vermögensteuer	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	18	16	14	13	16	11	14	10
Grunderwerbsteuer	19	16	13	14	17	14	15	16
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	40	20	37	38	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	13	12	12	11	11	11	12	11
Feuerschutzsteuer ²⁾	1	1	0	4	0	0	4	-
Biersteuer	3	3	3	3	3	3	3	4

Gemeindesteuern

Einheit	2008	2009	2008	2009			2010	
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Mill. EUR	523	429	505	460	478	392	385	414
Grundsteuer A	5	5	4	5	5	5	3	4
Grundsteuer B	106	107	96	89	118	120	99	100
Gewerbesteuer (brutto)	404	309	399	358	347	256	275	302
sonstige Gemeindesteuern ³⁾	9	9	7	9	7	11	8	7

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Mill. EUR	826	690	1 024	502	730	655	874	500	826
Gewerbesteuer (netto) ⁴⁾	326	255	264	351	290	184	196	286	357
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	344	283	592	45	280	295	513	87	297
Anteil an der Umsatzsteuer	37	32	62	4	29	40	55	15	41

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Mill. EUR	765	695	936	871	531	464	810	974
Landessteuern	94	70	80	84	48	39	44	45
Anteil an den Steuern vom Einkommen	372	333	541	439	176	148	438	550
Lohnsteuer	235	225	282	183	183	142	280	178
veranlagte Einkommensteuer	54	41	- 42	163	- 25	- 8	- 68	243
Kapitalertragsteuer	27	25	240	- 2	7	9	210	21
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁵⁾	21	19	29	6	11	6	38	3
Körperschaftsteuer	35	23	32	89	1	- 2	- 22	106
Anteil an den Steuern vom Umsatz	280	278	306	348	261	235	324	379
Umsatzsteuer	199	216	242	289	210	175	229	307
Einfuhrumsatzsteuer	81	62	64	59	52	60	96	72
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	5	4	2	0	11	11	1	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	1	0	0	4	5	1	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	11	8	5	0	25	22	2	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	1	0	5	5	0	-

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 578	1 448	1 689	1 457	1 264	1 429	1 710	1 869	1 532
Bundessteuern	78	96	92	100	104	105	125	140	90
Anteil an den Steuern vom Einkommen	427	396	658	506	238	210	538	616	221
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 068	952	937	851	911	1 103	1 046	1 113	1 206
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	5	4	2	0	11	11	1	-	15

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Einkommen dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 2) Wird ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Ländern, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird nur noch der Zerlegungsanteil quartalsweise nachgewiesen. – 3) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 4) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 5) Bis 2008 Zinsabschlag.

Neuerscheinungen im August 2010

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Personal und Personalstellen an Hochschulen
(Stand: 1. Dezember) sowie Neuhabilitierte im Jahr 2009
Bestellnr.: B3043 200900

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und
Grünland im Juli 2010
Bestellnr.: C2013 201001

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst
im Juli 2010
Bestellnr.: C2033 201002

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am
3. Mai 2010 (vorläufiges Ergebnis der Viehzählung)
Bestellnr.: C3013 201000

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen,
Legehennenhaltung und Eierzeugung 2009
Bestellnr.: C3053 200944

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn-
nung von Steinen und Erden im Juni 2010 – Ergebnisse
des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr
Beschäftigten
Bestellnr.: E1023 201006

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende
Gewerbe im Juni 2010
Bestellnr.: E1033 201006

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2010
Bestellnr.: F2033 201006

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Mai 2010
Bestellnr.: G3023 201005

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2010
Bestellnr.: H1023 201005

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen 2007 – Jahresrechnungsergebnisse
Bestellnr.: L2013 200700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Juli 2010
Bestellnr.: M1013 201007

Sonstige Veröffentlichungen

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen
(Statistische Analysen No 18)
Bestellnr.: Z2088 201001

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe August 2010
Bestellnr.: Z2201 201008

Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Binnenschifffahrt 2008 –
Umschlagstruktur der wichtigsten Häfen
Bestellnr.: H2015E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Standard-Arbeitsvolumen
in den kreisfreien Städten und Landkreisen der
Bundesrepublik Deutschland 1999 bis 2008 – Reihe 2
Kreisergebnisse, Band 2 Standard-Arbeitsvolumen
Bestellnr.: A6325E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in Vollzeit-äquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1999 bis 2008 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3 Vollzeit-äquivalente

Bestellnr.: A6335E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994 bis 2008 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1

Bestellnr.: P1315E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2008 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2009)

Bestellnr.: P1325E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2008 – VGR der Länder:

Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
(Berechnungsstand: August 2009)

Bestellnr.: P1335E 200800

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Thomas Hartmann und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.